



4. Heft | 20. Februar 1908

KARL LEUTHNER · BILDER IM HOHLSPIEGEL

ES ist ein ehrwürdiger Brauch, der zum Ritual der Presse gehört: Geschichte wo ein Attentat auf einen Fürsten, dann erhebt sich in einem Teil der Zeitungen der altvertraute Klagegesang von den unterminierenden Gewalten demagogischer Zerstörung, von der scheusslichen Verbrüderung des Verbrechens mit der Politik, von Mord und Untat, die im Gefolge des Radikalismus schleichen. Der andere Teil der Presse hinwieder greift getrost den Mutes in den Himmel hinauf und holt seine ewigen Rechte herunter, die droben hangen, unveräusserlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst. Und zwischen Schere und Tintenfass kehrt für eines Leitartikels Zeitspanne der alte Urstand der Natur wieder.

Muss es so sein? Ich denke wohl. Denn einer härteren Probe wird die Dauerhaftigkeit dieser trauten Gepflogenheit nicht so bald ausgesetzt werden als durch den portugiesischen Fall. Schon Land und Leute sind uns völlig fremd, fern, gleichgültig. Nur Spanien, dem es Nachbar, nur England, dem es Schuldner und Vasalle ist, und das seine Häfen als Stützpunkte der Flotte benutzt, hat nähere Berührungen mit Portugal. Uns anderen ist es ein nebensächliches geographisches Datum und eine historische Reminiszenz. Doch über dem Volke selbst liegt das Bewusstsein seiner grossen Vergangenheit wie ein blutsaugendes Gespenst. Dass es im Jahrhundert der Entdeckungen zwei Menschenalter an der Spitze der seefahrenden Nationen stand, bestimmt verhängnisvoll noch immer die Geschicke dieses Landes, hat die natürlichen Linien seiner Entwicklung verzerrt und verkehrt. Das Staatswesen müsste bei seiner Kleinheit und weil ihm die eigentlichen Machtprobleme fern sind in den bescheidenen Formen autonomer Verwaltung ruhen. Statt dessen umkleidet sich dem Portugiesen alles Öffentliche mit dem Pathos einer lächerlichen Scheingrösse, das Zaunkönigtum seiner Herrscher prangt im Glanze eines verschwenderischen Hofes, und eine unermessliche Schar beamteter Müssiggänger, die der einstige grosse Kolonialbesitz zurückgelassen, erfüllt das ganze Land mit Korruption, Vetterschaften und leerer Politikasterei.

Die Verderbnis südeuropäischen Parlamentswesens erreicht in Portugal den Gipfel. Nie waren die Parteien hier mehr als Klüngel, die um die Herrschaft rangen, die stolzen Namen, mit denen sie sich schmücken, sind blosser Klang und Vorwand. Da aber der Herrschsucht in der Grösse des Staates das hohe

Ziel fehlt, schlägt Machtgier unmittelbar in Habgier um. Hier hat jede Partei sich abwechselnd zwischen lärmend-pathetischer Opposition und Tyrannis bewegt, jede im Besitz der Macht den Staat ausgeplündert, jede Recht und Gesetz mit Füßen getreten. Der radikalste unter den monarchischen Gegnern Francos, Alpoín, hatte einst als Minister den Republikanern die Teilnahme am Parlament verweigert. Die übrigen wurden wiederholt offen der Korruption beschuldigt. Der Diktator Franco war kein Fremdling in diesem Lande, nur die Gipfelung und Summierung der im politischen Leben waltenden Laster und Zügellosigkeiten. Hatten schon seine Vorgänger dem Hofe *Vorschüsse* gewährt, das heisst den Inhalt der ausgeraubten Kasse mit dem König geteilt, so fand doch nur er die Frechheit seine Gewaltherrschaft, die er bei Carlos durch Bezahlung der Schulden aus dem Staatssäckel sozusagen erkauft hatte, mit einem moralischen Mäntelchen zu behängen und Bekämpfung der Korruption, Reinigung der Verwaltung als Parole einer Regierung auszugeben, deren banditenhaftes Abenteuerium sich nach südländischer Manier in gemeiner Rachsucht offenbarte, die alle Gefängnisse des Landes mit persönlichen und politischen Gegnern Francos füllte.

Dies liebliche Bild vollendet die Persönlichkeit des Dom Carlos, dieses Königs, der aus einer Offenbachschen Operette in die groteske Wirklichkeit Portugals versetzt zu sein schien. Ein Vergeuder, der nach eigenem Geständnis seiner Königswürde am besten froh wurde, wenn ihr Glanz im Kreise Pariser Kokotten leuchtete. Ein Sportfex und Kraftmeier. Will man einem solchen Menschen zumuten, er habe eine Gewaltherrschaft über seinem Volke aufzurichten, dessen Freiheiten zu beschneiden getrachtet, schreibt man ihm despotische, also immerhin politische Bestrebungen zu, so erhebt man ihn bloss. Carlos hat, weil er zufällig König war, eine Geldaffäre in der Form einer Staatsaktion zu erledigen gesucht. Dabei ist er in die Grube geglitten. Wo will man da ethische Massstäbe anlegen? Man würde das landesübliche Grundmass zu finden verlegen sein. Sollten es die Alpoín und Genossen abgeben, oder selbst die Republikaner, von denen hundert gegen eins zu wetten ist, dass sie ihre Tugenden in der Garderobe der Opposition ablegen würden?

Damit sei indes beileibe kein abschätziges Gesamturteil über die Portugiesen abgegeben. Es gibt Umstände, die bewirken, dass die Seele eines Volkes in der Politik sich nur verzerrt abspiegelt. Ausserdem drängt sich die portugiesische Nation niemandem als Muster und Beispiel auf. Man müsste sich bei Betrachtung solcher Ereignisse fragen, was etwa zu einem Vergleich mit eigenen Zuständen und Möglichkeiten Gelegenheit gäbe, und fehlt dies völlig, zeigt schon der bemerkenswerte Zug, dass bei dem Attentat eine ganze Familie ausgerottet werden sollte, die deutlichen Merkmale ganz fremder Kulturgefühle, sich begnügen das fremdartige ethnologische Phänomen aus der Ferne und ohne alle moralische Erhitzung anzusehen. Nur an einem einzigen Punkte liesse sich allenfalls in den portugiesischen Vorgängen ein Symbol des Allgemeinen erkennen: in dem Hass, der alle Parteien gegen Franco geeinigt hat. Darin spricht sich — was sonst auch mitwirkte — unzweifelhaft aus, dass heute kein Volk, und wäre es an die greulichste Missregierung gewöhnt, die Alleinherrschaft verträgt, dass Presse, Versammlungen, Parlament, auch wenn sie keine erspriessliche Tätigkeit legitimiert, unentbehrlich geworden sind, als die notwendigen Organe, man möchte fast sagen: des psychischen Daseins einer Nation.

Noch weniger als die Ethik kommt aber unsere politische Wissenschaft bei dem Lissaboner Ereignis auf ihre Kosten. Haben wir denn seit den Tagen, da unsere Urgrossväter auf die Parteikämpfe der iberischen Halbinsel hinlauschten und vom spanischen Muster die Schlagworte *liberal* und *konservativ* nahmen, nichts hinzugelernt? Sind uns Staat und Partei nach jahrzehntelanger politischer Kleinarbeit der Praxis noch immer Abstrakta, Allgemeinbegriffe, die man un-besehen von Land zu Land überträgt? Was hat dieses Portugal, das in Deutschland oder Frankreich seinen Platz als verwarhloste Provinz fände, mit dem Leben gemein, das gewaltig durch die Hauptstaaten Europas flutet? Was Dom Carlos mit einem Königtum, das, wer auch sein Träger sei, im Entstehen und Sein ein Stück Weltgeschichte bedeutet, dessen Schwinden gleichfalls ein wichtiges Kapitel der Weltgeschichte füllen würde? Wie gelangt man von den Franco, Alpoín, Amaral zu den Parteigebilden etwa Frankreichs oder Deutschlands, die, mögen sie ihre Grundsätze mit idealer Vollkommenheit vertreten oder nicht, auf alle Fälle unentbehrliche Gefässe sind, durch welche der Strom des nationalen Lebens gehen muss, sobald er das politische Leben berührt? Die heute den wirtschaftlichen, morgen den idealen oder kulturellen, übermorgen den verfassungsrechtlichen Entwicklungen und Notwendigkeiten des Volkes zur Spiegelung und Ausdrucksform dienen, in alledem aber Organe eines weltgeschichtlichen Werdens und weltgeschichtlicher Entscheidungen sind, wären ihre Personen und Einzelhandlungen noch so weit entfernt vom weltgeschichtlichen Zuschnitt?

Was also soll es heissen, dass so viele bei jedem nach Motiven und Erscheinungsformen nur halb verständlichen Konflikt in einem fremden Ländchen sofort die grosse Tragödie des Gegensatzes zwischen Volkstum und Königtum oder in anderer Färbung des Kampfes zwischen *Autorität* und *subversiven Tendenzen* sich abspielen sehen? Und wie kläglich ins Kleine und Spiessbürgerliche biegt sogar die wohlwollende ethische Umwertung Ereignisse wie jenes Attentat in Lissabon um! Ein Volksgericht? Wirklich? Ich könnte mir kaum eine schlimmere Beleidigung eines Volkes denken als die Zumutung, es übe bewusst Gericht, indem es nach Urväterbarbarenart mit dem Schuldigen die ganze Sippe ausrotten will. Auch den russischen Attentätern erweist man keinen Dienst durch ihre Erniedrigung zu *Richtern*. Es wären ja dann die Todesurteile, die sie fällen und ausführen, noch ausserrechtlicher als die im Namen des Zaren vollzogenen. Nur der psychologischen und geschichtlichen Beurteilung sind solche Taten zugänglich. Nur ihr Ursprung aus einer massenpsychologischen Zwangslage entschuldigt, nur ihr politischer Erfolg heiligt sie. Die Ethik bietet selbst bei den ethisch einwandfreiesten Attentaten einen unsicheren Massstab. Man kann ohne viel Gefahr des Widerspruchs behaupten, dass die erhabene Sittlichkeit der russischen Revolution jene Attentate, die sie eingeleitet, die sie bis zur Höhe begleitet haben, hoch erhoben hat über die Grausamkeit und Unmenschlichkeit, die im äusseren Bilde der Tat selbst ausgesprochen sind. Doch die sittlichen Nachwirkungen der äusseren Erscheinung der Mordtat zu tilgen vermochte das revolutionäre Ethos gleichwohl nicht. Und zwar ganz einfach deshalb, weil Revolutionen der Gegenwart Massenrevolutionen sind. Es ist etwas anderes, wenn Karbonari oder politische Verschwörer der Vergangenheit Todesurteile und Kontributionen vollzogen als wenn dies heute geschieht. Jene arbeiteten mit einem begrenzten Kreis von Leuten, die Kolonnen

eines modernen Revolutionsheeres sind jedem Zuzug offen. Wer kann hindern, dass sehr bald jene Elemente am stärksten zuströmen, die im Attentat und in der Konfiskation die zeitgemässe Verhüllung des gemeinen Verbrechens suchen? Jener Teil der russischen Sozialisten, der sich zu Beginn der Bewegung gegen die Attentate sträubte, hat zuletzt doch recht bekommen. Kaum hatte der Terror durch seine grossen Erfolge sich die allgemeine Anerkennung errungen, so sahen sich doch bald Gruppe für Gruppe wieder gezwungen ihn einzuschränken, ja möglichst ganz zu beseitigen, um die Demoralisierung der eigenen Reihen durch das Gesindel zu verhüten. Wo man dies verabsäumte — wie zum Beispiel die *Polnische sozialistische Partei* in Lodz — und am Terror festhielt, musste man zuletzt die Organisation auflösen, weil sie ins lumpenproletarische Element versunken war. Oder es trat wie bei den terrorefrigen *Sozialrevolutionären* ein Rückschlag zu erstaunlicher Zähmheit ein.

Das sind die wirklichen Erfahrungen über das Attentat und seine Rolle in einer modernen revolutionären Bewegung. Sie geben wenig Grund zu Hochgefühlen.

XX

AUGUST ERDMANN · ZENTRUM UND WAHLRECHT



ER Klerikalismus ist ein Feind des Fortschrittes, wirtschaftlich, politisch und geistig. Die kleinbürgerliche und bäuerliche Masse ist seine Stütze, die alte ständische Gebundenheit sein Lebenselement, die politische Unterordnung und geistige Beschränktheit seine Hoffnung. Deshalb geriet der Klerikalismus in Widerstreit mit dem Liberalismus, der die alten Bande der Gesellschaft löste, die Massen freier, selbständiger und wissender machte und durch das alles die Herrschaft der Kirche wesentlich einschränkte. Deshalb musste der Klerikalismus in der Sozialdemokratie den noch grösseren Feind erkennen, weil sie den liberalen Gedanken zu Ende führen und die soziale Gleichberechtigung, die politische Freiheit und die geistige Hebung nicht nur zum Programm sondern zur Tat werden lassen will.

Es ist richtig, dass auch die klerikale Masse einmal revolutionär war. Im Rheinland garte und tobte es 1848 unter den katholischen Bauern und Kleinbürgern. Aber es waren zumeist doch recht kleinliche Sorgen, die zu dieser Bewegung Anlass gaben: Unmut über die Last der Steuern und Abgaben, den Druck der Bureaukratie, die mancherlei Nöte der Zeit, die den einen hier, den andern da quälten. Es sollte eben anders werden, und wenn dabei politisch radikale Forderungen laut wurden, dann vielfach als Mittel zu einem Zweck von recht reaktionärer Art, wie die zünftlerischen Bestrebungen des Kleinbürgertums um diese Zeit beweisen. Auch die Kirche musste die Bewegung, als sie nicht mehr aufzuhalten war, aus gewissen Gründen guthessen und fördern. Sie sah sich der Willkür des protestantischen Staates Preussen und den Schikanen seiner Bureaukratie preisgegeben und hatte allen Anlass zu der Hoffnung, dass sie sich bei grösserer politischer Bewegungsfreiheit, durch Ausnutzung des Rechtes der Vereinigung, der Versammlung, der Presse, des Gegners besser erwehren könne. Im allgemeinen aber verleugnete der Klerikalismus bei alledem seine rückschrittliche Natur nicht. Als auf dem rheinischen

Provinziallandtage im Jahre 1845 der Antrag verhandelt wurde beim König von Preussen um die Vollziehung der Verordnung vom 22. Mai 1815 wegen Bildung einer Repräsentation des Volkes zu bitten, da schrieb der Kölner Erzbischof, Kardinal Geissel, an den König von Bayern:

»Die Bitte um Einführung einer reichsständischen Verfassung ist auf dem Landtage vorzüglich von den Protestanten ausgegangen und teilweise von liberalen Katholiken unterstützt worden. Allein die tiefer blickenden Katholiken wollten und wollen von einer solchen Verfassung nichts wissen, weil sie befürchten müssen bei katholischen Fragen in einer Versammlung von Reichsständen, die stets mehr als zwei Dritteile Protestanten zählen würde, stets durch die Majorität überstimmt zu werden. Eine Reichsverfassung mit Landständen wäre daher für die Katholiken ein Unglück. Für den Unterzeichneten ist aber glücklicherweise so viel wie gewiss, dass der König durchaus nicht geneigt ist eine solche reichsständische Verfassung zu geben. Die Katholiken werden gern zufrieden sein und dem König umso mehr vertrauen, weil sie wohl wissen, dass ein edler Monarch viel eher als solche durch einige Wortführer aufgeregte Versammlungen den kirchlichen Interessen billige Rechnung zu tragen geneigt ist.«

Die »kirchlichen Interessen« voran! Des Volkes Rechte und Freiheiten kamen dem gegenüber nicht in betracht. So dachte der Kölner Erzbischof, und so dachten mit ihm die »tiefer blickenden Katholiken«. Zu diesen gehörte ohne Zweifel jenes Mitglied des Ritterstandes — die Namen der Redner wurden in den Sitzungsberichten der Provinziallandtage nicht genannt —, der bei der Beratung des genannten Antrages folgende politische Weisheit zum besten gab:

»Die Gleichheit aller Menschen hat allerdings einen tiefen und wahren Sinn. Es ist eine religiöse Wahrheit, die jeder wohl tut zu beherzigen. Wer sich dessen bewusst ist, wird sich dadurch bewogen fühlen in jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu sehen und ihm ohne Unterschied der Farbe, des Standes und der Religion, soweit es seine übrigen Pflichten gestatten, dasjenige zu leisten, was er im gleichen Falle selber zu erhalten wünscht. Das ist der Grundsatz der Gleichheit, wie ihn die Lehre des Christentums feststellt. Dieser Grundsatz hört aber auf wahr zu sein, sobald er in das Weltliche übersetzt wird und hier zum Umsturz des Rechtes und der Freiheit missbraucht werden soll . . . Während die christliche Gleichheitslehre den Blick des Bevorzugten wie des Darbenden auf die höhere Vergeltung richtet, spricht die revolutionäre Gleichheitslehre zu dem einen *Geniess*, was du hast! und zu dem andern *Nimm*, was du kannst! Sie schliesst einen Bund mit den Leidenschaften der Menschen, indem sie den Neid anregt, den es verdriesst Reichere und Vornehmere über sich zu erblicken, indem sie den eitlen Hochmut kitzelt, der sich hinter dem Rufe nach Gleichheit versteckt, in Wahrheit aber nichts Besseres begehrt als den Stuhl des Bevorzugten leer zu machen, um selber darauf Platz zu nehmen. Deshalb ist es das Wesen der modernen Gleichheit alles Höhere zum Gemincen und Niederen herabzuziehen. Wenn deshalb unser König, wie es sein königlicher Vater getan hat, um des Heils seines ihm anvertrauten Volkes willen, sich fern hält von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung, wenn er festhält an unsern politischen Institutionen, an der auf deutschem Boden wurzelnden geschichtlichen Grundlage, an der Grundlage ständischer Gliederung, so segne ihn Gott dafür!«

Die Klassen, deren Vertreter in diesen Äusserungen zu Wort kommen, haben nun zwar das revolutionäre Erwachen des Volkes in den folgenden Jahren nicht hindern können; als die Bewegung in Fluss war, hat der Klerikalismus die gegebenen Rechte und Freiheiten zu eigenem Vorteil recht ausgiebig zu verwerten verstanden. Immerhin hat sich die Gegnerschaft der Kirche und der ihr verbündeten Kreise gegen den Geist der neuen Zeit dadurch bemerkbar gemacht, dass die Klerikalen bemüht waren die Revolution zum Stillstand zu bringen und das Volk um die Erfolge seiner Kämpfe zu betrügen. Die vom

Erzbischof von Köln nach Würzburg einberufene Versammlung der deutschen Bischöfe, Oktober bis November 1848, hatte nach der feierlichen Erklärung der Bischöfe den Zweck

»... auch der Kirche in Deutschland den ihr zukommenden Anteil an Freiheit zu sichern und zu fördern, aber auch in dem drohenden Kampfe der rohen Gewalt und Willkür gegen Thron und Verfassung ihre heilige Mission zu erfüllen... Feierlich erklären sie ihre Absicht mit dem Ansehen der Religion die von Gott gesetzten Gewalten zu stützen und geloben treues Festhalten an den rechtmässigen Fürsten und Obrigkeiten, ein Gleiches von den Gläubigen fordernd. In diesen Tagen der wilden Verhetzung der verschiedenen Stände untereinander, des Hasses und roher Vergewaltigung richten die Bischöfe an ihre Herden die eindringliche Mahnung zur Geduld, zur Liebe, zum Frieden.«

In diesem Sinne wirkten die Bischöfe auf die Geistlichen und diese auf die Bevölkerung ein, und wenn die Gegenrevolution bald gewonnenes Spiel hatte, wenn das vor kurzem noch so unruhige Volk der katholischen Gebiete zu den Grundsätzen von *Ordnung und Sitte* zurückkehrte, so darf sich die Kirche einen guten Teil dieses Erfolges zuschreiben. Friedrich Wilhelm IV. hat seinen *katholischen Untertanen* wiederholt seine Anerkennung für die Mithilfe am Sieg der »guten Sache« ausgesprochen, und die verhältnismässigen Freiheiten, die die preussische Verfassung der katholischen Kirche zuerkannte, waren der Lohn des Königs für diese Mithilfe. Selbst ultramontane Politiker, die gern als Demokraten gelten mochten, waren stolz auf die Dienste, die der Klerikalismus der Reaktion erwiesen hatte. Peter Reichensperger rief auf der Kölner Katholikenversammlung im September 1853 aus:

»Wer gedenkt nicht gegenüber dem anarchistischen Treiben jener falschen Freiheitskämpfer mit Freude und Dankbarkeit jener erhabenen Erscheinung, dass, als alles hegte und wankte, als manche Throne brachen und tausendjährige Reiche mit Trümmern bedeckten, die Kirche aufrecht stand, das Kreuz hochhob und dem Drachen der Revolution aufs Haupt setzte. Der Episkopat war es, der damals gleich Aaron getrosten Mutes die Schlange der Revolution erfasste, und siehe da: in seiner Hand hat sie sich in den grünenden Stab Aarons verwandelt, in eine Stütze für den Thron und die Kirche.«

Man kann aus solchen Äusserungen leicht schliessen, wie diese Führer und Vertreter des katholischen Volkes zum Wahlrecht standen. Bei der Beratung des Wahlgesetzes in der Frankfurter Nationalversammlung wandte sich August Reichensperger am 15. Februar 1849 gegen die Bestimmung des Entwurfs, der die Selbständigkeit als Bedingung' des Wahlrechts forderte, weil diese Bestimmung, wie der Redner sagte, »ganze ehrenwerte Klassen als solche von der Wahl ausschliesst«. Reichensperger begründete seinen Standpunkt damit, »... dass die arbeitende Klasse, die Tagelöhner und Fabrikarbeiter, insbesondere auch auf politischem Gebiete, besonderer Berücksichtigung wert sind, dass man auf sie ganz besondere Rücksicht nehmen muss, denn meiner Überzeugung nach ruhen in dieser sogenannten *unteren Klasse* zunächst die Hoffnungen für unsere Zukunft. In dieser Klasse ist der alte Spruch *Bete und arbeite!* noch eine Wahrheit. Es kommt aber alles darauf an, wie für sie gesorgt wird, wie sie zu ihrem hohen Berufe ausgebildet werden soll. Zunächst kommt alles darauf an, dass man sie nicht in eine falsche Bahn hineinschleudert. Die falscheste aber ist die der politischen Agitation. Wehe dem Volke, das den Hetzern und Rhetoren in die Hände fällt!«

Was für einen Sinn diese Worte haben, geht daraus hervor, dass Reichensperger dann davor warnte das Wahlrecht als blosses Additions- und Subtraktionsexempel zu betrachten, dass er das »allgemeine, ganz unbeschränkte Wahlrecht« als eines der »gefährlichsten Experimente« erklärte, und sich zum

Schluss auf das Wort berief: »Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen. Der Staat muss untergehn früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet!« Reichensperger wollte die arbeitende Klasse nicht vom Wahlrecht ausschliessen, aber er wollte dieses doch so bemessen, dass es der besitzenden Klasse nicht gefährlich werden konnte. Er baute auf die Massen, weil diese noch *arbeiten und beten*, das heisst ihr Los geduldig hinnehmen und im übrigen die besitzende Klasse schalten und walten lassen. Das bisschen Wahlrecht, das er den Arbeitern gewährte, sollte als Beruhigungsmittel dienen, wozu denn noch kommt, dass Reichensperger, um der Massen vollends sicher zu sein, sich für die indirekte Wahl aussprach.

Nun galten, wie gesagt, die Reichensperger für radikale Leute, für Demokraten. Wie andere Klerikale, wie Windthorst, Mallinckrodt, Schorlemer usw., die aus ihrer konservativen Gesinnung kein Hehl machten, von Haus aus zum Wahlrecht standen, lässt sich daraus leicht ableiten. Das eine steht fest: mit dem Willen der klerikalischen Parteiführer hätten wir in Deutschland das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht erhalten. Bezeichnend ist, dass ein Mann, der von den klerikalischen Führern sich der arbeitenden Klasse am meisten genähert hat, dass Bischof Ketteler es vermeidet sich grundsätzlich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auszusprechen. Er erklärt sich in seinem Buche *Die Arbeiterfrage und das Christentum* /1864 nur für die direkte Wahl, bei der er immer noch »grosse Gefahren« sieht, die aber nur fürs erste eintreten und dann bald verschwinden würden, denn:

»Die Masse des Volkes glaubt noch an Gott und Christus; sie kennt noch die zehn Gebote Gottes und das Gewissen. Wir hegen daher die Überzeugung, dass unser deutsches Volk nach solchen Erfahrungen bald wieder dahin kommen würde den Zusammenhang, in dem auch eine Wahl mit dem Gewissen steht, zu erkennen, und sobald dieses einträte, wären wir schon wieder gerettet.«

Ketteler verwirft das indirekte Wahlsystem, weil damals die Liberalen es in ihrem Interesse auszunutzen verstanden; ihm ist die direkte Wahl willkommen als ein Mittel den Liberalismus unterzukriegen durch Aufgebot der Massen, die noch an Gott und Christus glauben, das heisst sich von der Klerisei leiten und zu gunsten des Rückschritts missbrauchen lassen. Nach der Gründung des Reiches forderte Ketteler die Errichtung eines *Oberhauses*, als Gegengewicht zu dem aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangenen Reichstage. Ein Reichsherrnhaus neben dem Reichsvolkshaus mit dem Zweck dem Volke die Rechte, die es durch die allgemeine, gleiche Wahl hatte, noch mehr einzuschränken als sie ohnehin schon durch den Bundesrat eingeschränkt waren.

Man kann sich über die Stellung des Zentrums zum Wahlrecht von vornherein klar werden, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Personen, welche Kreise, welche Interessengruppen die Politik des Zentrums bestimmen. Gewiss ist das Zentrum in seiner Zusammensetzung keine einheitliche sondern eine sehr vielgestaltige Partei. Aber seine Geschichte lehrt, dass im Zentrum die Kirche und der Adel stets einen bedeutenden, einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Politik dieser Partei ausgeübt haben. Kirche und Adel im Verein mit der katholischen Bürokratie lieferten von jeher dem Zentrum seine geistigen Führer. Im Vorstand der katholischen Fraktion, die sich im November 1852 im preussischen Abgeordnetenhaus auftrat, sassen August und Peter Reichensperger, beides höhere Richter, Rohden, ebenfalls Richter, Osterrath.

Regierungsbeamter, Wilderich von Ketteler, Bruder des Mainzer Bischofs, Freiherr von Waldbott-Bassenheim und Graf Stolberg. Unter den Unterzeichnern des sogenannten *Soester Programms* /1870/, das die Gründung der Zentrumsfraktion einleitete, finden wir 21 Geistliche und 7 Adlige, die Übrigen waren zum grösseren Teile Juristen und Landwirte; Verfasser des Programms war Prälat Hülskamp. Die Einladung zur Gründung der Zentrumsfraktion des Reichstages ging aus von dem früheren Gesandten von Savigny, dem Legationsrat von Kehler und Peter Reichensperger, dem rheinischen Obertribunalsrat; der Aufruf zu den ersten Reichstagswahlen war unterzeichnet von 12 Adligen, 13 Geistlichen, im übrigen wieder vorzugsweise Juristen. Vorsitzende der Zentrumsfraktion waren im Reichstage nacheinander die Herren von Savigny, Freiherr von Frankenstein, Graf Ballestrem, Graf Hompesch; im Abgeordnetenhaus von Savigny, Freiherr von Schorlemer, Freiherr von Heeremann, Landesrat Fritzen: überall und zu jeder Zeit also ein unverkennbares Vorwiegen der feudalen, kirchlichen und bürokratischen Elemente. Wenn die Klerisei bei gewissen Gelegenheiten zurücktritt, so spielen ihre Vertreter dafür im Geheimen oder in der Kleinarbeit eine umso gewichtigere Rolle.

Nun ist ja das Zentrum im Landtage wie im Reichstage als Oppositionspartei ins Leben getreten. Bismarcks Politik hatte es verstanden Leute in die Opposition zu treiben, die der besten Gesinnung und des besten Willens voll waren, und die bei einiger Rücksicht auf ihre nicht ganz preussischen Eigenheiten zu treuen Parteigängern der Regierung hätten gewonnen werden können. Die Oppositionsstellung brachte das Zentrum dazu radikaler aufzutreten als seine führenden Leute im Grunde ihres Herzens gesinnt waren. Im Abgeordnetenhaus bildete das Zentrum anfangs der siebziger Jahre eine unbeachtliche Minderheit gegenüber der liberalen Mehrheit. Dem Zentrum kam es gelegen sich nach aussen hin als den wahren Freund und Förderer der Volksrechte aufzuspielen und die Liberalen als das Gegenteil erscheinen zu lassen. Deshalb kam es im Jahre 1873 mit dem Antrag das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preussen einzuführen, ein Antrag, bei dem es gewinnen musste, wenn er nicht angenommen wurde, denn dann waren die Liberalen blamiert, und bei dem es andererseits nichts zu verlieren hatte, wenn er angenommen wurde, denn wie die Reichstagswahl gezeigt hatte, vermochte das Zentrum auch mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht ganz gute Geschäfte zu machen. Die Sozialdemokratie hatte damals noch nichts zu bedeuten; ihren späteren Aufschwung konnte niemand voraussehen; das Bedenken, dass schliesslich ihr die Hauptfolge des demokratischen Wahlrechtes zufallen würden, wirkte damals noch nicht — und so konnte das Zentrum denn den bedeutungsvollen Schritt wagen für Preussen die Einführung eines Wahlrechtes zu beantragen, das der konservativen Gesinnung der Parteiführer im Grunde des Herzens zuwider war.

Der Schritt ist auch wohl nur gewagt worden, weil das Zentrum von seiner Aussichtslosigkeit überzeugt war. Wenn es der Partei wirklich und ehrlich um die Durchführung des Vorhabens zu tun gewesen wäre, dann würde sie sich nicht mit dem einmaligen Antrag begnügt, sondern ihn immer wieder eingebracht und dabei durch Mobilmachung ihrer Gefolgschaft dafür gesorgt haben, dass der Antrag von unten auf den erforderlichen Nachdruck erhielt.

Ein angesehenener und einsichtsvoller klerikaler Politiker, der Fürst von Isenburg-Birstein, gesteht in seiner Schrift *Die Parteien im Deutschen Reichstage /1877/* ein, dass das Zentrum in seiner Oppositionszeit derartige Anträge nur zu Agitationszwecken einbrachte. Er schreibt:

»Eine jede Partei, die sich an dem parlamentarischen Leben beteiligt, muss selbstverständlich den lebhaften Wunsch nach Verstärkung hegen, dieser nimmt natürlich in dem Masse zu, als sie in ihren Bestrebungen vereinzelt dasteht. Schon aus diesem Grunde musste es der lebhafteste Wunsch der Zentrumsfraktion sein durch eine grössere Zahl von Mitgliedern verstärkt bei den im Januar 1874 stattfindenden Wahlen für den Reichstag hervorzugehen . . . Der einzige Weg, um eine grössere Anzahl von Mitgliedern zu bekommen, war der eine grössere Anzahl von Wählern als bisher zu bestimmen den Kandidaten des Zentrums ihre Stimme zu geben. Am leichtesten glaubte man dies erreichen zu können, wenn man die Wähler überzeugte, dass die Fraktion nicht nur die Verteidigung der Rechte der Kirche, sondern auch die Einführung eines wirklich freisinnigen Systems als ihre Aufgabe betrachtet.«

Nach Isenburgs Meinung war es dem Zentrum mit seinen volksfreundlichen Anträgen nur um den Wählerfang zu tun. Übrigens war man in klerikal-konservativen Kreisen sich klar, dass dieses Verfahren immerhin seine Bedenken hatte. So schreibt auch Isenburg weiter:

»Den grossen Massen fehlt das tiefere Verständnis für echt freisinnige Ideen; sie wechselt diese vielfach mit modern liberalen Gedanken. Die allgemein bekannten Schlagwörter, insbesondere diejenigen, von denen man, will man verstanden sein, Gebrauch machen muss, enthalten meistens einen sehr richtigen gesunden Gedanken, werden aber gewöhnlich gebraucht, um eine liberale Idee auszudrücken. Da nun das Zentrum in seinen Wahlaufrufen häufig diese modernen Schlagwörter benutzen musste, ohne ihnen jedesmal die richtige Interpretation beizufügen, so musste es dadurch in konservativen Kreisen häufig Anstoss erregen.«

Wie insbesondere zum Wahlrecht die konservativen Klerikalen ihre Stellung auffassten, lehren folgende Ausführungen des genannten katholischen Politikers:

»Nach meinem Dafürhalten beruht das auf dem allgemeinen Wahlrecht basierte System auf einem durchaus falschen Prinzip und ist das Produkt der Grundsätze von 1789. Ich würde es nicht nur für unrichtig, sondern auch für ungerecht halten, wenn der Einfluss der Nichtbesitzenden und weniger Gebildeten demjenigen gleichgemacht würde, die wegen ihres Besitzes in ganz anderer Weise an dem Geschehe des Staates interessiert sind und vermöge ihrer Bildung weit mehr die nötige Einsicht besitzen, um über die öffentlichen Angelegenheiten urteilen zu können. Ich gestehe aber gerne zu, dass unter den jetzigen Verhältnissen auch das auf allgemeinem Wahlrecht basierte System den christlich gesinnten und konservativen Elementen grösseren Einfluss gewährt, als das für den preussischen Landtag geltende. Ich begreife daher auch, dass die Zentrumsfraktion in diesem Augenblicke es gern sähe, wenn es allgemein eingeführt würde, ja ich bin sogar der Ansicht, dass es entschieden dem System vorzuziehen ist, wonach die Wahlen für das preussische Abgeordnetenhaus und viele zweite Kammern in den deutschen Staaten stattfinden. Ich finde daher die Aufstellung dieses Postulates für sehr begreiflich, nur hätte ich gewünscht, dass man den Wunsch mehr in konkreter Form geäussert und deutlich erklärt hätte, dass man es nur als eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes, nicht aber als auf einem richtigen Prinzip beruhend ansehe. Für die grosse Masse der Katholiken wäre eine solche Reservation von grossem Werte gewesen.«

Isenburg ist, das geht unzweifelhaft aus seiner Schrift hervor, keiner von den rückständigsten und volksfeindlichsten Ultramontanen, nur ist er so ehrlich zu sagen, was er denkt. Ganz gewiss stand die Mehrheit der katholischen Führer dem Wahlrecht viel schroffer und ablehnender gegenüber, aber sie hielten es für gut ihre wahre Gesinnung zu verheimlichen und sich als die Volks-

und Freiheitsfreunde aufzuspielen. Der Zentrumsantrag wurde von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses abgelehnt, und seit der Zeit, also seit 1873, hat das Zentrum in der preussischen Wahlrechtsfrage keinen Finger mehr gerührt, einesteils, weil es ihm mit der Durchführung eines demokratischen Wahlrechts in Preussen nie ernst gewesen ist, andernteils, weil die von Wahl zu Wahl fortschreitende Zunahme der sozialdemokratischen Reichstagswählerstimmen es belehrten, dass die Erfolge des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts letzten Endes der Sozialdemokratie, des Zentrums grösstem Feinde, zu fallen mussten.

Es ist eine kecke Täuschung, wenn die ultramontanen Blätter erklären, dass das Zentrum seit seinem Bestehen unausgesetzt sich als Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erklärt habe. Die Tagespresse unserer Partei hat im Laufe der jetzigen Wahlrechtsbewegung genügend Nachweise von Rednern und Blättern des Zentrums gebracht, dass es mit der Freundschaft namhafter Ultramontaner für das Reichstagswahlrecht sehr wackelig aussieht, und wenn hingewiesen wird auf amtliche Parteikundgebungen, zum Beispiel auf Wahlprogramme, so findet sich allerdings in den Reichstagswahlaufufen des Zentrums die Versicherung, dass die Partei an dem Reichstagswahlrecht festhalten werde, aber was hat das mit der Frage der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preussen zu tun? Findet sich darüber eine Versicherung in den Landtagswahlaufufen des preussischen Zentrums? Zum erstenmal wird die Wahlrechtsfrage in dem Aufruf des Landtagszentrums für die Wahl 1893 erwähnt. Es heisst da:

»Bei Beratung des Wahlgesetzes hat das Zentrum alle Kraft eingesetzt die durch die neue Steuergesetzgebung zu befürchtende plutokratische Verschiebung der Wählerklassen zu verhindern; leider ist diese Absicht trotz unserer einmütigen Haltung nicht zu erreichen gewesen. Es wird daher auch in Zukunft unsere Aufgabe sein diesen gegen unseren Willen herbeigeführten Wirkungen nach Kräften entgegenzutreten und Abhilfe herbeizuführen.«

Das Wahlgesetz, um das es sich hier handelt, ist das **Gemeindegewahlgesetz**, das nach langem Kuhhandeln und Katzbalgen mit Konservativen und Nationalliberalen zu stande gekommen war in einer Weise, dass der Einfluss des Zentrums in der zweiten Abteilung gestärkt und ihm dadurch in den Gemeinden des Westens das Übergewicht gegenüber dem Liberalismus gesichert wurde. Darin bestand die Wahlreform im Sinne des Zentrums. Von einem Eintreten für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den Landtag nicht die Spur, weder in diesem noch in einem der folgenden preussischen Wahlaufufe. 1898 heisst es:

»Unter Aufrechterhaltung und Anerkennung aller bestehenden Rechte und Rechtsverhältnisse haben wir ferner in Wahrung der Rechte des Volkes wiederholt die bei der Beratung der neuen Steuergesetze zugesagte Reform des Wahlrechts verlangt, durch welches die durch jene Gesetze bewirkte Verschiebung und Verkümmern des Wahlrechtes ausgeglichen werden sollte.«

Hier also die ausdrückliche Betonung der »bestehenden Rechte und Rechtsverhältnisse«, womit das Zentrum von vornherein auf eine grundlegende Wahlreform verzichtet. Und auch hier drehte sich die Sorge des Zentrums nur um das Gemeindegewahlgesetz, wie der Wahlaufuf von 1903 beweist, wo es heisst, dass die vollzogene *Wahlreform* nicht alle Wünsche erfüllt, dass die Fraktion aber doch zugestimmt habe, »weil dadurch in zahlreichen Gemeinden zu gunsten

des Mittelstandes eine nicht zu unterschätzende Erweiterung des Wahlrechtes gesichert wird. Mit der Fürsorge für den Mittelstand, das heisst den Zentrumsphilister der zweiten Wählerabteilung, war der wahlreformerische Ehrgeiz des Zentrums gesättigt, von dem Landtagswahlrecht ist überhaupt nicht die Rede. Hinzugefügt sei, dass auch das Programm der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, das überhaupt nur aus wenigen Zeilen mit einigen nichtssagenden Redensarten besteht, die Wahlrechtsfrage völlig unerwähnt lässt.

Nun hat ja im Anfang vorigen Jahres, nachdem die Herrlichkeit der *regierenden Partei* im Reiche ein Ende genommen hatte, das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Preussen eingebracht, wobei erwähnt werden muss, dass eine Anzahl Abgeordneter ihre Unterschrift zu diesem Antrage verweigert hat. Dem Vorwurf, dass es diesen Antrag nur aus agitatorischen Gründen und in der Gewissheit, dass er nicht angenommen werde, eingebracht habe, versucht das Zentrum durch die Erwiderung zu begegnen, dass es ja nichts zu verlieren habe und seines Bestandes an Mandaten auch unter dem Reichstagswahlrecht sicher sei. Das stimmt nicht. Das Zentrum weiss ganz genau, dass die Tage seiner Reichstagsmandate in den Städten des industriellen Westens gezählt sind; schon bei der Wahl im vorigen Jahre rechnete es mit dem Verlust von Köln, Düsseldorf und Essen; die Rede, die der Abgeordnete Trimborn am Abend vor der Stichwahl an seine Kölner Wähler hielt, sah einer Abschiedsrede verzweifelt ähnlich. Jedenfalls kostet es das Zentrum grosse Mühe seine Reichstagsmandate in diesen Wahlkreisen zu behaupten, während es seine Landtagskandidaten unter dem Dreiklassenwahlrecht, wo sein Hauptgegner, die Sozialdemokratie, fehlt, glatt und ungefährdet durchbringt. Das würde sich ändern, wenn das Dreiklassenwahlrecht fiel und durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ersetzt würde; mit seinen Landtagsmandaten im industriellen Westen stände es dann wackelig.

Dazu kommt, dass eine Änderung des preussischen Landtagswahlrechtes unfehlbar auch eine Änderung des preussischen Gemeindevahlrechtes zur Folge haben würde. Auch hier hat das Zentrum in den katholischen Städten bisher nur mit einem Gegner, den Liberalen, zu tun; träte ihm auf Grund eines demokratischen Wahlrechtes hier die Sozialdemokratie gegenüber, so wäre es mit seiner Ratshausmehrheit in einer Stadt wie zum Beispiel Köln vorbei. Und wer da weiss, welche Bedeutung das Zentrum auf den Besitz solcher Städte legt, der weiss auch, wieviel das Zentrum bei einer Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems und seiner Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu verlieren hätte. Das Zentrum hat bisher bewiesen, dass es recht wenig nach Grundsätzen, dafür desto mehr mit Rücksicht auf den Parteinutzen handelt. abgesehen davon, dass seine programmatischen Grundsätze so dehn- und deutbar sind, dass sie sich mit der ärgsten Rückwärtseri und Verräterei vereinigen lassen. Und so darf man denn aus dem Schaden, der den Ultramontanen aus der Annahme seines Antrages für seine politische Stellung im Landtag wie in der Gemeinde erwachsen würde, ruhig den Schluss ziehen, dass es ihm mit der Durchführung dieses Antrages nicht ernst ist, zumal wenn man berücksichtigt, dass seine Durchführung dem grössten und gefährlichsten Feinde des Klerikalismus, der Sozialdemokratie, zu gute kommen würde.

Aber auch die völlige Untätigkeit des Zentrums, seine Abneigung die ultramontanen Massen für den Antrag mobil zu machen und durch Entfaltung einer machtvollen Bewegung von unten auf der preussischen Wahlreform Geltung zu verschaffen lässt erkennen, wie wenig dem Zentrum daran liegt, dass sein Antrag zur Durchführung gelangt. Von den bürgerlichen Parteien ist ohne Zweifel das Zentrum am besten organisiert; seine Bundesgenossin, die Kirche, sichert ihm ein Heer agitatorischer Kräfte und mit diesen einen mächtigen Einfluss auf die Massen. Wenn das Zentrum wollte, könnte es allein unter seinem immer noch sehr ansehnlichen proletarischen Gefolge eine Bewegung zu stande bringen, die, mit der sozialdemokratischen vereinigt, stark genug wäre, um nach oben zu wirken und die Regierenden zur Einsicht zu bringen. Aber das Zentrum verhält sich ruhig, kein Flugblatt, keine Versammlung wider die Schmach des Dreiklassenwahlrechts, nichts von einer gründlichen und anhaltenden Aufklärung der Massen über die ihnen zugefügte Schande einer sechzigjährigen Entrechtung. Demnächst, wenn es zur Landtagswahl geht, wird das Zentrum Lärm schlagen, über den Freisinn und den Block losziehen, die sich in der Wahlrechtsfrage so schlapp benommen haben, und demgegenüber das Zentrum preisen, das sich hier wieder der Rechte des Volkes so tapfer angenommen hat, wenn auch seine Taten in weiter nichts bestanden haben, als dass es einen Wahlrechtsantrag eingebracht, einige Erklärungen dazu abgegeben und im übrigen durch seine Passivität die Regierung in ihrer Wahlrechtsfeindschaft nur bestärkt hat.

Die grosse Masse des Zentrumsgefolges ist zu rückständig und stumpfsinnig, um den Ernst der Lage zu begreifen und die Pflicht der Parteinahme in dieser für die innerpolitischen Verhältnisse so überaus wichtigen Frage zu erkennen. Der wirtschaftlich und politisch interessierte Zentrumsmann in der Stadt wählt in der zweiten Klasse, ebenso sieht der grundbesitzende Zentrumsbauer als Wähler höherer Klasse sein politisches Interesse genügend gewahrt; die grosse Masse des kleinbürgerlichen und bäuerlichen Zentrumsanhanges kümmert sich um politische Fragen nicht, sie folgt bei den Wahlen dem Herrn Pfarrer und glaubt seiner Versicherung, dass eine Partei, die als Schützerin der Kirche die wahre Partei des Herrgotts ist, auch unbesehen das Vertrauen jedes Christenmenschen verdiene.

Nun gibt es in der Zentrumsparlei ein entwicklungsbedürftiges, vorwärtstreibendes Element: die katholische Arbeiterschaft. Das Dasein und die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften zeigt, dass es in diesen Kreisen nicht an geistiger, sozialer und politischer Regsamkeit fehlt, aber, und das ist das Bedauerliche, alles nur im Gefolge und Interesse der Zentrumsparlei. Die katholischen Arbeiter- wie die Gesellenvereine unterstehen statutgemäss geistlicher Leitung, ihre Sekretäre und Beamten empfangen sie aus München-Gladbach, der *Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland*, von wo sie auch sonst ihre geistige Speise beziehen. Es sind unverfälschte Zentrumsorganisationen, und es ist, bei der Abhängigkeit der Mitglieder von der geistlichen Leitung, selbstverständlich, dass von diesen Organisationen nichts unternommen wird, was die Kreise der Zentrumsparlei stören könnte. Scheinbar selbständig stehen die christlichen Gewerkschaften da. Im Anfang spielten die geistlichen Berater in ihnen eine bedeutende Rolle und Zentrumsparlei-taten sich als Gründer und Förderer der christlichen Berufsorgani-

ROBERT SCHMIDT · ARBEITSKAMMERN

EINE der bedeutsamsten Ankündigungen des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 soll nunmehr in einem Gesetzentwurf, der die Errichtung von Arbeitskammern bezweckt, der Erfüllung entgegengehen. In jenem sozialpolitisch gestimmten Erlass des Kaisers hiess es:

»Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.«

Nach 18 Jahren ein Gesetzentwurf, der versucht das in diesem Erlass gegebene Versprechen einzulösen, ohne die Hoffnungen und Wünsche zu erfüllen, die an die Ära der sozialpolitischen Ankündigungen mit aller Vorsicht geknüpft werden konnten. Es hat einer langen Überlegung bedurft, ehe die Regierung den Schritt wagte den Arbeitern das zu gewähren, was in der langen Wartezeit ohne Zögern dem Unternehmer dargeboten wurde. Im Jahre 1894 wurde in Preussen durch ein Gesetz die Organisation der Landwirtschaftskammer geregelt, 1897 in einer Novelle der Handelskammer eine neue Grundlage gegeben und in gleichen Jahre durch eine Novelle zur Gewerbeordnung die Handwerkskammern ins Leben gerufen. Organisationen, die ohne Verbindung mit einer Arbeitervertretung blieben, es sei denn, dass man die in der Regel zu den Beratungen der Handwerkskammer überhaupt nicht zugelassenen Gesellenausschüsse für eine Arbeitervertretung hält.

Die Vorlage, die die Regierung dem Bundesrat unterbreitet, weist in der Arbeitskammer nicht etwa dem Unternehmer die selbe bedeutungslose Stellung zu wie den Arbeitern in der Handwerkskammer, sondern hier ist auf einmal die paritätische Vertretung der Unternehmer und Arbeiter vorgesehen. Der »freie und friedliche Ausdruck der Wünsche der Arbeiter«, um an den Wortlaut des kaiserlichen Erlasses anzuknüpfen, soll nach dem Gesetzentwurf nur mit Genehmigung der Unternehmer geschehen. Denn bei Gutachten, die die Arbeitskammer abgibt, soll der Vorsitzende mit seiner Entscheidung ausscheiden, wenn jede Partei auf ihrem Standpunkt beharrt. Das heisst, es muss mindestens ein Unternehmer den Anschauungen der Arbeiter beitreten, damit der Standpunkt der Arbeiter Bedeutung erhält. Der freie Ausdruck der Wünsche der Arbeiter wird auf diese Art vollständig unterdrückt. Im Vergleich hierzu ist die Stellung des Gesellenausschusses bei den Handwerkskammern unabhängiger. Der Gesellenausschuss kann bei Gutachten der Handwerkskammer, die seiner Auffassung entgegenstehen, seinen entgegengesetzten Standpunkt besonders begründen. Es ergibt sich damit zugleich das Unhaltbare der paritätischen Grundlage der Arbeitskammern; viel zweckentsprechender ist es, wenn die Unternehmer in der Handels-, Gewerbe-, Handwerks-, Landwirtschaftskammer, in den Berufsgenossenschaften ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten und die Arbeiter in der Arbeiterkammer ihre Vertretung haben, ohne Mitwirkung der Unternehmer. Es ist töricht zu glauben, dass die wirtschaftlichen Gegensätze

überbrückt werden, wenn beide Teile gemeinsam in der Arbeitskammer wirken. Nur für bestimmte Aufgaben wird eine paritätische Grundlage der Vertretung zu empfehlen sein; so für die Verwaltung des Arbeitsnachweises, bei der Förderung von Tarifabschlüssen, bei Schlichtung von Streitigkeiten. Für diese Zwecke könnte eine besondere gemeinsame Beratung der Handels-, Handwerks- und Arbeiterkammern vorgesehen werden; die sozialpolitischen Aufgaben, die die Arbeiter angehen, überlasse man den Arbeitern selbst; die Bevormundung muss zurückgewiesen werden.

Recht unglücklich löst der Entwurf die Abgrenzung der Arbeitskammern. Es hätte ausserordentlich nahegelegen für jeden Bezirk einer Handwerkskammer eine Arbeitskammer einzusetzen; statt dessen will man die Organisation nach den Bezirken der Berufsgenossenschaften gliedern. Diese Bezirke sind aber nicht einheitlich, sondern bilden ein buntes Durcheinander. Die eine Berufsgenossenschaft ist über ganz Deutschland ausgebreitet ohne jede Sektionsbildung, eine andere über einen oder mehrere Bundesstaaten mit sehr zahlreicher Sektionsbildung; einer solchen Regellosigkeit die Arbeitskammerbezirke nachzubilden wurde doch wohl vorgeschlagen, ohne dass man vorher die praktische Durchführbarkeit näher untersucht hätte.

Die Zersplitterung der Arbeitskammern in Angliederung an die Berufe muss ihre Bedeutung und ihre Tätigkeit von vornherein erheblich verringern. Wenn die Handwerker in ihren Handwerkskammern ohne Bildung besonderer Kammern für den Beruf auskommen, dann wird das wohl auch für die Arbeiter in der Arbeitskammer möglich sein. Dabei können solche Kammern sehr gut nach Berufsvertretern zusammengesetzt sein und Abteilungen für die einzelnen Berufe bilden. In einer Arbeitskammer wäre weiter auch die Vertretung der Techniker, Werkmeister, Ingenieure und Handelsangestellten im besonderen Wahlgange zu empfehlen, denn das Ausscheiden der Handelsangestellten aus der Arbeitskammer, wie es der Regierungsentwurf vorsieht, entbehrt jeder stichhaltigen Begründung.

Natürlich wäre das Proportionalwahlrecht allgemein zu fordern, denn in diesen Korporationen müssen alle Richtungen der Arbeiterbewegung vertreten sein. Wenn aber die Begründung der Regierungsvorlage besagt, dass die Verhältniswahl für die Wahlen der Arbeitnehmervertreter wünschenswert sei, ihre Anwendung aber nicht in allen Fällen unbedenklich erscheine, so erkennt man recht deutlich die Absicht je nach der politischen Strömung der Arbeiterschaft in dem einen Bezirk durch die Verhältniswahl den Einfluss der Sozialdemokraten zu mindern, in dem andern mit der einfachen Majoritätsentscheidung auszuschalten. Dieser täppische Versuch den Einfluss sozialdemokratischer Arbeiter auszuschalten kennzeichnet so recht die Tendenz des Gesetzentwurfes, der nur darauf ausgeht eine möglichst einflusslose Organisation zu schaffen. Wie soll nun diese Arbeitervertretung in der Arbeitskammer gewählt werden? Die Regierungsvorlage schreibt vor: die Hälfte der Vertreter wählen die Arbeiterausschüsse in den Fabriken, die andere Hälfte die Vertreter der Arbeiter bei den Berufsgenossenschaften. Der Regierung scheinen da die Schönheiten des preussischen Wahlrechts vorgeschwebt zu haben. Wenn man auf eine indirekte Wahl kam, hätte man wohl eventuell auf die Gewerbegerichtsbesitzer zurückgreifen können, aber nicht auf die Arbeiterausschüsse. Die Errichtung von Arbeiterausschüssen ist ganz dem Gutdünken des Fabrikanten anheim-

gegeben, einen Zwang zur Bildung solcher Ausschüsse kennt die Gewerbeordnung nicht. Es gibt noch Betriebe mit Tausenden von Arbeitern, die keine Spur eines Arbeiterausschusses haben. Alle diese Arbeiter scheiden bei dem Wahlrecht auf dieser indirekten Grundlage aus; deshalb sieht die Vorlage für den Fall, dass überhaupt keine Arbeiterausschüsse im Bezirk der Arbeitskammer bestehen, die Wahl aller Vertreter seitens der Arbeitervertretung der Berufsgenossenschaften vor. Die Vertreter in den Berufsgenossenschaften gehen aus einem sehr komplizierten indirekten Wahlsystem hervor. Es wählen nämlich die Arbeiter in den Vorständen der Orts-, Gemeinde- und Betriebskassen Vertreter der Arbeiter zu den unteren Verwaltungsbehörden, diese wählen dann den Ausschuss der Landesversicherungsanstalt, und der Ausschuss bestimmt die Arbeitervertreter bei den Berufsgenossenschaften. Diese Vertreter sollen bei Erlass von Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften oder bei Erlass von Verordnungen seitens des Bundesrates oder der Landeszentralbehörden betreffend die Innehaltung sanitärer Vorschriften (§ 120 e der Gewerbeordnung) als Gutachter zugezogen werden. Es vergehen oft Jahre, ohne dass die Arbeitervertreter der Berufsgenossenschaften zu einer Beschlussfassung hinzugezogen werden, weil, wenn die Unfallverhütungsvorschriften einmal erlassen sind, nur ganz selten Änderungen vorgenommen werden, und der Bundesrat auch nicht so viele Verordnungen produziert, dass zu Beratungen oft Gelegenheit gegeben wäre. Und eine solche siebenmal gesiebte Arbeitervertretung soll den Wahlkörper für die Arbeitervertretung in der Arbeitskammer abgeben? Das wird wohl selbst den frommen, christlich-nationalen Arbeitern als starke Zumutung erscheinen, als krasseste Nichtachtung der Gefühle und Empfindungen der Arbeiter. Wie zu den Gewerbebegehrten eine direkte Wahl möglich ist, wird auch hier unter allen Umständen ein gleicher Wahlmodus gefordert werden müssen. Die Halbheit des Entwurfs zeigt sich nicht nur in dem Ausscheiden der Handelsangestellten aus der Vertretung, sondern auch in der Begrenzung für die Fabrikbetriebe. Die Begründung des Entwurfs besagt zwar, für das Handwerk bestehe im Gesellenausschuss der Handwerkskammer schon eine Arbeitervertretung. Diese hat aber viel zu begrenzte Befugnisse, sie wird nicht ständig zu den Sitzungen der Handwerkskammer geladen, sondern nur dann, wenn über Herbergswesen, Arbeitsnachweis, Vorschriften über Lehrlingswesen oder Angelegenheiten, die die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge berühren, beraten wird. Auf Grund dieser Bestimmungen sind die Gesellenausschüsse bei Beratung handelspolitischer, ja sogar auch wichtiger sozialpolitischer Fragen ausgeschlossen worden. Die Arbeiter werden auf die Gesellenausschüsse sehr leicht verzichten können, wenn in einer Arbeiterkammer ihre Vertretung organisiert wird. Industrie und Handwerk müssen wir zusammenfassen, da jeder Wechsel der Arbeitsstätte den Vertreter der Arbeiter aus der Arbeitskammer hinauswerfen kann, wenn er im Handwerksbetriebe die Arbeit aufnimmt. Eine so schwankende Grundlage der Vertretung muss die Korporation zur Schwäche in der Ausführung ihrer Aufgaben verdammen. Wenn man die Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb ziehen will, dann müsste man doch auch die Arbeitervertreter bei den Berufsgenossenschaften als Wähler ausscheiden, die in Handwerksbetrieben tätig sind. Denn nicht alle Berufsgenossenschaften entbinden das Handwerk von der Versicherungspflicht; es gibt vielmehr eine Anzahl von Handwerksbetrieben, die der Versicherungspflicht unterliegen. Wie

steht es hier nun mit den Unternehmern, dürfen nur solche aus Fabrikbetrieben gewählt werden? Neben den Handwerksbetrieben sollen die Werkstätten der Eisenbahnen und der Heeresverwaltung ausscheiden. Eine Begründung dafür ist nicht gegeben; dass die Arbeiter dieser Staatswerkstätten mindere Rechte genießen sollen, legt ein schlechtes Zeugnis für die sozialpolitische Einsicht der Regierung ab.

Entsprechend der Unklarheit im Aufbau der Organisation sind auch die Aufgaben allgemein und unbestimmt gehalten. Die Arbeitskammern sollen ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen. Dazu werden sie den nötigen Einfluss vermissen lassen. Sie sollen die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des wirtschaftlichen Friedens und die Interessen der Arbeiter durch Mitteilungen und Gutachten unterstützen. Das klingt sehr schön, wird aber, da in solchen Fällen auch die Unternehmer zustimmen müssen, im günstigsten Falle zu einer mässigen zurückhaltenden Kundgebung für die berechtigten Arbeiteransprüche führen, wenn nicht in das Gegenteil umschlagen. Denn es wird den Unternehmern bei der abhängigen Stellung des Arbeiters leicht gelingen einige Stimmen aus Arbeiterkreisen für ihre Auffassung zu gewinnen; und solche Urteile hiessen dann Gutachten der Arbeitskammer, während sie in Wirklichkeit nur die Ansicht der Unternehmer wiedergäben.

Die Arbeitskammern können bei Verordnungen, die auf Grund der Gewerbeordnung erlassen werden, gehört werden. In solchen Fällen wird wohl die Stimmung der Arbeiter auch künftig ausserhalb dieser Korporationen klarer zum Ausdruck kommen. Wichtiger ist die Befugnis Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu veranstalten. Hier könnte bei gemeinsamem Vorgehen sehr wichtiges sozialpolitisches Material geschaffen werden. Aber für ein gemeinsames Vorgehen fehlt die Organisation, die Zersplitterung der Kräfte ist mit Bedacht durchgeführt.

Eine andere Aufgabe besteht in folgendem:

«Die Arbeitskammern können Veranstaltungen und Massnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zweck haben, anregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitwirken.»

Als solche Veranstaltungen kommen nach den Motiven in betracht: die Errichtung von Arbeitsnachweisen, von Rechtsauskunftsstellen, Versicherungskassen gegen Arbeitslosigkeit und sonstige Hilfskassen, von Arbeitszügen, die Errichtung von Arbeiterwohnungen, die grundsätzliche Regelung der Arbeitsbedingungen, wie diejenigen der Lohnzahlungstage, der Akkordarbeit, der Arbeit am Sonnabendnachmittag, der Gewährung von Urlaub und dergleichen mehr. Soweit hier gewerkschaftliche Aufgaben berührt sind, wird die Anregung nicht nötig sein. — denn die Arbeiter haben Gelegenheit in ihren Organisationen diese Aufgaben praktisch zu fördern —, wohl aber könnte die Arbeitskammer fordern, dass Hindernisse, die diesen Bestrebungen seitens der Behörden in den Weg gelegt werden, beseitigt werden. Dabei darf wohl angenommen werden — was in dem Gesetzentwurf nicht klar zum Ausdruck kommt —, dass die Organisation der gewerkschaftlichen Unterstützungsrichtungen nicht Aufgabe der Arbeitskammern ist; andernfalls müssten diese Bestrebungen sehr entschieden bekämpft werden, denn es fehlte nur noch, dass vielleicht die gelben Gewerkschaften in den Arbeitskammern ihren Be-

reaktionärer Verbohrtheit erforderlich ist, um den Abscheu, den sie wecken, zu ersticken. Das Buch schildert aber nicht allein russische, sondern auch deutsche Gefängniszustände. Deutsch war 1884 in Freiburg im Breisgau verhaftet worden und stand in dem an sich begründeten Verdacht als russischer Revolutionär in Odessa einen Verräter abgestraft zu haben. Für Bismarck war der Fall eine willkommene Gelegenheit sich Russland gefällig zu zeigen; der Verdächtige wurde ausgeliefert und am Ort der Tat vorab wegen Mordversuchs zu 13 Jahren 4 Monaten Zwangsarbeit verurteilt.

Der russische Revolutionär, der in dem genannten Buche seine Kerkerleiden schildert, ist gewiss von dem Verdacht frei russische Regierungsmaximen vor denen des Auslandes auf Kosten der Wahrheit herauszustricken. Gerade weil das Buch von der ersten bis zur letzten Zeile den Eindruck vollendeter Wahrhaftigkeit macht, müssen einzelne Gegenüberstellungen auf den deutschen Leser ausserordentlich niederdrückend wirken. Über die Zustände im Gefängnis zu Freiburg, wo er beileibe nicht als Verurteilter, sondern als Untersuchungsgefangener sass, schreibt Leo Deutsch:

»Die Zustände im Gefängnis lassen manches zu wünschen übrig. In der ersten Zeit war mir die Gefängnisordnung geradezu unausstehlich, bis ich mich dann allmählich an die deutschen Einrichtungen gewöhnte. Wie bereits erwähnt, werden die Zellen bei Nacht niemals beleuchtet, und den Gefangenen bleibt dann weiter nichts übrig als die ganze Nacht zu verschlafen. Wie ich später erfuhr, verweigerte man Licht aus Furcht vor Feuersgefahr, und aus dem selben Grunde war auch das Rauchen verboten, was aber hier brennen sollte, war mir nicht recht klar, da ausser den Fensterrahmen, den Türen und den Fussböden kein Holz vorhanden, und das Gebäude ein massiver Steinbau war.«

Von dem Berliner Gefängnis, in welchem er auf dem Transport nach Russland interniert war, entwirft Leo Deutsch folgendes Bild:

»Als wir am folgenden Tage in Berlin eintrafen, wurde ich abermals in ein Gefängnis gesperrt. Welches es war, weiss ich nicht, doch erinnere ich mich genau, dass es einen unbeschreiblich deprimierenden Eindruck auf mich machte. Die finstere Zelle, in die eine davor stehende hohe Mauer keinen direkten Lichtstrahl dringen liess, die finsternen Gesichter der Schliessler, die mir niemals direkt ins Auge schauten, sondern immer zu schielen schienen, legten unwillkürlich den Gedanken nahe, dass Menschen, die längere Zeit hier zubringen mussten, sich bestimmt bedrückt fühlten. Ich habe seit jener Zeit noch so manches Gefängnis im europäischen Russland und in Sibirien kennen gelernt, aber niemals fühlte ich mich so niedergeschlagen, wie in diesem Berliner Gefängnis. Alles schien hier anzudeuten: Du bist in Berlin, der Metropole des Militärstaates Preussen, wo Strenge und Drill — richtiger Drill und Härte — die Richtschnur für alles und jedes sind.«

Hören wir jetzt, was der russische Revolutionär aus dem Kerkerleben in der Heimat berichtet. Nach seiner Verurteilung wurde er zunächst in Moskau interniert. Eine Osterfeier in diesem Gefängnis schildert er wie folgt:

»Man hatte uns allerhand gute Dinge geschickt: Osterkuchen, Eier, Schinken, Geflügel, und was sonst dazu gehört, wie auch einige Flaschen leichten Wein und Bier; so war unser Ostertisch glänzend bestellt. Unter der Aufsicht des Kapitäns und der Aufseher brachten wir hier den Abend und die halbe Nacht zu und waren fröhlich, wie wohl selten Menschen in einem Gefängnis; Lieder wurden angestimmt, es wurde gescherzt und gelacht, bis zuguterletzt eine Harmonika auftauchte und die Jugend zu tanzen begann.«

Die politischen Verbrecher, deren Leiden Leo Deutsch schildert, konnten nicht allein auf dem Wege nach Sibirien sondern auch im Gefängnis ihres Verbannungsortes unausgesetzt mit einander verkehren, sich gegenseitig unterrichten und in ausgedehnten Gesprächen sich in ihrer politischen Überzeugung

befestigen. Über die Zustände in der Strafanstalt zu Kara in Ostsibirien schreibt Leo Deutsch:

»Der Staat lieferte pro Mann ein bestimmtes Quantum Lebensmittel: drei Pfund Brot pro Tag, ein Drittel Pfund Fleisch, einige Lot Grütze und etwas Salz. Dabei war gestattet, dass die Gefangenen von Verwandten und Angehörigen mit Geldmitteln unterstützt wurden zur Beschaffung besserer Kost; einige, allerdings nur wenige von uns, erhielten regelmässig derartige Zuschüsse. Sowohl die Lieferungen vom Fiskus als auch diese Zuschüsse wurden Gemeingut aller Mitglieder des *Artels* [der Gefangenengenossenschaft]. Die Geldmittel wurden folgendermassen verteilt: Ein Teil wurde dazu verwendet die Kost zu verbessern, zum Ankauf von Fleisch, in unserem Jargon hiess das *den Gemeindegessel unterstützen*; ein anderer Teil war für die sogenannten *allgemeinen Ausgaben* bestimmt: Unterstützung derer, die aus dem Kerker entlassen und in die Verbannungsorte geschickt wurden, für Abonnement der Zeitungen, die wir halten durften, Briefporto usw.; ein dritter Teil wurde gleichmässig verteilt und hiess *Äquivalent*. Über diesen Teil konnte jeder nach seinem Ermessen verfügen. Hauptsächlich diente dieses Äquivalent zum Ankauf von Tee, Tabak, Fischen, Butter und ähnlichen Dingen, die als Bedürfnisse zweiten Grades betrachtet wurden.«

Wer als sozialdemokratischer Redakteur deutsches Gefängnisleben durchgekostet hat, muss es seltsam finden, dass die zuweilen allen Greueln der Willkür unterworfenen politischen Sträflinge in Russland wiederum Annehmlichkeiten geniessen, die nach deutschen Begriffen geradezu unfassbar sind. Besonders wenn man erwägt, dass es sich bei Leo Deutsch um einen Mann handelt, der wegen Mordversuchs, also wegen eines schweren Verbrechens, zu einer Strafe verurteilt war, die unserer Zuchthausstrafe gleichkommt. Was Deutsch andererseits aus deutschen Gefängnissen über Härten berichtet, hatte er als Untersuchungsgefangener zu ertragen, als ein Mann, dessen Schuld in keiner Weise festgestellt war, und dem daher Widerwärtigkeiten, die als Strafe zu betrachten waren, rechtlich überhaupt nicht hätten widerfahren dürfen. Doch welcher deutsche Presssünder, der von einem Fünfmännerkollegium etwa wegen der schweren Missetat der Gendarmenbeleidigung zu Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, wird sich über die Freiburger und Berliner Gefängnisschilderungen wundern, wenn er an seine eigenen mehr oder weniger trüben Erfahrungen denkt? Ihm wird höchstens von neuem zum Bewusstsein kommen, dass er als *Strafgefangener*, wie sein offizieller Titel lautet, überhaupt keine eigentliche individuelle Bedeutung hat, sondern rechtlich gleich dem Dieb oder Wechselfälscher nichts ist als Objekt des Strafvollzuges. Dieser Strafvollzug — die Untersuchungshaft wollen wir hier nicht weiter erörtern — lässt aber selbst bei humanster Handhabung der bestehenden Vorschriften auch nicht entfernt jene Vergünstigungen zu, von denen der *Zuchthäusler* Leo Deutsch aus dem russischen Kerker ohne viel Aufhebens berichtet.

Bevor wir auf die Gefängnisleiden deutscher Presssünder im einzelnen eingehen, mögen die erforderlichen Mitteilungen über die Regeln deutschen Strafvollzuges Platz finden. Am 28. Oktober 1897 hat der Bundesrat *Grundsätze über den Vollzug von Freiheitsstrafen* veröffentlicht, in denen die für uns wesentlichsten Stellen über Beschäftigung, Beköstigung und Kleidung lauten:

»Beschäftigung: Den Gefängnissträflingen, sowie den Gefangenen, welche geschärfte Haftstrafe verbüssen, wird in der Regel Arbeit zugewiesen. Ausnahmsweise wird Gefängnissträflingen, sofern sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und Zuchthausstrafe noch nicht verbüsst haben, mit Gench-

migung der Aufsichtsbehörde gestattet sich selbst zu beschäftigen. Die Gestattung der Selbstbeschäftigung kann von der Zahlung einer Entschädigung abhängig gemacht werden. Die Selbstbeschäftigung unterliegt der Beaufsichtigung des Vorstandes. Bei der Zuweisung von Arbeit an die Gefangenen wird auf den Gesundheitszustand, die Fähigkeiten und das künftige Fortkommen, bei Gefängnissträflingen auch auf den Bildungsgrad und die Berufsverhältnisse Rücksicht genommen. **Beköstigung:** Die Kost wird so gestaltet, dass die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Gefangenen erhalten bleibt. Sie kann mit Rücksicht auf die von dem Gefangenen zu leistende Arbeit verschieden sein, ist im übrigen aber für alle Gefangenen gleicher Art dieselbe. Ob zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit einzelner Abweichungen von der allgemeinen Kost einzutreten haben, wird auf Gutachten des Arztes vom Vorstande bestimmt. Inwieweit Gefängnissträflingen die Selbstbeköstigung gestattet werden darf, bestimmt die oberste Aufsichtsbehörde. Die Selbstbeköstigung darf die Grenzen eines mässigen Genusses nicht übersteigen.

Kleidung: Unter welchen Voraussetzungen Gefängnissträflingen, welche im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden, der Gebrauch eigener Kleidung und Wäsche sowie eigener Bettstücke gestattet werden kann, bestimmt die Hausordnung

Man ersieht aus diesen *Grundsätzen*, dass dem Gefängnisvorsteher für Ausnahmen zu gunsten einzelner Gefangener ein ziemlich weiter Spielraum gelassen ist. Zur näheren Charakteristik der Behandlung politischer Gefangener sei noch mitgeteilt, dass diese zumeist streng isoliert gehalten werden. Auf alle Fälle wird verhindert, dass sie mit ihren engeren Leidensgefährten in irgend welche Berührung treten. Der Zweck dieser Massregel ist nicht einzusehen; um wie vieles leichter sich aber die Qualen der Gefängnishaft ertragen liessen, wenn man sie in der Unterhaltung mit einem Berufsgenossen teilen könnte, braucht hier nicht näher dargelegt werden. Ungleich dem Festungsgefangenen, dessen brieflicher Verkehr in keiner Weise gehindert oder beaufsichtigt ist, dürfen Gefängnissträflinge nur Briefe absenden oder empfangen, nachdem diese vorher von einem Beamten gelesen worden sind.

Soweit die geistige Nahrung der Gefangenen in betracht kommt, besagt § 85 Absatz 5 der am 21. Dezember 1898 erlassenen Gefängnisordnung für die Justizverwaltung in Preussen:

„Gefangene dürfen Bücher und Schriften nur aus der Sammlung des Gefängnisses entnehmen. Ausnahmen, auch die Zulassung einer Zeitung an Gefangene in Einzelhaft, werden von dem Vorsteher in den geeigneten Fällen bewilligt“

Bis vor nicht gar zu langer Zeit war als Zeitung in preussischen Gefängnissen nur der *Deutsche Reichs- und königlich preussische Staatsanzeiger* zugelassen; heute noch gestattet man auf keinen Fall einem sozialdemokratischen Redakteur das Lesen seines eigenen Blattes.

Über Besuche im Gefängnis gilt die Bestimmung des § 79 Absatz 4 der Gefängnisordnung:

„Jeder Gefangene darf in der Regel einmal im Monat Besuche Angehöriger und in besonderen Fällen auch anderer Personen annehmen. Bei gutem Verhalten der Gefangenen können jedoch auch in kürzeren Zwischenräumen Besuche zugelassen werden. . . . Gespräche mit Strafgefangenen dürfen nur im Beisein eines Gefängnisbeamten geführt werden In besonderen Fällen kann der Vorsteher Strafgefangenen die Annahme von Besuchen ohne Beaufsichtigung gestatten.“
Eine Vergünstigung, von der unseres Wissens nur in ganz ausserordentlich seltenen Fällen Gebrauch gemacht werden darf.

Von besonderer Bedeutung für den politischen Gefangenen ist natürlich die **Beköstigungsfrage**. Nach § 98 der Gefängnisordnung ist Selbstbeköstigung

nur gestattet, wenn nach dem Gutachten des Gefängnisarztes die Beibehaltung der regelmässigen Gefängniskost eine Schädigung des Gesundheitszustandes der Gefangenen herbeiführt und nach den Einrichtungen des Gefängnisses sich nicht genügende andere Kost beschaffen lässt. Wer also vom Gefängnisarzt für gesund gehalten wird, erhält, wenigstens in Preussen, auf keinen Fall Selbstbeköstigung gewährt. Aber auch der Gesundheitszustand des Gefangenen ist für manche preussischen Gefängnisverwaltungen in dieser Hinsicht nicht massgebend. So verweigert die Direktion des als Musteranstalt hingestellten Gefängnisses zu Plötzensee bei Berlin grundsätzlich allen Gefangenen die Selbstbeköstigung; wer krank ist, erhält die im Gefängnis zubereitete Krankenkost. Wie es aber um die Beköstigung gesunder Gefangener in preussischen Gefängnissen bestellt ist, zeigt ein Blick auf den Speisezettel, der in den vom Direktor des Tegeler Strafgefängnisses, Alexander Klein, gesammelten *Vorschriften über Verwaltung und Strafvollzug in den preussischen Justizgefängnissen* abgedruckt ist. Dieser Speisezettel zählt für die Mittagkost ein Dutzend Gerichte auf, von denen wir die an erster Stelle stehenden und am meisten verabreichten (auf die Person berechnet) in ihrer Zusammensetzung hier nennen wollen:

1. Erbsen: Erbsen 467 Gramm, Talg 15 Gramm, Salz 15 Gramm.
2. Erbsen mit Kartoffeln: Erbsen 167 Gramm, Talg 15 Gramm, Salz 15 Gramm, Kartoffeln 1300 Gramm.
3. Weisse Bohnen mit Kartoffeln: Bohnen 233 Gramm, Talg 15 Gramm, Salz 15 Gramm, Kartoffeln 900 Gramm.
4. Graupen mit Kartoffeln: Ordinaire Graupen 92 Gramm, Talg 15 Gramm, Salz 15 Gramm, Kartoffeln 900 Gramm.
5. Rumforder: Erbsen 92 Gramm, Graupen 58 Gramm, Talg 15 Gramm, Salz 15 Gramm, Essig 0,03 Liter, Pfeffer 1 Gramm, Kartoffeln 900 Gramm.
6. Reis mit Kartoffeln: Reis 92 Gramm, Talg 15 Gramm, Salz 15 Gramm, Kartoffeln 900 Gramm.

Sechs andere Gerichte ähnlich derber Art werden noch weiter auf dem antilichen Speisezettel aufgeführt. An jedem Sonntag und am Geburtstag des Königs gibt es 250 Gramm Rindfleisch ohne Talgfettung, an jedem Donnerstag tritt an Stelle der Talgfettung 50 Gramm (!) Rindfleisch oder 42 Gramm frischen Schweinespecks. Ausserdem gibt es als *allgemeine Verpflegung* 550 Gramm Brot und 7 Gramm Salz, dazu dreimal am Tage frisches Wasser.

Zu diesem Speisezettel muss bemerkt werden, dass Gefangene, denen die Selbstbeköstigung nicht zugestanden worden ist, von aussen her keinerlei Nahrungsmittel beziehen dürfen. Unerbittlich weisen die Beamten alle Liebesgaben der Verwandten und Freunde zurück. Die einzige Vergünstigung, die den Armen gewährt wird, besteht darin, dass sie von der *Arbeitsbelohnung* im Betrage bis zu 30 Pfennig täglich einen Teil für Zusatznahrungsmittel (Schmalz, Speck usw.) verwenden dürfen. Wie arg zuweilen die grobe, einförmige und schwer verdauliche Gefängniskost den Gesundheitszustand der Gefangenen herabsetzt, zeigt eine Darlegung Bebels in der Reichstags-sitzung vom 23. März 1900:

„Ich selbst habe nicht ganz zwei Monate hier in der Gefängnisanstalt von Plötzensee zugebracht, wo alle Gefangenen ohne Ausnahme Gefängniskost geniessen müssen. Ich hatte auch das sogenannte Vorrecht, dass ich als körperlich schwacher Mensch, der ich damals im besonderen Masse war, die sogenannte Krankenkost an dem Tage bekam, wo in dem Essen der Gefangenen kein Fleisch enthalten war. Das Fleisch ist übrigens in so minimaler Quantität vorhanden, dass Sie es mit der Lupe suchen müssen, es ist nur mehr dem Namen nach vorhanden. Und doch kann ich Ihnen sagen, dass ich nach zwei Monaten so bedeutend an Körpergewicht abgenommen hatte, dass ich erschrak, als ich herauskam und das konstatierte.“

Und das geht so den allermeisten Menschen. Es gibt eine Unzahl von Gefangenen, und das wird leider nicht konstatiert, die nach einer längeren Gefängnisstrafe mit dem Keim des Todes behaftet herauskommen. Ich habe mehrfach unter meinen Parteigenossen solche Fälle kennen gelernt.

Es versteht sich, dass das Elend des Strafvollzuges den Reichstag verschiedentlich beschäftigt hat. Im Jahre 1870 bereits trat die Mehrheit einem Antrage des nationalliberalen Abgeordneten Fries bei, der die Einsetzung einer Bundesbehörde zur Aufsichtführung über die sämtlichen Angelegenheiten der Straf- und Besserungsanstalten zum Ziel hatte. Im Jahre 1874 erhob der Reichstag mit grosser Mehrheit einen Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Tellkampff zum Beschluss, wonach der Reichskanzler aufzufordern sei, in Gemässheit des Artikels 4 der Reichsverfassung den Entwurf eines Gefängnisgesetzes betreffend die zu regelnde Strafvollstreckung und die Reform des Gefängniswesens dem Reichstag baldtunlichst vorlegen zu lassen. Im Jahre 1880 unterbreitete dann das Reichsjustizamt dem Bundesrat einen Gesetzentwurf betreffend die Vollstreckung der Freiheitsstrafen; er scheiterte des Kostenpunktes wegen bereits an dieser Stelle, ohne erst an den Reichstag zu gelangen. Von neuem beschäftigte dann 1890 aus Anlass der Behandlung, die der freisinnige Redakteur Boshart im Gefängnis zu Ichttershausen zu erdulden hatte, der Reichstag sich mit dem Strafvollzug, doch kam ein von dem Nationalliberalen von Bar 1891 eingebrachter Gesetzentwurf niemals zur Verhandlung. Als dann später fast nur noch sozialdemokratische Sünder unter den Übeln des Strafvollzuges zu leiden hatten, erlosch allmählich das Interesse der bürgerlichen Parteien für diesen wichtigen Gegenstand.

Und doch waren die Übel zum Teil unerträglich, da die Gefangenen nicht allein unter der ungenügenden Beköstigung und unter anderen Beeinträchtigungen materieller Natur, sondern auch unter seelischen Qualen ungemein zu leiden hatten. Eine Vorstellung von diesen Qualen kann die Öffentlichkeit sich nur aus Einzelfällen verschaffen, von denen wir eine Anzahl aus den letzten 20 Jahren hier anführen wollen.

Am 5. März 1888 führte der sozialdemokratische Abgeordnete Geyer im sächsischen Landtage Klage darüber, dass die politischen Gefangenen in einigen Anstalten mit *Du* angeredet werden. Der Regierungskommissar Geheimrat Jäppelt antwortete darauf, dass nach der Hausordnung der Gefängnisse ein Unterschied zwischen ihnen und den übrigen Sträflingen nicht gemacht werden dürfe. Als der Reichstag am 21. Mai 1890 sich mit einer Interpellation des Abgeordneten Dr. Bamberger über den Vollzug der Freiheitsstrafen beschäftigte, brachte der selbe Abgeordnete Geyer ein eigenes Erlebnis zur Sprache, das ihm 1887 im Gefängnis zu Zwickau widerfahren war:

»Als ich dem Herrn Direktor vorgeführt wurde, fragte mich derselbe: »Wie heisst er?« Als die Antwort darauf erfolgte —: »Was ist sein Vater?« Als ich entgegnete, dass derselbe gestorben sei: »Was war er, was war seine Mutter?« Und als ich die Antwort bereitwillig gegeben hatte, frug mich der Herr: »Und die Brut?« Damit meinte er meine Geschwister. Ich habe es unter meiner Würde gehalten auf eine solche rohe Frage zu antworten, und ich habe später die Gelegenheit wahrgenommen dem sächsischen Landtag dies vorzutragen.«

Wie wenig sozialdemokratische Redakteure in manchen Gefängnissen an die Vergünstigung der Selbstbeschäftigung denken konnten, und wie es um die Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und ihres künftigen Fortkommens bestellt war, zeigen folgende Fälle:

Der Redakteur Geck wurde während seiner Haft in Freiburg im Breisgau 1890 mit Dütenkleben beschäftigt, der Redakteur Bölger von der *Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung* musste im selben Jahre im Gefängnis Strümpfe stricken. Zu Anfang September 1890 berichteten die Blätter, dass dem Redakteur Fischer vom *Norddeutschen Volksblatt* in Bant in der Strafanstalt zu Vechta Haupt- und Barthaar abgeschnitten worden seien, sowie dass er in Sträflingskleider gesteckt und mit Mattenflechten beschäftigt worden sei. Mit Gefängnisarbeiten wurde im Frühling 1890 auch der Redakteur Heinisch in Zwickau beschäftigt. Der verstorbene Reichstagsabgeordnete Schulze hatte im Herbst 1890 wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuches in Königsberg in Preussen einen Monat Gefängnis zu verbüssen. Er musste während der Haft Werg zupfen und Federn schleissen. Um sich als Abgeordneter auf dem Laufenden zu halten, liess er sich die Reichstagsdrucksachen ins Gefängnis senden. Vergeblich allerdings, denn ausgehändigt wurden sie dem Gefangenen nicht. Ähnliches erlebte der Reichstagsabgeordnete Schippel 1894 in Plötzensee. Schippel war zwar während seiner Haft auf den *Reichsanzeiger* abonniert, doch händigte man ihm das amtliche Blatt nicht aus, wie er denn ebenfalls auch die amtlichen Drucksachen des Reichstags nicht in Empfang nehmen durfte. Der Redakteur Hans Block von der *Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung* hatte 1896 wegen Majestätsbeleidigung eine Strafe in Münster zu verbüssen und musste dort Filzpantoffeln machen. Das Tragen eigener Kleidung gestattete man ihm erst nach neun Wochen, auch musste er Gefängniswäsche tragen, ebenso wurden ihm Kopf- und Barthaar geschoren. Wurden sozialdemokratische Presssünder von einem Gefängnis zum andern oder zu einer Gerichtsverhandlung transportiert, so legte man ihnen nicht selten Fesseln an. Diese Qual hatten unter anderen die Redakteure Bruhns von der *Bürgerzeitung* in Bremen, Lusbrinck von der *Arbeiterzeitung* in Gelsenkirchen, Illing von der *Chemnitzer Presse*, Hülle von der *Tribüne* in Erfurt und Rauch vom *Volkswillen* in Hannover zu erdulden. Grosses Aufsehen erregte 1896 der Fall Kaufmann. Der Redakteur Kaufmann vom *Harburger Volksblatt* hatte wegen *Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen* im Landesgefängnis zu Hameln 4 Monat Gefängnis zu verbüssen. Beim Eintritt ins Gefängnis wurde ihm der Bart abgenommen und das Haupthaar geschoren, und dann musste er Sträflingskleider anziehen. Sein Antrag gegen eine Vergütung von 2 Mark pro Arbeitstag sich mit belletristischen Arbeiten zu beschäftigen fand zwar in der Anstaltsleitung einen Befürworter, wurde jedoch höheren Orts abgelehnt. Als er am 3. Juli 1896 in Stade als Zeuge vernommen werden sollte, wurden ihm auf dem Transport die Hände gefesselt. Der Gefängnisvorsteher in Stade erlaubte dem Gefangenen sich mit wissenschaftlichen Arbeiten zu beschäftigen, worauf Kaufmann die Oberstaatsanwaltschaft in Celle bat den Rest der Strafe in Stade verbüssen zu dürfen. Als Antwort kommt eine Verfügung des Justizministers, dass der Strafgefangene seine Arbeit sofort einzustellen habe und nach Celle zurückzutransportieren sei. Abermals wird Kaufmann mit einem andern Gefangenen zusammengekettet. Wie es ihm auf diesem Transport weiter erging, schildert er mit folgenden Worten:

„In Harburg, wo meine Frau und meine kleinen Kinder am Bahnhof waren, wurde es mir während des vierstündigen Aufenthaltes nicht gestattet den vergitterten und polizeilich bewachten Transportwagen auf einen Augenblick zu verlassen. Auch

der Genuss eines Glases Bier wurde mir untersagt. Durch Zugang an verschiedenen Stationen schwoll die Zahl der Gefangenen auf über 20 an. Im Polizeigefängnis zu Hannover wurde übernachtet. Ein Zimmer von 36 bis 40 Quadratmeter Bodenfläche und 150 bis 180 Kubikmeter Rauminhalt musste 27 Gefangene aufnehmen. Der Fussboden wurde mit Matratzen belegt. Je drei Mann zwei Matratzen lautete der Befehl. Trotz der geöffneten drei kleinen Zellenfenster wurde die Luft furchtbar schlecht, wozu die drei Eimer für grosse und kleine Bedürfnisse das ihre beitrugen. Sich zu entkleiden unternahmen die wenigsten, da nirgends ein Platz für die abgelegten Kleidungsstücke vorhanden war. Auch die Einrichtung zum Waschen war in keiner Weise ausreichend und konnte nur von wenigen benutzt werden. Mich quälten am nächsten Morgen die heftigsten Kopfschmerzen.«
In Hameln musste Kaufmann wieder zu seiner früheren Beschäftigung, nämlich zum Stuhlflechten, zurückkehren.

Im Jahre 1901 ereignete sich der Fall des Redakteurs Bredenbeck in Dortmund. Bredenbeck wurde mehrfach gefesselt in verschiedene Gefängnisse und zur Gerichtsverhandlung geführt und auch sonst ausserordentlich rücksichtslos behandelt. Dieser Fall empörte, was zur Ehre des journalistischen Deutschland hervorgehoben werden muss, fast die gesamte Presse ohne Unterschied der Parteirichtung. Der *Verein Berliner Presse* beschloss damals unter Leitung des Kammergerichtsrats Wichert an den Reichstag, an den Bundesrat, sowie an die beiden Häuser des Landtags und an das Staatsministerium eine Erklärung abzuschicken, die folgenden Wortlaut hatte:

»Der *Verein Berliner Presse*, dem Schriftsteller aller Parteischattierungen angehören, legt entschiedensten Protest gegen die inhumane, schimpfliche Behandlung ein, die dem Redakteur der *Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung* durch die Polizeibehörde widerfahren ist. Der *Verein Berliner Presse* sieht in diesem Falle eine Herabwürdigung des gesamten Schriftstellerstandes und verlangt von den deutschen Behörden, dass sie, wie in anderen Kulturstaaten üblich ist, einen Unterschied in der Behandlung machen zwischen Journalisten, die wegen Berufsvergehen in Anklagezustand versetzt worden sind, und gemeinen Verbrechern.«

Wie diese Erklärung auf die deutschen Behörden gewirkt hat, ist nicht bekannt geworden. Vielleicht, dass die eine oder andere noch von der Ansicht des Direktors am Gefängnis zu Plötzensee ausging, der im Jahre 1878 einem sozialdemokratischen Presssünder erklärte: »Sie sind schlimmer als die Eigentumsverbrecher.«

Beachtenswert ist, wie die höchste der deutschen Behörden, die für Misshandlungen gefangener Redakteure in betracht kommen kann, das Reichsjustizamt nämlich, sich zu einem besonderen Fall stellte. In der Reichstagssitzung vom 22. Februar 1899 führte Abgeordneter Heine unter anderem den Fall Schulz an. Er sagte:

»In Erfurt ist der Redakteur Heinrich Schulz, ein Mann von akademischer Bildung . . . wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie können sich schon denken, was für ein milder Fall es war, da Schulz zu der geringsten gesetzlich zulässigen Strafe verurteilt worden ist, und Sie werden das noch weiter glauben, wenn ich Ihnen erzähle, dass der selbe Artikel vor unzähligen Gerichten überhaupt nicht angeklagt worden ist, er ist durch die ganze Parteipresse gegangen und dann nur von zwei Gerichten überhaupt zu einer Anklage benutzt worden, von dem einen mit dem eklatanten Misserfolg der Freisprechung, die das Reichsgericht bestätigt hat. Dass der genannte Herr Schulz in Erfurt den Prozess nicht auch so weit getrieben hat, haben wir bedauert. Nun ist also Schulz ins Gefängnis gekommen und hat auch dort den Antrag gestellt ihm Selbstbeschäftigung für seinen Verleger zu gestatten. Darauf ist ihm gesagt worden: Nein, du hast nur die Wahl zwischen Erbsenlesen, Gräserreissen und Korbflechten. Das waren die dem literarisch gebildeten Menschen angemessenen und ihm ent-

sprechenden Beschäftigungen, die man ihm angeboten hat, und so hat denn der arme Teufel dort, soviel ich mich erinnere, diese zwei Monate lang Erbsen gelesen.« Hierauf antwortete der heute noch amtierende Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Nieberding:

»Der damalige Inhaftierte, ein Redakteur Schulz, kam um die Erlaubnis der Selbstbeschäftigung ein. Die Selbstbeschäftigung ist bekanntlich, auch nach dem Strafgesetzbuch, nur eine Ausnahme, eine besondere Vergünstigung. Wenn der Herr Vorredner vorher deduziert hat, aus dem § 16 des Strafgesetzbuches ergebe sich für jeden Redakteur das Recht auf Selbstbeschäftigung, so kann ich nicht anerkennen, dass aus dieser allgemeinen Bestimmung ein solches Privilegium für die inhaftierten Redakteure sich ergebe. Verurteilte Redakteure werden behandelt nach den allgemeinen Grundsätzen, wie jeder andere, der in Strafhaft sitzt. Dass sie nach ihrer Beschäftigung, nach ihrer Stellung im Erwerbsleben nicht mit jeder Arbeit befasst werden können, ist selbstverständlich; dass für sie aber nur die Selbstbeschäftigung geeignet sein sollte, das muss ich dem Vorredner bestreiten. Wir würden sonst für die Redakteure ein ganz merkwürdiges Privilegium schaffen — und der Herr Vorredner wird doch nicht für Privilegien eintreten wollen.«

Nachdem Herr Dr. Nieberding dann verkündet hatte, dass dem Redakteur Schulz die Selbstbeschäftigung abgelehnt worden sei, weil der Verlag, für den er tätig sein wollte, sich mit der Herausgabe von — sozialdemokratischer Literatur beschäftigt, fuhr er fort:

»Nun, meine Herren, hat der Staatsanwalt keineswegs dann dem verurteilten Redakteur ohne weiteres gesagt, er solle Erbsen lesen; er hat ihm die Wahl unter den Arbeiten zur Verfügung gestellt, die mangels einer geeigneten Selbstbeschäftigung bei Einzelhaft in der Strafanstalt in Erfurt überhaupt eingeführt sind. Diese Arbeiten sind das Korbflechten, die Verfertigung künstlicher Blumen und die Auslese von Saatgut. Nachdem der Gefängnisvorstand dem Redakteur die Wahl zwischen diesen Arbeiten gelassen hatte, hat Schulz seinerseits das Auslesen von Erbsen gewählt. Wie kann man angesichts dieses aktenmässigen Tatbestandes behaupten, dass ihm die Beschäftigung mit Erbsenauslesen auferlegt worden sei?« In dieser geistvollen Art fertigte der Staatssekretär durchweg die Klagen ab, die sozialdemokratische Abgeordnete über den Strafvollzug an Redakteuren vorbrachten, ohne dass bürgerliche Abgeordnete es für angebracht hielten diese Art Rechtfertigung gebührend zu qualifizieren.

Wie arg es im Vergleich mit anderen Kulturländern in Deutschland um die Behandlung politischer Gefangener steht, haben wir zu Anfang an der Darstellung russischer Zustände gezeigt. Dem Bilde deutscher Trostlosigkeit möge sich als Gegenstück ein Beispiel aus unserem westlichen Nachbarlande anfügen. Im Jahre 1883 verurteilte das Polizeigericht zu Lyon den bekannten russischen Anarchisten Fürsten Krapotkin zu 4 Jahren Gefängnis, weil er mit 21 ebenfalls verurteilten Gefährten hungernde Arbeiter gegen die Staatsordnung aufgehetzt haben sollte. Krapotkin verbüßte seine Strafe im Zentralgefängnis zu Clairvaux. Über seinen Aufenthalt dort schreibt er in seinen bekannten *Memoiren eines Revolutionärs*:

»Man huldigt in Frankreich allgemein der Ansicht, dass der Verlust der Freiheit und die erzwungene Untätigkeit schon an sich für politische Gefangene eine so schwere Strafe bilden, dass man ihnen nicht noch weitere Widerwärtigkeiten aufzuerlegen brauche. Man teilte uns daher mit, es würden für uns auch ferner die Bestimmungen der Untersuchungshaft massgebend sein. Wir sollten von den andern getrennt wohnen, eigne Kleidung behalten, keine Zwangsarbeit verrichten und rauchen dürfen. »Denjenigen von Ihnen«, sagte der Gefängnisdirektor, »die etwas durch Handarbeit verdienen wollen, wird die Möglichkeit geboten werden dies durch Korsettnähen oder durch kleine Gravierarbeiten in Perlmutter zu tun. Diese Arbeit wird zwar schlecht bezahlt, aber ich kann Sie nicht in unsern Werkstätten mit der Herstellung von eisernen Bettstellen, Bilderrahmen und andern Gegenständen be-

schäftigen, da Sie sonst mit gemeinen Verbrechern zusammenwohnen müssten.« Wie die übrigen Gefangenen durften wir aus der Gefängniskantine weitere Nahrungsmittel und täglich einen Schoppen Wein, beides zu sehr billigem Preise und in guter Beschaffenheit, beziehen . . . Unsere Fenster führten auf einen kleinen Garten, und darüber hinaus bot sich uns ein schöner Blick auf die umgebende Landschaft . . . Wir hatten einen kleinen Garten, in dem wir uns mit Kegelschieben unterhalten konnten. Überdies bestellten wir ein schmales Stückchen Land, das sich an der Mauer hinzog, und erzielten auf einigen 80 Quadratmetern fast unglaubliche Mengen von Salatköpfen und Rettichen.«

In der Reichstags-sitzung vom 26. Januar 1888 las Abgeordneter Geyer eine Zuschrift vor, die der berühmte Rechtslehrer Professor von Holtzendorff in Sachen des Strafvollzugs an die *Vossische Zeitung* gerichtet hatte. Ihre wesentliche Stelle lautet:

»Die heidnische Republik in Rom behandelte gemeine Verbrecher mit grösserer Milde und Rücksichtnahme als dies bezüglich politisch Verurteilter von christlichen Gesetzgebern des 19. Jahrhunderts geschieht. Den römischen Gefangenen war es gestattet nach freier Wahl sich zu beschäftigen, mit einander zu verkehren und aus der Unterhaltung mit anderen Belehrung zu schöpfen. Ein römischer Dichter verfasste im Gefängnis Lustspiele, was für uns ein beinahe empörender Gedanke ist.«

In Einzelheiten ist dank der unausgesetzten Kritik von sozialdemokratischer Seite in diesem und jenem Gefängnis langsame Besserung eingetreten. Aber im grossen ganzen trifft das herbe Urteil des freigesinnten Rechtslehrers heute noch wie ehemals auf deutsche Verhältnisse zu.

XX

RICHARD CALWER · DIE ARBEITSLOSIGKEIT IN BERLIN



WENN in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und in der Presse ein lebhafter Streit über den Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin entstehen konnte, so ist ausschliesslich die Berliner Kommunalverwaltung daran schuld, die es unterlassen hat sich rechtzeitig über die derzeitige Lage des Arbeitsmarktes zu informieren, obgleich schon seit Monaten darauf hingewiesen wurde, dass wir in diesem Winter eine erheblichere Arbeitslosigkeit in den Grossstädten bekommen würden, und es die Aufgabe der Kommunen sei dem Anschwellen der Arbeitslosigkeit gegenüber gerüstet zu sein. Dazu gehört aber vor allem, dass man den Grad und Umfang der Arbeitslosigkeit einigermaßen sicher beurteilen kann. Den Anlass des Streites über den Umfang der Berliner Arbeitslosigkeit gab der *Vorwärts*, der für Mitte Januar die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf mindestens 40 000, in Gross Berlin auf 50- bis 60 000 schätzte. Diese Ziffern erklärte der Vorsitzende des Zentralarbeitsnachweises, Dr. Freund, für nahezu um das Doppelte der Wirklichkeit übertrieben; in Wahrheit handle es sich um höchstens 30 000 Arbeitslose. Dr. Freund selbst war nicht in der Lage eine ziffernmässige Gegenstellung zu geben. Er äusserte sich vielmehr dahin, dass er mit der Sichtung des einschlägigen Materials noch nicht zu Ende sei. Der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Silbergleit, war vorsichtiger; er bestritt weder die Schätzung des *Vorwärts* noch gab er sie zu, vielmehr wies er auf die Schwierigkeiten hin, die einer Erfassung der Arbeitslosigkeit im Wege stünden. Ganz und gar unberücksichtigt können die Ausführungen des Magistratsvertreters bei der Arbeitslosendebatte der Ber-

liner Stadtverordnetenversammlung bleiben, soweit sie sich auf den Umfang der Arbeitslosigkeit bezogen. Er bekämpfte die Schätzung des *Vorwärts*, war aber gleichfalls nicht in der Lage den Umfang der Berliner Arbeitslosigkeit näher präzisieren zu können; es ergab sich vielmehr aus seinen Ausführungen erst recht, dass der Berliner Magistrat der Beobachtung des Arbeitsmarktes noch nicht die für die Reichshauptstadt erforderliche Aufmerksamkeit schenkt. Selbst wenn die Schätzung des *Vorwärts* so stark übertrieben wäre, wie es in einem Teile der Presse behauptet wurde, so hätte die Schätzung mindestens so lange Anspruch auf Beachtung, bis ihr ein richtigeres Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit entgegengesetzt werden könnte. Aber dass die Arbeiter als die Betroffenen dafür noch Vorwürfe bekommen sollen, dass sie in der Darstellung einer für sie kritischen Situation vielleicht etwas zu schwarz malen, wäre doch nur dann am Platze, wenn man tatsächlich fahrlässige Übertreibungen in der Schätzung des *Vorwärts* hätte nachweisen können. Wenn ich mich auch mit seiner Würdigung der derzeitigen Höhe der Arbeitslosigkeit in Berlin nicht einverstanden erklären kann, so glaube ich doch, dass die Ziffer selbst keineswegs übertrieben ist, wie behauptet wurde. Die Schätzung ist für Gross Berlin vielleicht überreichlich, lässt aber nirgends sichtliche Übertreibungen erkennen.

Der *Vorwärts* geht bei seiner Schätzung von der Statistik des *Zentralvereins für Arbeitsnachweis* aus und setzt die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden als Arbeitslose in seine Rechnung. Das ist zweifellos unzulässig. Nicht nur, dass von der Zahl der Arbeitsuchenden die an dem Stichtage offenen Stellen in Abzug gebracht werden müssten, es befinden sich unter den Arbeitsuchenden zahlreiche Personen, die sich noch in Stellung befinden; ausserdem melden sich Arbeitsuchende sehr häufig gleichzeitig in verschiedenen Arbeitsnachweisen. Man kann daher unmöglich Arbeitsuchende gleich Arbeitslose setzen. Dagegen sind die Feststellungen der Berliner Gewerkschaften über die Zahl der Arbeitslosen am 15. Januar ziemlich einwandfrei. Nur bei den Tapezierern, Bauhilfsarbeitern, Malern und Maurern scheinen weniger Feststellungen als Schätzungen vorzuliegen. Nach diesen Zählungen waren in den angeschlossenen Gewerkschaften 24 826 Arbeitslose vorhanden. Mit dieser Ziffer wird aber die Arbeitslosigkeit in Berlin bei weitem nicht erfasst, einmal weil nur ein Teil der Gewerkschaften Angaben über die Arbeitslosen gemacht hat, sodann und hauptsächlich, weil sich diese Angaben nur auf den Kreis der organisierten Arbeiter beschränken. Leider ist die Gesamtmitgliederziffer der berichtenden Gewerkschaften nicht angegeben, sonst würde man aus dem Prozentsatz der Arbeitslosigkeit mit einigem Grund auf die Gesamtarbeitslosenziffer schliessen können. In der vorliegenden Aufstellung muss man darauf verzichten diese Ziffern, so richtig sie an sich auch sind, für eine Gesamtschätzung der Arbeitslosigkeit in Berlin zu verwenden.

Die Aufstellung des *Vorwärts* weist dann noch auf eine andere Beobachtungsstation hin, von der aus die Bewegung der Beschäftigten verfolgt werden kann, und die ihr Material aus der Bewegung der Krankenkassenmitglieder gewinnt. Dieses Material stand auch dem Magistrat zur Verfügung, und er konnte mit Leichtigkeit darauf eine Schätzung des Umfangs der Arbeitslosigkeit anstellen. Ich will hier eine solche Schätzung versuchen. Nach der Krankenkassenstatistik ist die Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassen-

mitglieder in Berlin von 707 263 am 1. Dezember auf 676 892 am 1. Januar oder um 30 371 zurückgegangen. In Gross Berlin stellte sich der Rückgang der Beschäftigten auf 37 143. Die Mitgliederzahl der Krankenkassen umfasst aber nicht sämtliche Arbeiter Berlins. Nimmt man an, dass in der beruflichen Gliederung Berlins seit der letzten Berufszählung keine Änderung eingetreten wäre, so würde die Zahl der Berliner Arbeiter heute mit rund 830 000 Köpfen anzusetzen sein. In Wirklichkeit ist die Ziffer höher, aber wir können doch mit der Ziffer 830 000 rechnen, weil von den 122 737 Arbeitern, die wir der Mitgliederziffer der Krankenkassen vom 1. Dezember hinzurechnen, ein Teil schon am 1. Dezember 1907 nicht mehr in Beschäftigung gewesen sein wird. Nehmen wir weiter an, dass für die Gesamtzahl der in Berlin beschäftigten Arbeiter die Entlassungen von Dezember auf Januar 4,63 % ausgemacht haben, so erhalten wir für den 1. Januar 1908 eine Ziffer von 38 500 Arbeitern, die im Dezember entlassen worden sind. Zu dieser Summe kommt als zweite Quelle der Arbeitslosigkeit noch das Neuangebot von Arbeitsuchenden, das in ungünstigen Zeiten allerdings nicht so sehr hoch anzusetzen ist. Es handelt sich in der Hauptsache hier um den Überschuss des Zuzugs über die Abwanderung. Dieser Überschuss war nun in den letzten Monaten recht gering. Im Oktober und Dezember war sogar die Zahl der Fortgezogenen grösser als die der Zugezogenen. Dagegen brachte der November noch einen Zuzugsüberschuss von annähernd 7000 Köpfen. Unter Berücksichtigung der stärkeren Abwanderung im Oktober und Dezember kann man annehmen, dass ein Teil dieses Zuzuges keine Beschäftigung gefunden hat. Auf Grund der Bewegung der Beschäftigten während der Vormonate ergibt sich, dass etwa die Hälfte dieser zuwandernden Arbeiter keine Beschäftigung mehr finden konnte. In diesen 2500 Arbeitslosen soll gleichzeitig auch das Berliner Neuangebot, das keine Beschäftigung mehr gefunden hat, mit eingeschlossen sein. Wir kämen demnach bei sehr mässiger Schätzung für den 1. Januar 1908 auf eine Arbeitslosenziffer von $38\,500 + 2500 = 41\,000$. Für Gross Berlin komme ich, allerdings nach nur oberflächlicher Schätzung, auf zirka 50 000 Arbeitslose. So etwa dürfte sich die Arbeitslosigkeit zu Anfang des Januars gestellt haben. Ob bis Mitte Januar noch eine besondere Zunahme dieses Arbeitslosenheeres stattgefunden hat, will mir sehr fraglich erscheinen. Es zeigt sich vielmehr im allgemeinen von Januar auf Februar schon wieder eine Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Nun aber zu einer anderen Frage. Ist eine Arbeitslosigkeit in dem eben angegebenen Umfange für eine Stadt wie Berlin eine aussergewöhnliche Erscheinung? Die Arbeitslosigkeit beträgt nach unserer Schätzung 4,92 % aller Arbeiter. Im Jahre 1895 wurde am 2. Dezember eine amtliche Arbeitslosenzählung vorgenommen, die für Berlin eine Arbeitslosenziffer von 6,36 % ergab. Damals waren von 566 408 Arbeitern insgesamt 36 045 arbeitslos. Die Zählung fiel in ein Jahr, das schon wieder im Zeichen des Aufschwungs stand und in einen Monat, der nicht die höchste Ziffer der winterlichen Arbeitslosigkeit aufweist. Im Vergleich mit der damaligen Situation, die keineswegs als beängstigend angesehen wurde, ist der gegenwärtige Umfang der Arbeitslosigkeit noch recht mässig. Es muss aber auch in Erwägung gezogen werden, dass ein sehr grosser Teil der jetzt beschäftigungslosen Arbeiter in Gewerben tätig ist, die eine winterliche Arbeitslosigkeit bedingen. Das mag an sich

bedauerlich sein, aber die Arbeiter sind auf die Zeit einer solchen Winterruhe vorbereitet. Vor allem gilt dies für das Baugewerbe. Hier ist auch durch die relative Höhe des Lohnniveaus gegenüber anderen Berufen zum Ausdruck gebracht, dass nur während des grösseren Teils des Jahres regelmässig gearbeitet werden kann. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Berlin dürften mindestens 12 000 auf das Baugewerbe entfallen, so dass für die übrigen Berufe zusammen noch 29 000 verbleiben. Bei der Würdigung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist ferner noch ein weiterer Umstand zu berücksichtigen, der die heutige Lage in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen lässt als etwa die des Jahres 1895. Seit damals haben die Gewerkschaften in zunehmendem Masse die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Diese kommt ohne Berücksichtigung des Baugewerbes, in dem sie noch nicht eingeführt ist, nach den Angaben der Gewerkschaften über die Höhe der Arbeitslosen etwa 15 000 Berliner Beschäftigungslosen zu gute. Es bleiben nach Abzug dieser Ziffer dann immer noch 14 000 Arbeitslose, welche von dem gewerblichen Rückgang aufs schärfste betroffen werden, und für die in allererster Linie beizeiten Massregeln zur Linderung der sozialen Notlage vom Berliner Magistrat hätten ergriffen werden müssen. Wenn man jetzt noch Arbeitsgelegenheit schaffen will, kommt die Hilfeleistung viel zu spät. Die Massregeln hätten so früh vorbereitet werden müssen, dass im Monat Januar die Beschäftigungsgelegenheit vermehrt worden wäre.

Die Position des Berliner Magistrats der zunehmenden Arbeitslosigkeit gegenüber war peinlich, nachdem erst Unterlassungen vorgekommen waren. Aber auch aus dieser Verlegenheit heraus bleiben die Vorschläge unverstänlich, die Dr. Freund und Stadtrat Fischbeck zur Linderung der Arbeitslosigkeit gemacht haben. Herr Dr. Freund tadelte das Standesbewusstsein der Arbeiter, das ihren Interessen zuwiderlaufend und lächerlich sei: »Das einzige, was Hilfe bringen kann, ist bis auf weiteres in der Provinz Arbeit suchen, und zwar Arbeit um jeden Preis, auch ungelernete Arbeit.« Wenn Herr Dr. Freund von der Lage des Arbeitsmarktes ausserhalb Berlins Kenntnis nehmen wollte, so würde er die Wahrnehmung machen können, dass im Januar fast überall ein Überangebot von Arbeitskräften vorhanden ist. Sollen nun die Berliner Arbeitslosen im Ernste die Arbeitslosigkeit in anderen Städten und Orten vermehren? Ich will nicht annehmen, dass es Magistratsvertreter in Berlin gibt, deren kommunale Sozialpolitik auf die Bitte hinausläuft *Heil'ger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andre an!* Das wäre doch ein recht rückständiger Standpunkt. Dabei ist es nicht einmal richtig, dass die Arbeiter so sehr an Berlin kleben. Gerade das Jahr 1907 gibt den besten Beweis, dass die Abwanderung fast ebenso gross war wie der Zuzug. Berlin, das in wirtschaftlichen Aufschwungsjahren mit Behagen den starken Zuzug der Arbeitskräfte verzeichnet, obwohl die Landwirtschaft sehr stark unter der Abwanderung leidet, wird in Zeiten der Krise grossmütig und gönnt auch dem Lande seine arbeitslos gewordenen Arbeitskräfte. Herr Dr. Freund trifft sich mit Herrn Stadtrat Fischbeck in der selben sozialpolitischen Auffassung. Auch dieser Vertreter des Magistrats empfahl den Arbeitslosen nach auswärts zu gehen und in der Landwirtschaft Beschäftigung zu suchen; «dort sei Arbeitsgelegenheit genug. Gewiss, in der wärmeren Jahreszeit, aber nicht im Januar. Und ganz und gar nicht im Januar 1908, in dem ganz ausnahmsweise sogar der Arbeits-

markt in der deutschen Landwirtschaft im allgemeinen ein Überangebot aufweist.

Mag man auch einwenden, Dr. Freund und Stadtrat Fischbeck hätten ihre Ausführungen nicht gegen die Arbeitslosen, sondern gegen die Sozialdemokraten gemacht, so würde sich, falls dies zuträfe, deutlich zeigen, wie weit man in parteipolitischer Kurzsichtigkeit daneben hauen kann. In der vorliegenden Frage handelt es sich um die Sache und nicht um parteipolitische Zwecke. Erst recht haben sich mit gebotener Reserve alle die zu äussern, die von Amts wegen sich mit der Lage des Arbeitsmarktes zu befassen haben, und in deren Worten sich die Meinung des Magistrats widerspiegelt. Ist es schon nicht richtig in einer solch ernstern Sache gegen die, die sie vorbringen, mit Vorwürfen statt mit sachlichen Argumenten zu kämpfen, so wirkt es fast komisch, wenn eine nähere Prüfung ergibt, dass die Vorwürfe auf Grund ungenügender Kenntnis der Dinge, um die es sich handelt, erhoben und mit grosser Wichtigkeit, gewissermassen *ex officio*, vorgetragen werden.

XX

JOSEPH AUGUST LUX · DIE MODERNE KUNSTBEWEGUNG UND DIE INDUSTRIE

AUF die Erneuerung des Ornaments ging die moderne Kunstgewerbebewegung in Deutschland aus, und sie gelangte auf diesem Umweg zur Erneuerung des Kunsthandwerks. In England war es umgekehrt der Fall. Die Erneuerung begann dort nicht mit dem Ornament, sondern mit der Wiedererweckung der alten Handwerkstechniken. Das erklärt sich aus den Persönlichkeiten der Reformatoren: in England waren es Ethiker und Sozialreformer, in Deutschland Künstler, die vorwiegend von der Malerei kamen. Zum Schluss einigte man sich hüben wie drüben in dem Grundsatz der Qualität, die immer bei den tüchtigen Leistungen des alten Kunsthandwerkes anzutreffen war. Aber Qualität allein macht noch lange nicht das Künstlerische in der Sache aus. Ja, es muss sogar zugegeben werden, dass sehr viele Dinge künstlerisch hoch bedeutsam und trotzdem, was die Qualität betrifft, fragwürdig sein können. Es entsteht nun die Frage, in welchem Umfang die Erzeugnisse der modernen Industrie wesentliche künstlerische und qualitative Eigenschaften bieten können.

Auf dem Gebiet des Kunsthandwerkes existiert dieses Problem gar nicht. Hier ist alles klar. Es ist selbstverständlich, dass hier Unika geschaffen werden können, die den hohen Rang eines Kunstwerkes in jeder Hinsicht behaupten. Es können einzelne kostbare Bucheinbände geschaffen werden, die, wie jene von Cobden-Sanderson, den Rang von erlesenen Miniaturen einnehmen, es können handgewebte Wandteppiche von solchem künstlerischen Gehalt entstehen, dass sie in einer Linie neben der Freskenkunst bestehen, es können Keramiken, Goldschmiede- und Metallarbeiten aus der Hand des Künstlers hervorgehen, die in jeder Hinsicht mit den Werken der feinsten plastischen Kunst wetteifern können. Kurzum, es ist gar kein Zweifel darüber, dass in jedem Material ein einzelnes Kunstwerk entstehen kann. Ein wichtiges und bisher viel zu wenig beachtetes Kriterium solcher Kunstwerke ist die unmittelbare, persönliche Handarbeit. Sie gibt neben der Idee des Entwurfs dem Werk

noch den feinen persönlichen Wert der eigenhändigen Ausführung, die durchaus nicht unwesentlich ist als die seelisch inspirierte Handspur und Werkzeugsprache, die wir gerade an den besten künstlerischen Erzeugnissen nicht hoch genug einschätzen können. Was nicht die Hand des Meisters selbst ausführt oder zumindest in den letzten Stadien der Ausführung eigenhändig beeinflusst, erleidet eine Verminderung und gilt nur mehr als Reproduktion. Die Qualitätsfrage erledigt sich hier von selbst, weil der Künstler immer ein Interesse daran hat das beste Material zu verwenden, nicht nur um seinem Werk die grössere Dauer zu sichern, sondern auch um aus der Materialsprache eine künstlerische Suggestion zu gewinnen. Der Künstler verwirft das Surrogat deshalb, weil es die inspirierende Materialsprache verfälscht. Immerhin aber würde ein Künstler in jedem Material künstlerisch schaffen und daher auch in dem schlechtesten.

Ganz anders liegt es in jener Industrie, die wir nach einer billigen Konvention *Kunstindustrie* nennen. Hier ist alles problematisch. Während das Kunstwerk nie billig sein kann, weil es sich der massenweisen Herstellung entzieht, und weil jeder einzelne Gegenstand die Kraft einer ganzen Persönlichkeit kostet, so ist die Industrie und folglich auch die Kunstindustrie naturgemäss gezwungen billig zu sein. Die Industrie beruht auf kapitalistischer Grundlage, und die Billigkeit ist durch den Kapitalismus bedingt. Ihre Aufgabe ist die Masse zu versorgen, und sie kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sie ihrem Prinzip der Billigkeit treu bleibt. Die Kunstindustrie hängt von dem Markt ab und ist daher von der Nachfrage bestimmt, wenn es auch ein klein wenig in ihrer Macht liegt ein Bedürfnis vorzusehen und eine Nachfrage zu wecken, falls sie noch nicht da ist. Ganz anders steht es mit dem Kunstwerk oder mit dem künstlerisch hochqualifizierten Kunsthandwerk. Das Kunstwerk entsteht unabhängig von der kapitalistischen Grundlage, es ist nicht für den Markt bestimmt, dient keiner Nachfrage, sondern tritt aus eigener, innerer Notwendigkeit in die Erscheinung. Es wendet sich nicht an die Masse, sondern an den exklusiven Kenner und Liebhaber und wenn es auch hoch im Preise steht, so liegen sehr häufig Werte darin, die überhaupt nicht ziffernmässig auszudrücken sind.

Eine pädagogische Neigung führt dahin der Allgemeinheit Kunst bieten zu wollen, wengleich durch die tagtägliche Erfahrung bewiesen ist, dass die Allgemeinheit nicht in der Lage ist das Kunstwerk, wenn es sich plötzlich und überraschend offenbart, zu würdigen. Die allgemeine Kunstbetrachtung hat sich nur über ein paar Konventionen geeinigt, die keinesfalls genügen dem Kunstwerk, wenn es sich selbständig gibt, gerecht zu werden. Es genügt an dieser Stelle die Konstatierung, dass es einmal zu den Lebenslügen unserer Zeit gehört den Alltag mit sogenannter *Kunst* zu mästen. Die Industrie, die *en masse* fabriziert, besorgt dieses Geschäft und rechtfertigt daher die Bezeichnung *Kunstindustrie*. Wenn wir bedenken, dass das Kunstwerk eine unteilbare, einmalige Herstellung und im wesentlichen eigenhändige Ausführung oder Sichtbarmachung einer künstlerischen Vision ist, die nicht zu gleichen Werten vervielfältigt werden kann, so wird es ohne weiteres klar, dass der Begriff *Kunstindustrie* ein Unding ist. Kunst lässt sich weder *en masse* noch maschinenmässig noch irgendwie durch den Grossbetrieb herstellen. Die beste galvanoplastische Reproduktion des *Moses* von Michelangelo ist eben kein Kunstwerk mehr, so wenig wie die beste Farbenreproduktion nach Botticelli

ein Kunstwerk ist, und wäre die Chromophotographie noch so vervollkommenet. Ein Maschinenmöbel ist kein Kunstwerk, weil es von Riemerschmid her stammt: ein Beleuchtungskörper von van de Velde, fabrikmässig erzeugt, wird sich ebensowenig als Kunstwerk behaupten, wie etwa die neuen Bestecke von Olbrich, die den Markt beherrschen. Niemand kann zur Kunst verpflichtet werden. Wir können auch nicht verpflichtet werden unseren Alltag, unsere Kleidung, unsere Wohnung, unsere Strassenbahn, den Automobilverkehr, die Geschäftsläden künstlerisch durchzubilden. Ganz abgesehen davon, dass es schon praktisch unmöglich ist, würde es geradezu zum Widerwillen gegen die Kunst und zur völligen Verkennung des Kunstwerkes führen, wie es ja auch seit den Siebzigerjahren der Fall gewesen ist, wo jeder Fusschemel, jedes Kopfkissen, jede Ofenbank, jeder Klingelknopf *künstlerisch* oder *kunstgewerblich* sein musste. Da es sich aber meistens um Industriegegenstände, die den Alltag mit dem Nötigen versorgen, handelte, so kam jene niederträchtige Pseudokunst zum Vorschein, deren Bekämpfung auf allen Gebieten der Inhalt der modernen Kulturbewegung ist, die nichts anderes bezweckt als den Geschmack zu regeln. Natürlich ist auch der gute Geschmack eine Konvention, die mit einer bestimmten Zeit steht und fällt, und weil wir eine Zeit des ornamentalen Überschwanges kaum noch überwunden haben, wächst die Sehnsucht nach dem Einfachen, Schlichten, Zweckmässigen, Gediegenen, so wie man nach Jahren, wenn man weite Hosen getragen hat, plötzlich eine Vorliebe für enge Hosen entdeckt. Wenn man also nicht zur Kunst verpflichtet werden kann, so kann man immerhin zum guten Geschmack verpflichtet werden, der ebenso wie die Höflichkeit eine Lebensformel ist und mithin übereinstimmenden Regeln folgt. Es ist eine Pflicht für jedermann sich in anständigen, das heisst allgemein gültigen und als gut anerkannten Formen zu bewegen, die nicht von einem einzelnen gemacht werden sondern die der Ausdruck eines Gesamtwillens sind. Die Allgemeinheit ist also für die Entstehung und die Beurteilung des Kunstwerkes nicht massgebend, massgebend ist sie nur für die Forderung des guten Geschmacks, in der natürlich, wie in jeder Mode oder Konvention Vorbilder wirken, Neuheiten glänzen und Umwälzungen vor sich gehen. Die Industrie und folglich auch die Kunstindustrie, die von der Masse und für die Masse lebt, kann nicht für die Hervorbringung von Kunstwerken sorgen, was nicht in ihrer Macht liegt, sondern sie kann nur für die Forderung des guten Geschmackes sorgen. Die Kunstapostel müssen es endlich einsehen, dass es gar keinen Sinn hat der Kunst wegen einen Kampf auf offenem Markt zu führen und mit jedem Banausen darüber zu streiten, was künstlerisch und was nicht künstlerisch ist, weil das wie alle Kunstfragen rein persönliche Angelegenheiten sind. Für die Kultur ist viel mehr getan, wenn die Industrie sich entschliesst die Forderung des guten Geschmackes zu erfüllen. Sie kann mit einem Schlage das Weltbild verändern, sie kann der Masse alles miserable und geschmacklose Zeug vorenthalten und gleichsam über Nacht den ganzen Markt mit anständigen Gebrauchsformen versorgen. Insofern hat es ausserordentlich viel zu bedeuten, dass ein Grossbetrieb wie die Berliner *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* Peter Behrens berufen hat, damit der Künstler die zahllosen Gegenstände der elektrischen Installation formal in Ordnung bringe. Möge das Beispiel reichlich Schule machen, dann wird das Problem der modernen Bewegung sehr rasch gelöst sein!

Es ist aber nötig, dass endlich Klarheit darüber herrscht, was wir von der

sogenannten *Kunstindustrie* verlangen dürfen und was nicht. Heutigentags ist nur der Künstler im stande den ganzen Komplex der Herstellung und der Verwendung auf allen Gebieten der sichtbaren Kultur zu überschauen und den Dingen die angemessene Form zu geben, die sie für das harmonische Zusammenwirken im Gebrauch mit anderen Dingen benötigen. Der Künstler, der für die Industrie Entwürfe liefert, ist überlegen genug, um zu wissen, dass er hier nicht individuelle Kunstwerke entstehen lassen kann, die von anderen Händen oder von Maschinen ausgeführt werden und einen Herstellungsprozess durchmachen, den er allein gar nicht in der Gewalt hat; es ist vielmehr für ihn von vornherein ausgemacht, dass er für die Forderung des von ihm voll-erkannten guten Geschmacks zu sorgen hat. Bis zu einem gewissen Grad werden ja diese Dinge immer ein individuelles Gesicht zeigen, an dem man sie auch beim Namen nennen wird, und das ist gut. Entscheidend ist, dass der Künstler selbst das sachliche Moment im Hinblick auf die Verwendungsart zum obersten Grundsatz seiner Industrieentwürfe macht.

In einem bedingten Grade künstlerisch ist an den Erzeugnissen der Kunstindustrie lediglich der *Entwurf*, nicht aber die Ausführung. Wenn wir in dem Begriff der *Qualität* nicht nur die Verwendung des besten Materials und die vorzüglichste manuelle Arbeitsleistung, sondern auch die edle Gestaltung verstehen, so steht für die Industrie fest, dass ihr im Bestfalle zunächst die Qualität des Entwurfes zukommt, wofern sie in der Qualität des Künstlers hoch genug gegriffen hat und wofern klar geworden ist, dass selbst der ausserordentlichste Künstler in seinen Industrieentwürfen nur etwas geben kann, was einer allgemeinen Gebrauchsfähigkeit entspricht und weit davon entfernt ist als Kunstwerk gelten zu wollen.

Das Problem ist nicht vollständig erschöpft, wenn nicht die Bedingtheit der *Materialqualität* untersucht wird. Die Materialqualität wird bei den verschiedenen Industrien verschieden zu bewerten sein. Es steht fest, dass in einzelnen Industriezweigen gerade der Grossbetrieb eine Steigerung der Materialqualität herbeizuführen vermochte. Die Maschinenindustrie, zu der ich auch die Fahrzeug- wie die Automobilindustrie rechne, hat vielleicht den höchsten Rang der Materialqualität erreicht, und unter allen Rohstoffverarbeitungen steht überhaupt, wie es scheint, die Metall- und Werkzeugindustrie in dieser Hinsicht am höchsten, von Schundfabrikationen im einzelnen abgesehen. Aber diese Industrien zählen wir nicht zu dem Kollektivbegriff Kunstindustrie. Unter diesen ragt die Holzbearbeitungs- oder Möbelbranche hervor, die neben der sogenannten Goldschmiede- und Silberwarenbranche am durchgreifendsten industrialisiert ist. Aber gerade hier in der Möbelbranche machen wir die Wahrnehmung, dass der Grossbetrieb eher eine Verminderung denn eine Steigerung der Qualität gebracht hat. Schon der Vergleich der alten, sogenannten *Biedermeiermöbel*, die aus der Meisterwerkstatt hervorgegangen sind, mit den heutigen, was Geschmack anlangt, hochstehenden Möbeln des modernen Grossbetriebes entschleiern die Tatsache, dass sich die Materialqualität gegen früher sehr ungünstig verändert hat. Ein Blick auf die heutige Waldwirtschaft belehrt uns, dass die rationelle Ausbeutung des Forstes zwar reichlich auf Papierfabriken bedacht nimmt, keineswegs aber auf die Forderungen des Möbelbaues, der edle und gutgepflegte Holzarten benötigt. Die kurzatmige Hast der Erzeugung und Ausnützung lässt dem Ma-

terial nicht die nötige Zeit, die es zur Reife braucht. Die kurzsichtige Wirtschaftspolitik der letzten zwei Generationen hat aufgehört eine langfristige Sorge für die Bedürfnisse der kommenden Geschlechter zu hegen, wie es vielleicht noch vor 150 Jahren der Fall war, da in der Schweiz grosse Nussbaumpflanzungen vorgenommen wurden, mit Rücksicht darauf, dass vielleicht die Enkel in 100 bis 120 Jahren das Holz benötigen würden. Es wird auch erzählt, dass in Japan Bäume für kunstgewerbliche Verarbeitung mit einem Aufwand von ungeheurer Sorgfalt und Mühe, die sich auf Geschlechter hin erstreckt, gezogen werden, und es wird auch nachgewiesen, dass sich die Kosten für diese Mühen infolge erhöhter Qualität rentiert haben. Aus Deutschland ist nichts Ähnliches während der letzten fünfzig Jahre bekannt geworden. Es kann vielleicht entgegeng gehalten werden, dass die Minderung der einheimischen Rohstoffe durch den Import ausgezeichnete amerikanische Hölzer aufgehoben wird. Ganz abgesehen davon, dass fremdländisches Holz in unserem Klima sich stets als unberechenbarer Fremdling gebärdet, und selbst zugegeben, dass uns die fremden Qualitäten als vollwertiger Ersatz für den Mangel gepflegter heimischer Sorten dienen, so bietet die heutige Bearbeitungsweise keine Garantie für die Vermehrung, oder auch nur für die Einhaltung der früheren Qualität. Die unumstösslichen Grundsätze der guten Tischlerarbeit: dreijähriges luftiges und trocknes Lagern des geschnittenen Holzes, langsame und nur allmählich fortschreitende Herstellung des Mobiliars, um das langwierige Trocknen der halbfertigen Teile sowie der Polituren zu ermöglichen, sind heute gar nicht mehr durchführbar. Die Industrie muss schnell liefern können, und sie hat es nicht in der Macht sich die Aufträge aussuchen zu können. Sie muss nehmen, was kommt, denn nur, indem sie schnell und viel liefert, bringt sie die ungeheuren Reizen auf, die Kosten der Maschinenanlagen, der Reklamen, der enormen Mietspreise für die Verkaufsstellen, die Gehälter und Spesen der Reisenden, des Verkaufspersonals usw. Die Löhne selbst spielen in der Kalkulation die geringste Rolle. Es kann auch gar nicht behauptet werden, dass der Grossbetrieb in der Möbelbranche billiger zu arbeiten imstande ist als der meisterliche Kleinbetrieb. Er arbeitet nur schneller und reichlicher und kann den Markt versorgen: das ist sein gewaltiger Vorsprung. Aber gerade die Schnelligkeit der industriellen Herstellung kommt im Möbelbau einer qualitativen Minderung gleich. Ich will ganz absehen von dem künstlerischen Reiz, der in handgehobelten Flächen liegt, im Gegensatz zu den harten, unfeinen maschinell gehobelten Flächen. Wer aber würde sich heute noch darauf einlassen zwölf Monate lang auf eine kleine Wohnungseinrichtung zu warten? Das sind Ausnahmen. Gewöhnlich will man die Einrichtung binnen vier Wochen haben, wenn man sie nicht vom Lager nimmt. Der Betrieb kann die Bestellung nicht zurückweisen, selbst dann nicht, wenn er sich zur Qualität verpflichtet fühlt. Er muss seinen Besteller täuschen und ihn in Unkenntnis darüber lassen, dass er eigentlich unter diesen Umständen nicht die Qualität bekommt, die ihm angerühmt worden war. Wobei diesem Besteller freilich auch recht geschieht. Schon die kapitalistische Rücksicht, die den Unternehmer zur Erhaltung und unausgesetzten Beschäftigung seines Arbeiter- und Maschinenbestandes zwingt, schliesst jede Möglichkeit aus unqualifizierten Aufträgen gegenüber wählerisch zu sein. Die vielgerühmte Qualität kann, was das Material betrifft, in dieser wichtigen Erzeugung heute immer nur ein gewisses Mittelmass sein, das von Faktoren bestimmt wird, die der Unternehmer nicht

in der Hand hat und das daher den Reklameaufwand, der heute üblich ist, nicht rechtfertigt.

Es bleibt noch das dritte Moment der Untersuchung vorbehalten: die Qualität der Ausführung und die Frage, wie es damit im heutigen Grossbetriebe steht. Hierüber lässt sich auf Grund der heutigen sozialen Ordnung ebenfalls allgemein Gültiges sagen, weshalb wir bei dem Beispiel der Möbelindustrie stehen bleiben können. Wir wissen, dass die Arbeitsqualität von hohem künstlerischen Belang ist, und dass sie, wie in jedem Kunstwerk das Ergebnis der Arbeitsfreude, der hingebenden, persönlichen Aufopferung ist. John Ruskin hat als erster das Postulat der Arbeitsfreude als eine Grundbedingung der künstlerisch qualifizierten Arbeit verkündet. Er durfte es tun, denn er hatte das Kunsthandwerk vor Augen, nicht die Kunstindustrie, er war als Künstler ein Feind der Maschine und spürte als Kunstliebhaber und Kunstforscher allen Offenbarungsmöglichkeiten der beseelten Handarbeit nach. Wir können für das Kunsthandwerk als erwiesen hinnehmen, dass die Arbeitsfreude eine Grundbedingung der Qualität ist. Aber gerade diese Tatsache schliesst für die Industrie jede Möglichkeit einer höheren Arbeitsqualität aus. Der Apostel, der heute mit der Verkündigung und Wiedererweckung der Arbeitsfreude in die Industriestätten kommt, würde von den Arbeitern als sinnloser Schwärmer verlacht werden. Und mit Recht. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist auf Geschäftsmässigkeit zugeschnitten, die jede Sentimentalität ausschliesst. Sie schliesst aber auch jeden wertvollen künstlerischen Anteil des Herstellers an dem Produkt aus, jenen Anteil, der für die künstlerische Qualität der Ausführung unerlässlich ist. Also auch in jenen Fällen, wo nicht lediglich die Maschine ausführender Teil ist, wird auch die Hand zu einem blossen präzis funktionierenden Apparat, dessen Produkte, wie jene der Maschine persönlich interesselos sind. Das Arbeitsverhältnis ist lediglich Lohnfrage geworden und bestimmt mithin das Erzeugnis. Das sind selbstverständliche und bekannte Erscheinungen, die nur in Bezug auf die Qualität und auf die künstlerischen Möglichkeiten zu untersuchen waren, um festzustellen, dass die Erwartungen, die wir an eine künstlerische Produktion durch die Industrie stellen, notwendig zur Fälschung und zur Täuschung führen müssen.

Es gibt keine Ursache darüber zu klagen, dass wir durch die Industrie keine Kunst erwarten können, im Gegenteil; wir können froh sein, dass die Kunst eine Erscheinung ist, die von der kapitalistischen Grundlage unabhängig ist und als Äusserung des nach den höchsten Symbolen ringenden Menschengesistes ewigen Gesetzen folgt, und innerlich frei und unbescholten ist von jeweiligen zeitlich begrenzten Wirtschaftsverfassungen. Wir können sehr froh sein, in der Erkenntnis, dass wir von der sogenannten *Kunstindustrie* oder aber auch von einem geschäftsmässig betriebenen Kunstgewerbe keine Kunst zu erwarten haben, denn, wenn wir die richtige Konsequenz aus dieser Erkenntnis ziehen, kommen wir zu einer säuberlichen Scheidung der Dinge, die mit einander nichts zu tun haben, und deren absichtliche oder unabsichtliche Verwechslung eine Menge von lästigen Irrtümern und verwirrenden Streitfragen erzeugt. Wir hoffen durch die reinliche Scheidung der Begriffe die Anschauungen zu klären und zu einem Zustande zu gelangen, der sachlich bestimmt ist, und wie alle Forderungen der Alltagskultur und des guten Geschmacks eine gemeingültige Konvention darstellt, über die man kein Wort zu verlieren braucht. Dann aber

wird der Altar frei sein von Pseudokunst, um das reine und echte Kunstwerk daraufzustellen, wenn wir seiner habhaft werden können. Das Kunsthandwerk, das rein künstlerisch schafft, wird immer wieder erstehen, solange Menschen künstlerisch empfinden und künstlerisch gestalten können. Also vom Fortschritt der Industrie, fälschlich *Kunstindustrie* genannt, die für das Notwendige und für den Alltag sorgt, haben wir nichts zu fürchten. Im Gegenteil. Wir haben zu erwarten, dass gerade dadurch vereinzelt wieder die Sehnsucht nach der menschlichen Offenbarung des individuell schaffenden Künstlers erwacht. Wie im Zeitalter der Eisenbahn mehr gewandert wird als je zuvor, wird auch die künstlerische Handarbeit indirekt gerade durch die maschinelle Massenfabrikation gefördert und dann vermehrt hervorgebracht werden. Das künstlerische Problem der Industrie hat also nichts mit Kunst zu tun, es hat nur mit der Forderung des guten Geschmacks zu tun; und dass diese Forderung erfüllt wird, dazu bedarf die Industrie derzeit der Künstler, und gerade der besten.

XX

GUSTAV WIED · NU GEHT'S WIEDER GUT!



CH ging wohl an den tiefen See,
So mir nichts, dir nichts, bummfallera.
Da traf ich eine Maid im Klee.
So mir nichts, dir nichts, bumm.
Ich sagte nichts.
Sie sagte nichts.

Wir sagten alle beide nichts,
Bloss bummfallera, bumm, bumm!«

Das glucksende Lachen eines alten Mannes war zu hören, und einer rief:
»Nu geht's wieder gut, Herr Johannes!«
Ich hob den Kopf.

Es war Waldhüter Rasmus, der in der Lichtung zwischen den Tannen und Buchen stand und klawerweise Brennholz schichtete zur Holzauktion.

»Nu geht's wieder gut!« rief er zu mir hin und schwenkte die Mütze.
Ich kam auf einem der schmalen Fahrwege gegangen, der durch die Tannen von einem Ende des Waldes zum andern geschlagen war. Es war um die Vesperzeit, zwischen 9 und 10 Uhr am Vormittag, den Tag, bevor ich abreisen wollte von Frörup.

»Ich glaube wahrhaftig, du stehst und lachst über mich, Rasmus?« sagte ich, als ich zu ihm hinkam.

»Ja, das ist 'ne hässliche Gabe, die ich mitbekommen habe. Wenn's was gibt, worüber zu lachen ist, so kann ich's niemals lassen! Und, Johannes, Sie gingen nu da und spankelierten in der Schneuse und schlugen mit den Beinen aus und nickten mit dem Kopf, genau so wie Anders Karlsens Wisser, wie er die Drehkrankheit hatte!«

»Ich ging und dachte nach«, sagte ich.

»Was Deibel, Johannes, brauchen Sie denn nachzudenken? Sie haben doch Ihr gutes Auskommen und Essen und Kleider!«

»Ja—a«, sagte ich, »was das betrifft . . .«

»Ho, ho—o!« lachte Rasmus und streckte einen Zeigefinger in die Luft. »Na auf die Weise! . . . Da kann ich'n Lied drauf singen!« sagte er und begann zu singen:

»Ein Hemd von Seide kriegt mein Schatz
Mit goldgesticktem Zwischensatz,
Wenn ich bei dir für schlafen kann,
Wenn ich bei dir für schlafen kann?«

»Ach ja«, lächelte ich, »das kann ja schon sein.«

»Ja, aber das Schlimmste ist doch«, fuhr Rasmus fort, »dass das Mädchen antwortet:

»O nein, o nein, ich lass' dich nicht,
Eh' ich nicht etwas mehr gekriegt,
Für das du bei mir schlafen kannst,
Für das du bei mir schlafen kannst.«

Aber da sagt er:

»Mein Leben schenk ich dir bereit
Von heut an bis in Ewigkeit,
Wenn ich bei dir für schlafen kann,
Wenn ich bei dir für schlafen kann?«

Und da ergibt sie sich natürlich, denn die Frauenzimmer sind ja dumm. Denken Sie da dran, Johannes!«

»Ich will dran denken«, sagte ich.

»Ja, das war eine schöne Zeit!« lächelte Rasmus. »Mit seinem Plasier und Tanz und was so hinterher kam!« sagte er und setzte sich auf ein Klafterstück.

»Na—a, du kannst ja nicht über schlechte Laune klagen«, sagte ich.

»Nee—e«, sagte er. »Aber das ist 'ne Gabe. Dazu kann man selbst nichts tun. Wir sehen ja viele Menschen, die in viel besseren Verhältnissen sitzen als wie ich, und dabei gehn die doch immer 'rum und glotzen so sauer wie der reine Essig! Aber das dürfen wir denen auch nicht anrechnen, denn das ist auch 'ne Gabe.«

»Willst du jetzt Frühstück essen?« fragte ich, da er sich nach seinem Rock umdrehte, der oben auf dem Holzstoss lag, und ein Paket hervorzog, das in ein grosses, rotkariertes Schnupftuch eingewickelt war.

»Ja«, sagte er, »ich kann das in meinen inneren Teilen verspüren, dass es dicht 'ran an Neune sein muss.«

»Es ist sogar halbzehn«, sagte ich und setzte mich auf ein anderes Klafterstück, das aufgestellt war und als Hauklotz diente.

»Ja, die Zeit geht, wenn man zu tun hat!« nickte Rasmus. »Vielleicht wollen Sie einen Bissen abhaben, Johannes?« fragte er, als er das Essen aus dem Tuch ausgewickelt hatte.

»Nein, danke«, sagte ich, »ich habe schon gegessen.«

Der Alte sass mit einem Stück trocknen Schwarzbrotts in der einen Hand und einem fetten Speckende in der anderen. Er biss abwechselnd von beiden Teilen ab und kaute mit einem quetschenden Laut. Ich steckte mir eine Zigarette an.

»Der Deibel rauche Papier, wo's Tabak gibt!« murmelte Rasmus.

Er sass und ass und summt gleichzeitig. Allmählich wurden die Worte deutlicher:

»Wollt ihr hören, wird es la—uten,
Was der gu—te Herr mir gab
Den ersten Weihnachtstag?«

Hier biss er ein Stück Speck ab und fuhr fort:

»Zwei Pfund Korn in meine Scheuer.
 Drei Fische auch in meinen Weiher.
 Zwei Mönche blieben kahl an Haa—ren.
 Drei Priester auch berufen wa—ren.
 Wollt ihr hören, wird es la—uten.
 Was der gu—te Herr mir gab
 Den ersten Weihnachtstag?«

»'Nen Schluck, was?« fragte er und zog eine Seltersflasche aus der Hosentasche.

»Nein, danke«, sagte ich. »Fingst du gestern abend ein paar Aale?«

Rasmus reinigte erst umständlich mit der Zungenspitze den Gaumen, dann setzte er die Flasche an den Mund und trank.

»A—ah!« sagte er dann. »Ne—e, ich bin zu alt, um abends draussen zu sein. Aber Sonntag stach ich gut zehn Dutzend.«

»Ich sah da drei, vier Lichte draussen«, fuhr ich fort.

»Ja—a. Das war Michel Sörensen und Paul und Klaus und die anderen! Nec, und ich habe ja auch gar nicht die Mittel dazu mir'n Licht anzuschaffen, denn das kommt immer gleich auf fünf, sechs Kronen . . . Nee, aber Sonntag, da waren ja günstige Umstände, denn da war einmal stilles Wasser und dann schien die Sonne noch! Und dann kommt ja der Aal raus. Wir konnten ganz ruhig über ihm hintreiben, während er auf den nackten Sandflecken lag und sich sonnte. Und da waren wir ja gleich dabei mit den Eisen, denn wenn er das geringste merkt, dann rein in'n Tang! . . . Aber das ist ja selten, dass das Wetter so zusammentrifft«, schloss er. »Voriges Jahr haben wir nicht einen einzigen solchen konstanten Tag gehabt.«

Nun hatte er sich ein Stück mit Käse hervorgeholt und eine Bierflasche.

»Du hast doch aber früher bei Licht gestochen, nicht wahr?«

»Ja gewiss! aber das war in früheren Zeiten auf die alte Art. Und da hatte ich ja auch die Kinder zu Hause, und da hatte der eine den Rost, und der andere stängte, und ich stand mit dem Eisen. Aber das ist 'ne höllische Arbeit so zu stehn und Späne und Stroh die ganze Zeit aufzuschütten! Und das Feuer brennt ja gar nicht gleichmässig, mal flackert's ganz hell auf, und mal will's wieder ausgehn, und dann muss der Rost gereinigt werden und . . . Nee, damit ist schon viel Schweinerei! Und dann manchmal auch, wenn die Zeit 'n bisschen lang wurde«, gluckste Rasmus plötzlich, den Mund voller Essen, »dann fing ich an und sang . . . verflucht noch 'mal! Aber dann schimpften die Jungens, denn die waren viel ernster auf die Fischerei als wie ich . . . Aber wenn wir nach Hause ruderten«, fuhr er fort, »und hatten 'n paar gute Dutzend gestängt, dann baten sie mich ja drum zu singen. Und da war besonders eins, das sie nie überbekamen.«

»Was war das für eins?« fragte ich.

»Das war *Das Mädchen auf'm Kirhhof* . . .«

»Das möchte ich hören«, sagte ich.

Rasmus nahm einen Schluck aus der Seltersflasche und sang:

»Mitternacht schlägt die Glocke im Turm,
 Dampf klingt der eherne Klang,
 Nur der Nachtwächter geht herum,
 Singt einen frommen Sang.

Alles schläft in süßér Ruh,
Kalt ist und stumm die Nacht.
Noch ein Licht scheint hier und da,
Wo ein Kranker wacht.

Wer geht noch so spät allein
Über den Kirchhof gar?
Eine Maid ist es, hold und fein,
Mit ihrem gelösten Haar.«

»Ja, nu kann ich aber nicht weiter«, sagte Rasmus.

»Das ist schade! Es war so schön.«

»Das sagten meine Jungens auch«, fuhr er fort. »Das ist aber auch zu ärgerlich, dass ich die andern Verse vergessen habe . . . Aber wenn man alt wird, dann, glaub' ich, ist der Kopf nicht mehr ganz so in stande wie in der Jugend.«

»Na—a«, sagte ich.

»Ja—a«, sagte Rasmus eifrig, »das hab ich mehrmals absolviert . . . So hier vergangnen Herbst, da kommt Grossknecht Jörgen zu mir und zeigt mir 'ne neue Axt . . . er schnitzt ja und fällt und ist tüchtig! Und da sagt er zu mir, dass ich mir so'ne kaufen müsste, denn die wär' famos. Aber ich sagte, dass ich ganz zufrieden mit der alten war. »Probier sie, Rasmus!« sagt er.

»Nee—e«, sage ich, »wozu denn?« . . . Aber er kriegt doch die Axt mir in die Hand praktenziert, ich soll probieren! Und natürlich war sie besser. Denn die Konstrukschon war 'ne ganz andere, und der Schaft lag viel bequemer für die Finger . . . Aber was Deibel konnte ich das nu nicht selbst entdecken?« fuhr er fort. »Und was Satan wollte ich ihm das nicht glauben, wo er's versicherte? . . . Ne—e«, schloss Rasmus und nickte, »das ist schon wahr, was da in dem Liede steht:

»In deiner Jugend Lenze
Gehest du und drehst du Tänze;
Doch wirst du alt alleine,
Dann zittern dir die Beine.«

»Und warum soll das nicht auch der Fall mit dem Kopf sein? . . . Na, ich muss ja nu sagen«, begann er wieder, »dass ich nicht von den schlimmsten bin! Denn wenn wir aufs Vogelschiessen kommen oder auf die Tierschau oder so, dann halte ich mich immer noch zu den Jungen, denn da ist Leben, ist da . . . Und dann kann man auch was von der Jugend lernen«, fuhr er fort. »Denn das meiste, was wir in der Schule kriegten, war biblische Geschichte und Prügel. Und das kann ja natürlicherweise ganz gut sein, dagegen will ich gar nichts sagen, aber 'n bisschen mehr könnte man schon gebrauchen.«

»Ja, aber ihr Alten habt doch ein gut Stück gesehn«, flocht ich ein.

»Was Deibel haben wir denn gesehn?« sagte Rasmus. »Wir sägen unser Brennholz und wir stechen unsere Aale! Und dann glauben wir bei Gott, die Welt ist von nichts andrem voll, als von Sticksäge und Aaleisen! Ne—e, kommen Sie mir nicht damit! Denn jedes Jahr, was rum passiert, da macht die Erde auch ihre Fortschritte. Und wie sollen wir denn damit mitgehen können, wenn wir hier verschimmeln?«

»Ja, du liest ja doch deine Zeitung«, sagte ich, »und sprichst mit anderen.«

»Ja, ich will ja nu grade nicht mich nennn«, sagte Rasmus und schlug den

Stöpsel in die Flasche, »denn ich bin, wenn ich's selbst sagen soll, bedeutend, wie man's nennt, obenauf. Aber die andern Pachulken hier in der Gemeinde: Michel Sörensen und Paul Markensen und Klaus Dinesen und die andern, die gehen bloss und kauen ihren Stift und buddeln ihre Kartoffeln . . . Na, ich bin ja auch gar nicht so guter Freund mit einen von ihnen«, fügte er hinzu. »Was Deibel konnten die nicht etwas Humor mitbekommen haben?«

»Das ist eine Gabe«, sagte ich.

»Ja, da bin ich der erste und gebe das zu«, nickte Rasmus. »Aber ein bisschen Verstand könnten sie doch jedenfalls zeigen! Besonders ist das nu Michel Sörensen, der mich so ärgert«, fuhr er fort. »Denn es ist gleich, was ich auch sage, so behauptet er ganz bestimmt, dass Schleswig zu Dänemark gehört.«

»Nee, das tut es nicht«, sagte ich.

»Ne—e, ne—e, das ist ja auch ganz klar«, sagte Rasmus eifrig, »denn ich war ja selbst mit, um's zu verlieren! Aber ob ich ihm das begreiflich machen könnte!« »Die haben's uns gestohlen«, sagt er. »Michel«, habe ich zu ihm gesagt, nicht ein, sondern zwanzigmal, »Michel«, sage ich, »du und ich kommen mal überein, wir wollen uns um deinen Schubkarren schlagen«. sage ich, »und der stärkste von uns soll ihn haben. Wenn du dann Prügel kriegst«. sage ich zu ihm, »dann habe ich, hol mich der Deibel, das Recht die Karre zu nehmen, . . . wenn du dich da nicht mal auf andre Weise rekommandieren kannst«, sage ich, »denn hätte ich Prügel bekommen, so hättest du die Karre nehmen können, ohne zu husten«, sage ich zu Michel Sörensen.«

»Na, und was sagt Michel da?« fragte ich.

»Hö!« grunzte Rasmus verächtlich. »Er sitzt ja eine Weile und glotzt und dann schlägt er auf den Tisch, dass die Flaschen klirren, und dann ruft er: »Die Deutschen haben Schleswig gestohlen«, ruft er, »und damit basta!««

Rasmus erhob sich erhitzt von dem Klafterstück und stopfte das Taschentuch mit den Essensresten in die Rocktasche.

»Die alte Leier!« murmelte er.

»Du warst doch 64 mit?« begann ich kurz darauf.

»Das war ich«, sagte Rasmus und holte eine kleine Holzpfeife aus der Westentasche. Er streckte sie mir entgegen und lächelte breit. Und dann sang er:

»Das sind sechs stramme Mei—len —
Widewitt bumbum, widewitt jaja!
Das sind sechs stramme Meilen
Von Röm bis Fredrikstad —
Stadt, filium Stadt!«

Er hatte die Pfeife gestopft und steckte sie saugend an, während er fortfuhr:

»Dahin woll'n wir nun ei—len —
Widewitt bumbum, widewitt jaja!
Dahin woll'n wir nun ei—len,
Bis da die Pfeife brennt —
Ja, filium brennt!«

»Nu geht's wieder gut!« sagte er dann und setzte sich. »Ja, da war ja damals Humor in der Langenweile«, begann er. »Und wir hatten oft viel Gemütlichkeiten vor, wenn wir assen . . . Aber sonst muss ich doch für mein Teil sagen, dass ich das etwas ungereimt vom lieben Gott finde den Königen und Kaisern so'ne riesige Macht zu lassen, dass sie einfach viele tausend Menschen

'raus in Krieg und Not kommandieren können! . . . Meiner Meinung nach sollten wir andern doch auch ein Wort mitreden können, denn wir sind's doch schliesslich, auf die's rauskommt! Und da waren so viele, die zitterten und bebten und für sich baten, aber 'raus mussten sie.«

»Ja—a«, sagte ich.

»Ich kann mich noch erinnern, da war ein kleiner Herrenquepierungshändler von Korsör«, gluckste Rasmus, »ja, wir grinsten natürlich über ihn, aber Sünde war's doch! . . . Er versteckte sich in Schobern und Gräben, und wir konnten ihn nie finden, wenn wir ausmarschieren wollten. Da wurde ein Korporal angestellt auf ihn aufzupassen. Und das ging nicht, ohne dass er ihn mit dem Säbel klopfte, um ihn mitzukriegen. Der Quepierungshändler, Ottensen hiess er, er hatte sich eben verheiratet. Und er schrieb nach Haus an die Frau, wenn er nur dazu kommen konnte. Sie war schwanger, sagte er . . . Und er war ganz höllisch angst vor Pulver und Kugeln. Und Bauchschmerzen hatte er immer . . . So eines Tages lagen wir draussen auf Rekennessierung. Und die Deutschen schossen los mit Granaten und mit Dreck und Mist. Der Quepierer sass mit dem Rücken gegen einen Grabenwall und schrieb nach Haus an die Frau auf seinem Tornister. Er war vom frühen Morgen an gegangen und hatte gesprochen, heute wäre sein letzter Tag, heute würde er erschossen werden. Und wir hatten gelacht! Aber die Quepierung, Ottensen hiess er, sagte nichts . . . Da hören wir ja eine Granate angespritzt kommen. Und wir schmeissen uns allesamt flach auf die Erde. Und sie springt, die Granate versteht sich, dass die Stücke uns um die Ohren sausten und Erde und Steine . . . Aber wie wir aufstehn und uns den Schaden beschn, war keine Spur von dem Quepierungshändler zu sehn . . .«

»Er hatte sich versteckt?« sagte ich und lachte.

»Er war kontant in tausend Stücke zerrissen!« sagte Rasmus. »Denn die Granate war durch den Grabenwall reingegangen und grade hinter seinem Rücken gesprungen. Und da blieb denn nicht mehr viel Quepierung übrig.«

»War er tot?«

»Ob er tot war? . . . Da kann man gleich hören, Johannes, dass Sie nie im Krieg waren! Wir fanden einen Arm und ein Bein und 'ne Schnalle vom Tornister, mehr war von ihm nicht da . . . Ne—e, und das meine ich eben«, fuhr Rasmus fort, »dass solche Kerle, was Deibel sollen die mit? Das muss ja für die 'ne Höllenqual sein, immer mit dem Schreck im Körper rumzulaufen . . . Und nützen tun sie doch auch nicht viel. Und ich glaube ja auch«, fuhr er fort, »dass, wären wir andern grade vorher gefragt worden, so waren da nicht viele, die freiwillig mitgegangen wären. Aber ist man erst mit, dann kann man's doch auch mit 'nem bisschen Gemütlichkeit nehmen. Das heisst, wenn man die Gabe dazu hat«, schloss er, »denn es geht ja meistens, wie's steht im Liede:

»Aus in den Kampf viel Rittersmann rei—ten,
Wohl an die hu—ndert—tau—send Mann,
Doch keiner jemals nach hartem Streiten
Mädchen und Vaterland wiedergewann.«

»Aber Tod und Deibel, nu habe ich hier gesessen und gequatscht!« rief er plötzlich aus. »Das war ja eine verfluchte Vesperzeit! Ich bin grade fertig und schon wieder hungrig geworden.«

mühlen, eine durch nichts gestützte vorgefasste Meinung Erwachsener herausstellen.

Wir Erwachsenen haben ein ganz bestimmtes moralisches System in uns stecken, das uns durch Erziehung und Gewöhnung einverleibt worden ist. Ganz instinktiv und automatisch pflegen wir alles und jedes unter dem Gesichtswinkel bestimmter Moralvorstellungen und Satzungen zu betrachten. Dazu haben wir ein Recht und selbst in gewissem Sinne eine Pflicht. Wir begehen aber den Fehler diese Moralsatzungen, die, wie jüngst ein geistreicher Arzt bemerkte, im Grunde nichts weiter sind als die Summe der Rücksichten, die der einzelne sich im Interesse der Gesamtheit auferlegen muss, für etwas Ewiges, Unverbrüchliches und für dem Kinde eingeboren zu halten. Nichts ist falscher als das. Ein kleines Kind ist in Wahrheit weder moralisch, noch unmoralisch, es ist einfach amoralisch, ohne Wissen von Gut oder Böse. Mit der Erkenntnis dieser Tatsache fällt das Haupthindernis, das sich einer geschlechtlichen Belehrung entgegenstellt. Bestimmte moralisch gefärbte Vorstellungen sind in dieser Richtung noch nicht vorhanden. Folglich können sie auch nicht zerstört oder geschädigt werden. Wenn trotzdem solche Schädigungen nicht nur behauptet werden, sondern in der Tat vorkommen, so einzig und allein darum, weil der Aufklärende es ist, der mit moralischen Vorstellungen, Nutzenwendungen und Bedenken an seine Aufgabe geht und so sich selbst und dem Kinde erst die Hindernisse und Gefährdungsmöglichkeiten schafft. Damit ist der Punkt gewonnen, von dem aus diese Aufgabe angepackt und gelöst werden kann, ohne nur den Schatten einer Schädigungsgefahr im Gefolge zu haben.

Der Erzieher muss sich nur ganz einfach auf den Standpunkt des Kindes begeben, dem, wenn es mit offenen Augen in die Welt schaut, alles gleich neu, gleich wunderbar oder natürlich erscheint. Vor allen Dingen muss er völlig von dem absehen, was aus der Erfahrung geboren, sich zur Erkenntnis und Notwendigkeit verdichtet hat und nun, als moralische Vorstellung und Satzung ausgeprägt, uns überkommen ist. Und erst recht absehen muss er von den manchmal recht sonderbaren Verhüllungen und Verkleidungen, die die zum Dogma erstarrte Erkenntnis im religiösen Gewande angenommen hat. Der Begriff der *Erbsünde*, die Wollust auf der einen, die Askese und sogenannte *Abtötung des Fleisches* auf der andern Seite; wie weit haben sie sich von ihrem Ursprung, der zur Abwehrsatzung gewordenen Naturerkenntnis entfernt! Diesen ganzen Ballast müssen wir über Bord werfen, wenn wir uns als Lehrer und Führer auf dem Gebiete des Geschlechtslebens dem Kinde zuwenden. Da darf nichts übrig bleiben als die einfache Naturtatsache des menschlichen Organismus, der sich weder organisch noch funktionell wesentlich von all dem unterscheidet, was in der uns umgebenden Lebewelt an pflanzlichem und erst recht an tierischem Leben vorhanden ist. Die übergeordneten geistig-sittlichen Potenzen, die, wenn schon materiell begründet und begrenzt, den Menschen aus der Reihe der übrigen Tiere herausheben, haben fürs erste in unserer Unterweisung nichts zu tun.

Verfahren wir so, dann hat mit einem Male die ganze Aufklärungsfrage ein neues Gesicht bekommen. Sie tritt als ein Lehrgegenstand, der weder moralisch noch unmoralisch, sondern ganz einfach wissensnotwendig ist, in eine organische Kette von anderen Wissenszweigen, die, der Wissensweite und dem Erkenntnis-

vermögen des Kindes gemäss abgestuft, allmählich an das Kind herangebracht werden.

Wie gangbar und eigentlich selbstverständlich dieser Weg ist, das haben auf dem verdienstlichen Kongress der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*, der im Mai 1907 in Mannheim stattgefunden hat und sich ausschliesslich mit dem gesamten Fragenkomplex der Sexualpädagogik befasste, eine Reihe von zum Teil vorzüglichen Referaten aus Lehrerkreisen dargetan. Da wurde die Behandlung der heiklen Frage der sexuellen Aufklärung der Schuljugend ganz schlicht und selbstverständlich dem naturkundlichen Unterricht zugewiesen. Wenn in seinem Verlaufe der Körper des Menschen zur Besprechung an die Reihe kommt, dann soll nicht mehr in einem weiten Bogen um die Besprechung der Geschlechtsorgane herumgegangen, sondern ihre anatomische Beschaffenheit und Funktion soll genau so sachlich, ruhig und selbstverständlich auseinandergesetzt werden, wie die entsprechenden Organe der Pflanzen und Tiere. Wer sich hier für Einzelheiten interessiert, dem seien die Verhandlungen des Kongresses, die in einem stattlichen, *Sexualpädagogik* betitelten Bande vorliegen, und ebenso die einschlägige in diesen Blättern bereits besprochene Schrift von Maria Lischnewska angelegentlich empfohlen.¹⁾

Wie, aber nun, wenn bei Gelegenheit dieses Unterrichtes die Schüler selbst es sind, die aus naheliegenden Gedankengängen heraus die moralische Seite der Frage in den Kreis der Betrachtungen rücken oder gerückt sehen wollen? Eine solche Vermutung liegt sehr nahe und berührt unsere Behauptung nicht, dass die Kinder ursprünglich weder gut noch böse sind. Wir sind ja nicht nur Naturwesen, obgleich wir mit unserem gesamten körperlichen und geistigen Sein in der Natur haften. Durch das aber, was uns recht eigentlich erst zu Menschen in unserem Sinne macht, haben wir uns von der Natur entfernt und uns über sie erhoben. Ein wichtiges Teilgebiet des Selbstherrschers Mensch ist aber das Moralische. Wir empfinden uns als moralische, das heisst uns und unseresgleichen verantwortliche Wesen, und es kann nicht fehlen, dass dies immanente moralische Fluidum auch in der Geschlechtssphäre sich geltend macht und seine Einflüsse in die Erziehung hineinspielen lässt. Sowohl die Schule wie auch das Haus handhaben gewohnheitsmässig eine Reihe fertiger sexual-ethischer Begriffe, von denen sich in diesem Zusammenhang völlig frei zu machen für viele auf lange hinaus nicht eben leicht oder möglich sein dürfte. Daher muss man darauf gefasst sein, dass Kinder verhältnismässig früh und anscheinend ohne äusseren Anstoss just mit diesem Lehrgegenstand bestimmte oder unbestimmte moralische Vorstellungen verknüpfen und dementsprechende Fragen an den Lehrer richten. Dann muss geantwortet werden, und zwar wird die Art der Antwort von dem pädagogischen Takt des Lehrers auf der einen, von der Eigenart und der Frageabsicht des Kindes auf der anderen Seite abhängen. Das naive Kind wird aus Wissbegier, das wissende, frühreife unter Umständen aus unlauteren Nebengründen fragen. In beiden Fällen muss die Antwort ganz verschieden lauten, immer aber doch so, dass sie vor der ganzen Klasse gegeben werden kann.

Dem naiven Kind wird man nach der Anweisung Lessings in seiner *Erziehung*

¹⁾ Vergl. die Rubrik *Sozialpädagogische Bewegung* der Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 972 ff. und 1050 ff.

des Menschengeschlechts die Wahrheit geben, nichts als Wahrheit, aber — nicht die ganze Wahrheit. Man wird sagen, dass da gewiss ein Unterschied bestehe zwischen der tierischen und pflanzlichen Fortpflanzung und der des Menschen. Dass durch die besondere Herrscherstellung, die der Mensch sich im Weltganzen erkämpft habe, und zu ihrer Erhaltung und Verstärkung ihm auch grosse Pflichten und Verantwortungen zugeschoben seien, die ihm insbesondere auf dem Gebiet der Fortpflanzung auferlegt seien. Das aber könne erst der Erwachsene nach seinem ganzen Umfang würdigen. Eines aber könnten und müssten die Kinder schon einsehen, dass es sich hier um etwas, obschon ihnen einstweilen Unverständliches, so doch Natürliches, Schönes und Reines handle, zu dem in rechter Weise nur an Leib und Seele gesunde Menschen berufen seien. Darum sei es ihre Pflicht sich gesund und frisch zu erhalten, recht viel zu schauen, zu lernen und zu erfragen. Dann komme ganz von selbst die Zeit, in der sie das Problem der Fortpflanzung sowohl nach seiner tierischen, wie nach seiner geistig-seelischen Seite in rechter Art erfassen und würdigen könnten. Dem frechen Frager gebührt eine derbe aber doch ruhige Abfertigung, gleichfalls vor der Klasse, der dann eine private Unterhaltung sich anreihen kann, in der man versucht ein vielleicht nur missleitetes Kind durch Wahrheit und Güte auf den rechten Weg zurückzuführen.

Es ist schwer hier Einzelanweisungen zu geben, wo alles so unendlich auf den Herzenstakt und die Ehrlichkeit und innere Sittlichkeit des Erziehers selbst eingestellt ist. Grundsätzlich ist daran festzuhalten, dass Auseinandersetzungen der bezeichneten Art im naturkundlichen Unterricht möglichst zu vermeiden sind. Hier sollte in der Hauptsache nur die physiologische Seite unserer Frage behandelt werden. Die psychologische ist in ihrer ganzen Breite anderen Disziplinen und höheren Altersstufen zuzuweisen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippe!

Reichsfinanz- Freiherr von Stengel, seit **krisis** dem August 1903 Leiter des Reichsschatzamtes, hat die Flinte ins Korn geworfen, und damit ist es von neuem ungewiss geworden, ob Branntweinmonopol und Zigarrenbanderolesteuer so bald und überhaupt noch vor den Reichstag kommen. Zu gleicher Zeit jedoch rollt sich, wie aus verschiedenen Pressäusserungen halboffiziöser Art hervorgeht, nunmehr die ganze Frage der Reichsfinanzreform in vollstem Umfange auf. »Freiherr von Stengel«, schreibt sogar die *Frankfurter Zeitung*, »tritt nicht zurück, weil er neue Steuern verlangt und der Reichstag keine bewilligen wollte, sondern er tritt zurück, so seltsam das klingt, weil er nicht genug neue Steuern verlangt. Die Mehrheit des

Reichstags will, das haben vertrauliche Besprechungen gezeigt, und ist auch in öffentlichen Verhandlungen zum Ausdruck gekommen, kein Flickwerk, wie es die von Stengel ausgearbeiteten Projekte des Spiritusmonopols und der Zigarrenbanderolesteuer darstellen würden, sondern sie will ganze Arbeit machen. Sie verlangt eine umfassende Reform, die den Bedarf auf absehbare Zeit decken und der mit immer neuen Steuerprojekten verbundenen Beunruhigung des Wirtschaftslebens ein Ende machen soll.« Das Berliner Organ des Blockfreisinns spricht sogar von der deutschen Sehnsucht nach einem Reichsschatzkanzler »von überragendem Geist und bedeutender Tatkraft, der nicht an der Gewohnheit, an der Tradition der Bureaukratie klebt, sich nicht begnügt der Misere dieses oder des nächsten Jahres abzuhelpen sondern

eine Politik treibt, die ihm einen Namen neben den grossen Finanzministern des Inselreiches, neben Peel und Gladstone, sichert. Der Vorschlag eines Petroleumhandelsmonopols wird in liberalen Blättern ernsthaft erörtert; niemand werde der Störung des amerikanischen Monopolbetriebes eine Träne nachweinen: der einst blühende Petroleumhandel von Bremen und Hamburg sei ohnehin vernichtet und längst an die *Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft*, eine Tochtergesellschaft der *Standard Oil Co.* übergegangen. Die alten Bennigsenschen Anregungen dem Schatzsekretär eine grössere Unabhängigkeit gegenüber den Finanzministern der Einzelstaaten und den Chefs der Reichsverwaltungen zu verschaffen tauchen wieder auf, und es ist gar nicht unwahrscheinlich, dass Fürst Bülow mit ein paar Tropfen liberalen Öls für die Reichsämterorganisation und die Schatzamtsbesetzung nicht nur alle Wogen der freisinnigen Unzufriedenheit glätten kann, sondern dass es ihm sogar gelingt mit Hilfe der bürgerlichen Linken eine ähnliche Steuervermehrung zu erzielen, wie einst Fürst Bismarck mit Konservativen und Zentrum und alsdann abermals mit dem konservativ-national-liberalen Kartell. Doch wer wollte heute Voraussagungen über Deutschlands innere Politik wagen?

× **Freisinnige Parteien** ×
 Jedenfalls machen sich nach wie vor keine Anzeichen dafür bemerkbar, dass eine entschiedene Blockgegnerschaft die Oberhand auch nur in der Freisinnigen Vereinigung gewinnen könnte. Dr. Barth und von Gerlach sind allerdings aus der Leitung dieser liberalen Gruppe ausgetreten, um, wie sie in ihrer Motivierung sagen, Raum für eine schärfere offenere Kritik innerhalb der eigenen Partei zu haben und dadurch einem weiteren Abrutschen nach rechts energischer entgegen zu arbeiten. Aber bei dem Kern der freisinnigen Fraktionen genügt schon ein Hinweis auf zentrumsfreundliche Äusserungen der *Kreuzzeitung* oder gar nur Dr. Diederich Hahns, um jede schärfere Selbständigkeitslust zu dämpfen. Die Rechte wünsche, dass der Block in die Brüche gehe, nur solle die Verantwortung dafür auf die realpolitisch leistungsunfähige bürgerliche Linke fallen. Die Linke solle, wie die *Vossische Zeitung* meint, zeigen, dass mit ihr kein Bund zu flechten, mit ihr nicht zu regieren sei . . . Die Konservativen sollten als die

Friedfertigen dastehen, die Freisinnigen als die Unverträglichen und Unversöhnlichen. Wäre es gelungen diesen Eindruck hervorzurufen, so hätte die Reaktion die Bahn frei gehabt. Charakteristisch ist dann weiter, wie dieses Organ der Richtung Wiemer-Fischbeck-Pachnicke die Nutzenwendung auf die herannahenden preussischen Landtagswahlen zieht. Machten Freisinn und Sozialdemokratie bei diesen Wahlen gemeinsame Sache, so sei das der Rechten doppelt erwünscht. Alle Angriffe, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet würden, träfen dann die bürgerliche Linke gleichfalls; die tiefe Missstimmung gegen die *Genossen* werde sich gegen die Freisinnigen wenden, die als Vorfrucht, als Begünstiger, Handlanger und Mitläufer der Sozialdemokratie gebrandmarkt würden. »In hellen Haufen würden Wähler, die bisher freisinnig gestimmt haben, zu anderen bürgerlichen Parteien übergehen . . . So stehen augenblicklich die Dinge. Die Konservativen wünschen angelegentlich, dass die Freisinnigen den Block sprengen und sich an die Seite der Sozialdemokratie schlagen. Dann blüht der Weizen der Reaktion. Sie wünschen, dass dieses Ziel erreicht werde, noch ehe Vereinsetzung, Börsengesetznovelle und andere Massregeln, bei denen gegenwärtig mit der bürgerlichen Linken gerechnet wird, zu stande gekommen sind. Inwieweit sich die Hoffnungen der Rechten erfüllen und die konservativ-liberale Paarung ehestens durch die konservativ-klerikale abgelöst wird, das muss die nächste Zukunft lehren.« In der Tat ist und bleibt diese Abneigung gegen die Sozialdemokratie und gegen jede engere politische Fühlungnahme mit der Arbeiterpartei vorläufig der beste Bundesgenosse der Bülow'schen Blockpolitik, soweit sie des freisinnigen Vorspannes bedarf.

× **Balkanpolitik** ×
 Die dauernde Schwäche Russlands scheint in der österreichisch-ungarischen Regierung den Mut zu einer entschlosseneren wirtschaftlichen Expansion auf der Balkanhalbinsel, und zwar von Bosnien aus nach dem türkisch gebliebenen Südosten gegeben zu haben. Nach den Darlegungen des Freiherrn von Achrenthal vor den Delegationen soll der Weg Österreich-Ungarns nach Mazedonien nicht mehr über Serbien allein gehen, sondern das Anschlussstück an das eigene Bahnnetz wäre von Bosnien durch den Sand-

schak Novibazar zu legen, der Treffpunkt wäre die Station Mitrowitz am Nordende der bei Üsküb von der mazedonischen Hauptbahn abzweigenden Strecke. Auch auf engere Beziehungen zu Griechenland scheint dabei Freiherr von Aehrenthal zu hoffen: würden weiter noch die mazedonischen Bahnen mit den griechischen verbunden, so sei dadurch ein wichtiger Weg von Mitteleuropa nach Ägypten und Indien gewonnen. Zu gleicher Zeit soll der Leiter der Wiener auswärtigen Politik, trotz des Widerstandes der zis- und transleithanischen Agrarier, auf raschen Abschluss des Handelsvertrages mit Serbien drängen, um nach dieser Richtung alle feindseligen Stimmungen möglichst zu beruhigen. Dagegen erheben sich in den russischen Blättern die bittersten Klagen über die Gefährdung des im Märzsteger Programm mühsam vereinbarten Kompromisses und Kräftegleichgewichtes für den Balkan. Wie hinter jeder für Russland unvorteilhaften Aktion so sieht man hinter diesem Vorgehen und in der entgegenkommenden Haltung der Türkei gleichfalls die Hand Deutschlands. Aus welchem Grunde, ist freilich schwer zu sagen. Manche Zeitungen liessen sogar schon den russischen Botschafter Fürsten Urussov Wien verlassen und kündigten Feindseligkeiten zwischen Russland und der Türkei an, die in Mazedonien 100 000 Mann der besten Truppen bereit halte. Jedenfalls hat die Wiener auswärtige Politik durch das allgemeine Wahlrecht und die Beseitigung vieler innerer Konflikte unverkennbar an Wagemut und Kraft gewonnen.

× **Portugal** In Portugal hat das neue Koalitionsministerium, das nach dem Tode des Königs am 1. Februar aus den beiden zahlreichsten Parteien, den Progressisten und den Regeneratoren, gebildet wurde, zunächst eine gewisse Beruhigung erzielt. Der Exdiktator Franco hat das Land verlassen; durch Annullierung seiner einschneidendsten Dekrete, die ihm, wie er behauptete, den Kampf gegen die eingerissene Korruption der Verwaltung und des Parlamentarismus erleichtern sollten, sind die ersten Grundlagen des konstitutionellen Lebens zurückgegeben. Die Abgeordneten erhielten die Immunität wieder, politische Gegner der Regierung können nicht mehr ohne Richterspruch ausgewiesen oder in die Kolonien verschickt werden; verschiedene Ausnahme-

gesetze gegen die Presse sind gefallen. Die Neuwahlen stehen vor der Türe und werden vielleicht den ersten wirklichen Gradmesser der Volksstimmung bieten. Sollten sich die Gegensätze doch zum Bürgerkrieg zuspitzen, so würde unter Umständen die Frage der Neuverteilung der portugiesischen Kolonien brennend werden. Hierauf bezog sich, wie man sich erinnert, der deutsch-englische Delagoavertrag vom 1. September 1897. Dr. Albr. Wirth glaubt darüber im Tag die folgende Enthüllung machen zu können: »Die Bedingungen dieses Geheimvertrages sind nie bekannt geworden. Trotzdem glaube ich als authentisch in Anspruch nehmen zu dürfen, dass uns Mosambik bis zum Sambesi, dagegen nichts von Angola zufallen soll. Ohnehin hat eine britische Gesellschaft in Angola schon 32 000 englische Geviertmeile im Besitz. Auch ganz Mosambik ist wirtschaftlich bereits derart in britischen Händen, dass wir dieser Erwerbung niemals froh werden könnten. Der Geheimvertrag hat weiter eine wichtige Klausel über eine asiatische Kolonie, über die zurzeit es besser sein wird zu schweigen. Auch das afrikanische Problem ist schon bedeutend genug, zumal es sich mit der Kongofrage verquickt.«

× **Kurze Chronik** Der Reichstag hat den Abänderungen der Brüsseler Zuckerkonvention zugestimmt, jedoch folgende Umgestaltung des deutschen Zuckersteuergesetzes zur Bedingung gemacht: »Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 M. [heute 14 M.] für 100 kg Rein gewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zu stande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs um mindestens 35 Mill. M. jährlich bezwecken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zu stande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.«

× Am 6. Februar verlas der preussische Handelsminister im Abgeordnetenhaus eine wichtige Regierungserklärung über die Schifffahrtspolitik. Die Rechtszweifel über Artikel 54 der Reichsverfassung werde man durch eine authentische Auslegung im Wege der Reichsgesetzgebung zu lösen suchen. Ferner gedenke man Zweckverbände unter den beteiligten Uferstaaten in der Weise vorzuschlagen, dass die Einnahmen aus den Schifffahrtsabgaben eines ganzen Stromgebietes immer einheitlich.

ohne Unterschied der Einzelstaaten, zur Befriedigung der gemeinsamen Strombaubedürfnisse verwandt werden sollen. Es sei zu hoffen, dass der Gedanke der Zweckverbände und der Stromkassen in allen beteiligten Kreisen Deutschlands vom Standpunkte der grossen nationalen Interessen und des bundesfreundlichen Entgegenkommens gewürdigt werden möchte. X Die belgischen Kongo-Debatten sind vorläufig abgebrochen, da der Ministerpräsident Verhandlungen über einen neuen, annehmbareren Vertragsentwurf eingeleitet hat. X In der Kapkolonie ist infolge des Wahlausfalles das seit Februar 1904 regierende Ministerium Dr. Jameson durch ein Ministerium Merriman ersetzt worden.

X **Literatur** X
 Sehr dankenswert ist die grössere Schrift H. von Gerlachs *Die Geschichte des preussischen Wahlrechts* /Berlin, Hilfverlag/. Nach den Parlamentsprogrammen und anderen Quellenwerken sind hier von 1848 ab die wichtigsten Materialien, auch über die Stellung der einzelnen Parteien, zusammengefasst, bis zu den letzten Landtagsverhandlungen vom 10. Januar 1908. X *Die statistischen Unterlagen der österreichischen Wahlreform*, nach Ländern, nach städtischen und ländlichen Wahlkreisen, nach Nationalitäten und nach der an der Steuerleistung gemessenen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe verarbeitet in umfassender Weise Professor Dr. H. Raucherberg /Brünn, Irrgang/. X Einem der geschichtlich und konstitutionell interessantesten Volksvertretungsrechte widmet in den Jellinek-Meyerschen *Staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen* /Leipzig, Duncker & Humblot/ Dr. Hans Ludwig Rosegger eine materialienreiche und umsichtige rechtsvergleichende und politische Studie *Das parlamentarische Interpellationsrecht*.

Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

Preussische Wahlrechtsbewegung Wenn die Berliner Sozialdemokratie durch ihre Demonstration vor dem preussischen Abgeordnetenhaus am 10. Januar und dann später auf der Strasse weiter nichts erreicht hat als das, dass ein Teil des deutschen Publikums auf die Verhandlungen dieser Kammer aufmerksam wurde und von deren Existenz überhaupt Kenntnis nahm, so hat sich ihr Vorgehen zur Genüge belohnt. Denn dass das preussische Abgeordnetenhaus in dieser

Form so lange Jahrzehnte überhaupt bestehen konnte, ist nur dem Umstande zu danken, dass man in Deutschland von ihr nichts wusste, dass man durch die zuweilen glänzenden, öfter lärmenden Verhandlungen des Reichstags von der Körperschaft abgelenkt wurde, die unsere innere Politik zum grössten Teil bestimmt. Ein Reichstag, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, auf der einen Seite, ein Abgeordnetenhaus, aus dem die stärkste Klasse und grösste Partei ausgeschlossen war, auf der anderen: diese Inhomogenität drückte in Wahrheit die Stellung des Reichstags, aus dessen Machtbezirk um so mehr in den des Landtags getragen werden konnte, je weniger beachtet und darum auch weniger beeinflusst von öffentlichen Stimmungen dieser Landtag seine Arbeiten durchführte. Jetzt muss die Arbeiterpartei da wieder anknüpfen, wo vor nahezu einem halben Jahrhundert ihr Begründer anfang. Und diesmal wird sie nicht mehr wie damals durch das Geschenk des allgemeinen Wahlrechts an eine andere Körperschaft vom Wege abgebracht werden können. Die Sozialdemokratie allein hat freilich heute noch nicht die Macht ein Wahlrecht für Preussen zu erringen. Darüber ist sie sich klar, und ihre Aufgabe besteht auch jetzt im wesentlichen darin ihre eigenen Angehörigen mehr und mehr für diesen Kampf zu gewinnen und das Schwergewicht ihrer Politik vom Reich nach Preussen zu verlegen, damit sie dann rückwirkend im Reich selber zu grösserer Bedeutung kommt. Die Demonstrationen, die sie veranstaltet, und ihre intensive, unablässige Agitation ist mit in erster Linie für die Arbeiter selber da; der Einwand bürgerlicher Politiker, dass sie dadurch auf die preussische Legislative nicht einwirke, hat darum auch keine Bedeutung. Die höhere Wertung des Landtags selber wird allmählich auch dessen Umwandlung herbeiführen, da die Sozialdemokratie durch ihre Wahlagitation schliesslich auch dessen Zusammensetzung in der Qualität ändern kann. Zur Beseitigung des Wahlsystems selber ist es nötig, dass nicht nur die zahlenmässige Mehrheit der preussischen Bevölkerung sondern auch ein Teil gerade der Schichten, die durch das geltende Wahlsystem gegenüber den grossen Massen bevorzugt sind, von dessen kultureller Unsinnigkeit überzeugt werden. Das Wort des alten liberalen Abgeordneten Traeger, dass er nicht den Mut habe sich auf grund des preussischen Wahlsystems als Volksver-

treter zu fühlen, muss in die Empfindung aller derer übergehen, die freiheitlicher Gesinnung fähig sind. Hier, wo es sich um eine allgemeine Kulturfrage handelt, muss auch an die ideellen Motive appelliert werden: man ist nicht Realpolitiker, wenn man einen Teil der wirkenden Faktoren geflissentlich ignoriert, nur weil sie vielleicht nicht in ein *materialistisches* Schema passen. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewusst, dass der Sturz des preussischen Systems keine Parteifrage ist und werden darf, dass sie die ganze Nation angeht — auch den wertvollen Teil derjenigen kleinen Gruppe, die materiellen Vorteil von ihm hat —, sie hat daher des öftern und offiziell erklärt, dass sie bereit sei alle zu unterstützen, die auf das gleiche Ziel losgehen. Also nicht sie ist schuld daran, wenn keine gemeinsame Operation möglich wird. Vielmehr die Vorurteile, die man im Bürgertum über das Wesen der Sozialdemokratie hat, und die vielleicht durch einzelne Vorkommnisse und durch das Auftreten einzelner Genossen genährt wurden. Indes, von Intellektuellen kann man verlangen, dass sie sich von ihrer Intelligenz bestimmen lassen und nicht besondere Eindrücke verallgemeinern. Wenn es möglich war bei der *lex Heinze* spontan eine Kulturgemeinschaft zu dokumentieren, wenn bei einem relativ so geringfügigen Objekt wie es die Theaterzensur ist — die ja schliesslich auch mit dem preussischen Wahlrecht zusammenhängt und ebenso ungesetzlich ist wie dieses — die sonst trennenden Parteiunterschiede nicht hinderten, dass man sich zu einem gemeinsamen Zweck zusammenfand, so sollte man meinen, dass bei einer so grossen, so alle Lebensinteressen aufwühlenden Frage wie das preussische Wahlrecht ein Zusammengehen *ad hoc* sich ganz von selbst versteht. In Preussen versteht sich freilich nichts von selbst. Es muss daher von den ideell Interessierten ein grosses Stück Aufklärungsarbeit geleistet werden, um das Selbstverständliche vorzubereiten. Die deutschen Intellektuellen stehen vor einer grossen Aufgabe, vielleicht der einzigen, deren Lösung sie im gegenwärtigen Deutschland entscheidend beeinflussen können. Sie haben die öffentliche Meinung in ihrer Hand, und wenn sie selber nur eine Meinung haben, so können sie alle die Kreise mit sich fortreissen, deren wahre Interessen die Umgestaltung des preussischen Wahlrechts erfordern, ohne dass sie selber vorläufig noch die Not-

wendigkeit dieser Forderung einsehen. Für die Arbeiterklasse sorgt und bürgt ihre geistige Vormacht, die Sozialdemokratie. Werden auch die geistig Gerichteten des deutschen Bürgertums jetzt erkennen, was sie tun müssen, und was sie auch tun können?

× England: Der 8. Parteitag der englischen Arbeiterpartei, der vom 20. bis zum 23. Januar in Hull abgehalten wurde, hat in der Öffentlichkeit, die über die geschichtliche Entwicklung der englischen Arbeiterpolitik nicht genügend informiert war, ein grosses Aufsehen erregt. Man war seit Jahren bei uns zu glauben gewöhnt, dass die englische Arbeiterbewegung im Gegensatz zur kontinentalen keine sozialistische sondern eine rein berufliche sei. Man sah daher in der Ablehnung einer dem Parteitag vorgelegten Resolution, die die Arbeiterpartei zu einer sozialistischen Organisation stempeln wollte, eine Absage der englischen Arbeiterklasse an den Sozialismus. Das jetzt im allgemeinen gut geleitete *Berliner Tageblatt* zum Beispiel, bei dem leider schablonenhaft routinierte Korrespondenten zuweilen die Politik der Redaktion stören, brachte in einer sensationellen Depesche unter besonderer Überschrift die Niederlage des Sozialismus. Um so grösser war dann das Erstaunen, als am Tage darauf doch eine sozialistische Resolution angenommen wurde. Man sah darin einen unerklärlichen Widerspruch. Und doch sind beide Ereignisse logisch gerechtfertigt und stehen in einem innern Zusammenhang mit einander. Die *L. P.* ist, wie den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* des öftern dargelegt wurde, eine Föderation, in der die beiden wichtigsten sozialistischen Organisationen, die *I. L. P.* und die *F. S.*, in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vereinigt sind. Es sind nun wiederholt Versuche gemacht worden diese Vereinigung zu zerbrechen. Ein gutes Mittel der Wirksamkeit die Partei zu zerstören wäre die das Bekenntnis zum Sozialismus zur Vorbedingung für die Aufnahme als Mitglied und Aufstellung als Kandidat zu machen. Gerade die sozialistischen Körperschaften innerhalb der *L. P.* haben nicht die geringste Neigung einen solchen Versuch zu unterstützen, sie haben durchaus Zeit zu warten, bis das Bekenntnis zum Sozialismus die wirklichen Empfindungen ihrer Gewerkschaftsverbündeten ausdrücken wird. Sie lassen inzwischen die

Entwicklung für den Sozialismus arbeiten, und wenn man bedenkt, dass die Gewerkschaften, die früher jede Parteipolitik ablehnten, in den 8 Jahren des Bestehens der *L. P.* auf den Standpunkt der völligen politischen Selbständigkeit gelangt sind, und dass jetzt auch der abseits stehende Bergarbeiterverband mit seinen 15 eigenen Parlamentsmitgliedern über die Frage des Anschlusses an die *L. P.* eine Urabstimmung veranstaltet (vergl. pag. 58), so wird man ihrer geduldigen und darum begründeten Auffassung recht geben. Die Bedeutung der Arbeiterpartei für den Sozialismus in England ist viel zu gross, als dass die englischen Sozialisten leichtsinnigerweise durch einen Zwist im eigenen Lager ihr Gefahr bringen wollten. Daher die überwältigende Niederlage der ersten Resolution. Wenn die Sozialisten es so ablehnen durch Aufstellung des Sozialismus als äusseres Merkmal der Partei an deren Selbsterstörung zu arbeiten, können sie mit gleichem Recht den Sozialismus als die innere Kraft ihrer Tätigkeit, als das gesellschaftliche Ideal, dem sie näher kommen, bezeichnen. Es sei daran erinnert, dass der Ausdruck dieser selben Anschauung schon sehr häufig auch bei reinen Gewerkschaftskongressen in Resolutionen wiedergekehrt ist. Daher ist das Erstaunen vollständig unbegründet, mit dem die bürgerliche Öffentlichkeit die Votierung der zweiten, vom Maschinenbauerverband eingebrachten Resolution aufnahm, die die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Ziel hinstellt. Auch diese Resolution wurde aus Opportunitätsgründen von Shackleton bekämpft. Aber ihre Annahme bedeutet nicht die geringste prinzipielle Wendung in der Politik der Arbeiterpartei.

Das äussere Wachstum der Partei hat, wie der Jahresbericht konstatieren konnte, mit dem inneren Schritt gehalten. Ihre Mitgliederzahl beträgt jetzt 1 072 413. Die beiden Vorversammlungen, die sie vor dem Parteitag abhielt, und die sich mit der Arbeitslosenfrage und der Altersversicherung beschäftigten, machten einen überaus starken Eindruck. In einer von MacDonald begründeten Resolution erklärte die Partei, dass das Problem der Arbeitslosigkeit nur gelöst werden könnte, wenn Staat und Gemeinde von ihren Befugnissen energischen Gebrauch machten. Eine zweite, von Henderson vorgeschlagene Resolution fordert den Finanzminister auf in der nächsten Tagung des Parlaments eine Vorlage einzubringen,

die eine Altersversicherung für alle vorsieht, die das 65. Lebensjahr erreicht haben. Von sonstigen Meinungsäusserungen des Parteitags selber ist noch die Erklärung hervorzuheben, dass der Versuch die Arbeiterbewegung als Gegnerin der Religion hinzustellen eine bewusste Verdrehung der Wahrheit sei.

Der 8. Parteitag der *L. P.* hat seine Arbeiten mit ebenso viel Entschlossenheit wie politischem Takt erledigt. Obgleich immer noch ohne offizielles Programm, hat die Partei gezeigt, dass sie bewusst sozialistisch wirkt. Nachdem die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese lange bestehende Tatsache gelenkt ist, wird man auch bei uns auf dem Kontinent aufhören müssen die englische Arbeiterklasse als nichtsozialistische der deutschen sozialdemokratischen gegenüber zu stellen. Man wird aber gleichzeitig sich vor dem Fehler einer politisch ungeschulten Presse in acht nehmen müssen nun in das andere Extrem zu verfallen und von der angeblichen Schwenkung der englischen Arbeiterpartei eine Änderung ihrer Praxis und ihrer Tonart zu erwarten. Was man bei uns — sehr mit Unrecht — als ein Kennzeichen einer sozialistischen Partei ansieht: die Intransigenz in der eigentlichen Politik, die absolute Ablehnung des Zusammenarbeitens mit der Regierung und den übrigen Parteien, ist in England unmöglich. Die Partei ist festgewurzelt und gross geworden in produktiver Tätigkeit. Ihre 31 Abgeordneten haben einen viel stärkeren Einfluss auf die Politik als ihre blosse Zahl vermuten lässt. Sie gehen mit ihren Forderungen stets bis an die Grenze des Erreichbaren, überschreiten diese Grenze aber nie. Durch ihre Einfügung in den politischen Rahmen Englands versteht die Partei es, wie es in ihrem Jahresbericht heisst, für eine gewisse Gruppe von Interessen stets die Beachtung des Parlaments zu erzwingen, sie verhindert durch ihre unabhängige Haltung die Vernachlässigung von Interessen, deren Berücksichtigung sonst den anderen Parteien unbequem wäre.

×
Frankreich: Das innere Leben der französischen Partei scheint sich in immer erneuten Zwistigkeiten und Ausschlussanträgen zu erschöpfen: eine Tatsache, die bei den historischen Beziehungen des französischen Sozialismus im allgemeinen und namentlich seit der nicht organisch gewachsenen sondern von aussen her sug-

gerierten Einigung auseinanderstrebender Elemente nicht so befremdlich erscheint. Es sind an dieser Stelle des öftern die Folgen jener Einigung und der dadurch bewirkten Konzessionen an den *linken Flügel* dargelegt worden. Die Abstossung gerade der fähigsten Elemente von der Gesamtpartei macht immer weitere Fortschritte. Der neueste Fall ist hervorgehoben durch die Tätigkeit des Abgeordneten Breton, dem vom *Nationalrat* der Partei eine »zu unabhängige Haltung« vorgeworfen wird. Es ist immer wieder das Verbrechen der *Disziplinlosigkeit*, das die Genossen so aufbringt, deren Tätigkeit sich eben in der Aufrechterhaltung einer äussern Disziplin erschöpft. Man kann indes eine Unterordnung der eigenen Einsicht unter den Gesamtwillen einer Partei nicht mehr verlangen, wenn dieser Gesamtwillen von einer kleinen (nur durch die Zughaftigkeit und Nachgiebigkeit der anderen mächtigen) Gruppe terrorisiert wird. Der *Grossstadtradikalismus* einer Schaar Unverantwortlicher kann keine Autorität über die politische Auffassung eines so alterfahrenen Sozialisten und Parlamentariers wie Breton beanspruchen. Breton war stets ein sehr mutiger Reformist, der — in Gegensatz zu mancher sonst geübten Praxis — nie mit seiner Meinung hinter dem Berge hielt und vor den sogenannten *Revolutionären*, die die Partei regieren, gar keine Furcht hat. Sein Disziplinbruch besteht darin, dass er entgegen einem allgemeinen Beschluss für das Gesamtbudget in der Kammer gestimmt hat, dass er ferner in der Kammer eine neue Gruppe gebildet hat: die *Republikanische Gruppe für soziale Reformen*. Die Anklage lautete also auf »Annäherungs- und Einigungsversuche den bürgerlichen Gruppen der Kammer gegenüber«. Breton erkennt in der Tat, dass die Sozialisten mit dem Ausscheiden aus dem früheren Block sich selber zur Ohnmacht verurteilt haben, und er sucht zu einem Teil die Politik in die verlassenen Bahnen zurückzulenken. Seine Anschauungen über die Budgetbewilligung kennen die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* aus seinem im vorigen Heft (pag. 152 ff.) veröffentlichten Artikel über dieses Thema. Dass die einleuchtende Logik der Beweisführung auf *Revolutionäre* keinen Eindruck macht, kann nicht wundernehmen. Der *Nationalrat* der Partei beschäftigte sich am 19. Januar mit der Sache. Genosse Bracke, der ewige Verteidiger des Formalismus, wollte ein Exempel sta-

tiert sehen und verlangte den Ausschluss des Angeklagten. Jaurès trat für ihn ein. Er versuchte, wie stets in letzter Zeit, durch eine halbe Beugung vor der *revolutionären* Schablone mildernde Umstände für Breton zu erwirken. Was er zur Sache selber sagte, war, wie bei einem Jaurès selbstverständlich, sehr klug und sehr zutreffend. Recht geschickt war namentlich der Hinweis auf die deutsche Sozialdemokratie, die ihre Dresdener Resolution zuerst nach Amsterdham verpflanzt hat, die Budgetbewilliger in den einzelnen Landtagen aber ruhig in ihren Reihen liess, auf die Tatsache, dass der Stuttgarter internationale Kongress »unter dem Schutz einer sozialdemokratischen Budgetbewilligung getagt« habe. Auf Antrag Renaudel beschloss der *Nationalrat* von einem Ausschluss vorderhand abzusehen, aber dem nächsten Parteitag diesen Ausschluss vorzuschlagen. Genosse Breton, der durch die ganze Exkommunikationskampagne keineswegs aus der Fassung gebracht war und nicht im geringsten gesonnen ist seine Haltung zu modifizieren, gab die Zusicherung ab, dass er auf dem nächsten Parteitag persönlich seine Sache vertreten werde. Man steht also wieder vor einer Abspaltung. Denn, wenn Breton geht, so werden andere ihm wahrscheinlich folgen, und das wird schliesslich zur Auflösung der Einheit führen, die nur einem sehr labilen Gleichgewicht verschiedenartiger Tendenzen ihr Bestehen verdankt.

×
Italien: Ferris Nach aussen überraschend
 Rücktritt

×
 kam der plötzliche Rücktritt des Genossen Ferris von der Chefredaktion des *Avanti*. Seine Ursache hat er zum Teil in den persönlichen Verhältnissen Ferris, der jetzt eine Amerikareise antritt. Ferris politische Stellung war nicht mehr die gleiche wie nach Bologna, als die *revolutionäre* Fraktion unter seiner Leitung den Sieg über die reformistische davongetragen hatte. Vieles hat sich in letzter Zeit geändert. Die ehemaligen Schüler Ferris haben sich inzwischen als Syndikalisten entpuppt, sie haben ihren Lehrer wild angegriffen und Sturm gegen die ganze Partei geblasen. Die Partei selber hat den Weg zum Reformismus wieder gefunden: in Rom siegte die integralistisch-reformistische Fusion. In seinem Abschiedsartikel im *Avanti* gibt Ferris den Sieg des Reformismus offen zu, ja er spricht von einer möglichen Koalition der bürgerlichen Linken mit der Sozialdemokratie, die dann an

der Regierung teilnehmen müsste. Ob seine Prophezeiung in Erfüllung gehen wird, mag dahingestellt sein. Sie kennzeichnet jedenfalls den jetzigen Seelenzustand der italienischen Partei. Ferri lässt den *Avanti* in einer sehr schlechten finanziellen Position zurück. Worauf er sich früher immer so zu gute tat: dass er die Zeitung aus dem Schiffbruch der reformistischen Redaktion gerettet hätte, erwies sich als blasse Phantasterei eines im Vorjahr entlassenen Geschäftsführers. Das Defizit des Blattes ist unter der Leitung Ferris vielmehr ganz enorm gestiegen. Die Partei hat jetzt beschlossen es durch eine Extrasteuer der organisierten Genossen und durch Ausgabe von Anteilscheinen zu decken, endlich auch die Unterstützung der Gewerkschaften zu erbitten.

Zum Nachfolger Ferris in der Chefredaktion wurde der Parteisekretär und Abgeordnete Morgari (Integralist) gewählt, als Parteisekretär an seine Stelle der Genosse Lerda. Dies geschah auf einer Konferenz des Parteivorstandes, die vom 3. bis zum 5. Februar in Rom abgehalten wurde, und die auch noch in anderen Dingen einige erwähnenswerte Beschlüsse gefasst hat. In der Kolonialfrage wurde gegen die Politik der Regierung in Afrika Stellung genommen, aber gleichzeitig die Wichtigkeit der Frage und die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik für die kapitalistische Entwicklung anerkannt. Bei der Frage der Stellung der Partei zu den Gewerkschaften suchten die *Revoluzionäre* gegen die Taktik der reformistischen *Confederazione del Lavoro* scharf zu machen und sprachen in der auch in Deutschland bekannten Manier von *Tradeunionismus* und *Versumpfung*. Als besonders verdächtig bezeichneten jene *Nurklassenkämpfer* das entschiedene Bekenntnis der *Confederazione* zur reformistischen Kleinarbeit und gegen jeden Anarchosozialismus. Die Parteileitung bestätigte gleichwohl schliesslich die Florentiner Beschlüsse (vergl. pag. 58), betonte aber ausdrücklich, dass sie in ihren Beziehungen zu den Gewerkschaften der vom letzten Parteitag vorgeschriebenen integralistischen Taktik treu bleiben werde. Dann wurde noch über das Vorgehen der Partei bei den nächsten Wahlen gesprochen. Es wurde wie gewöhnlich beschlossen im Prinzip überall selbständig vorzugehen; doch wird die freie Entscheidung der Wahlkreise anerkannt. Für eventuelle Wahlbündnisse werden eine Reihe von Bedingungen an die bür-

gerlichen Kandidaten vorgeschrieben. Derartige allgemeine Vorschriften pflegen das gemeinsame Merkmal zu haben, dass die als Ausnahme zugelassene Transigenz die Neigung hat zur Regel zu werden: es kommt eben immer auf das *gegebenenfalls* an.

Einige Tage vor der Vorstandskonferenz tagte in Rom der Kongress der Eisenbahnerorganisation. Es wurde da viel über den *Verrat* der *Confederazione* (vergl. pag. 58-59) geklagt. Trotzdem wurde der Anschluss des Verbandes an eben diese *Confederazione* beschlossen. Damit ist die syndikalistische Bewegung so ziemlich ihres letzten Rückhalts beraubt; in Ferrara ist sie am Ende, nur noch in den Provinzen Piacenza und Parma fristet sie ihr Dasein. Der nächste Parteitag, auf dem Ferri fehlen wird, wird wahrscheinlich den Abgang des Restes derjenigen bringen, deren *revolutionäre* Grossmannsucht er selber grossgezogen hat, die dann über ihn hinauswuchsen und seine Politik diskreditierten. Obwohl Ferri mit schuld ist an den syndikalistischen Wirrungen, die die Partei eine Zeitlang völlig lahm zu legen drohten, bedeutet doch seine Demission einen grossen Verlust für die Partei. Ferri ist auf jeden Fall ein Mann von Bedeutung, eine grosse Arbeitskraft und eine die Öffentlichkeit interessierende Persönlichkeit. Er hat in früheren Jahren sicherlich das Prestige der italienischen Partei erhöht. Deshalb ist jetzt die reaktionäre Presse auch sehr froh über seine Abreise. Es ist indessen anzunehmen, dass seine Entfernung vom Parteileben nur vorübergehend sein wird.

× **Russland:** Die russischen Sozialisten, **Syndikalismus** von denen ein Teil seine

Mission als unvollkommen gelöst betrachten würde, wenn er irgend eine der westeuropäischen Modeströmungen unbeachtet liesse, haben sich jetzt auch des Syndikalismus bemächtigt. Wenn die uralten Gedankengänge des Syndikalismus nach der Meinung des Professors Sombart als eine »neue Strömung im Sozialismus« anzusehen sind — es ist übrigens zuzugeben, dass sie theoretisch und psychologisch interessanter sind als das gedankenträge Einerlei des sonst üblichen *Radikalismus* —, so wären die Russen in ihrem Eifer wie stets im Sozialismus voran. Das Abebben der politischen Freiheitsbewegung begünstigt allerhand *Doktrinarismus*; freilich muss man von manchen russischen Sozialisten

sagen, dass sie selbst in den Tagen einer entfesselten Revolution mehr Eifer für derartige Streitigkeiten als für konzentriertes Handeln an den Tag legten. Jetzt sind also nahezu alle grösseren Arbeiten der syndikalistischen Theoretiker Westeuropas ins Russische übersetzt, und obendrein hat man noch ein besonderes Buch zusammengestellt, in dem die französischen Syndikalisten Berth, Lagardelle, Pouget, Sorel und Hervé die verschiedenen syndikalistischen Probleme behandeln und ihre grosse Bedeutung gerade für Russland darlegen. Nach Pouget könnte eine »machtvolle syndikalistische Bewegung« die Reaktion in Russland aufhalten. Dass selbst in Frankreich trotz der persönlichen Wirksamkeit Pougets die syndikalistische Bewegung praktisch nichts als Misserfolge gehabt hat und von irgend einer Macht weit entfernt ist, beirrt den Ratgeber anscheinend nicht. Ganz abgesehen von der weitergehenden Frage — die als politische einen Syndikalisten natürlich nicht zu kümmern braucht —, was denn der Syndikalismus mit seinen wirtschaftsstörenden Tendenzen gerade in Russland bewirken könnte, das in seiner politischen Entwicklung auf eine Kooperation der Klassen angewiesen ist. In der Tat bedeutet er nicht eine Stärkung sondern eine Schwächung der freiheitlichen Energie. Die Isolierung der Arbeiterklasse, eines der Hauptmerkmale des Syndikalismus und für Frankreich die Quelle ihrer politischen Machtlosigkeit, bringt in Russland erst recht eine Befestigung der Reaktion. Indes, man muss sich damit abfinden, dass der russische Sozialismus mit russischer Debattiergründlichkeit alle Episoden des westeuropäischen festhält und vertieft. Möglich, dass eine Zeit des wiedererwachenden politischen Lebens alle diese Spielereien fortschwemmt, möglich aber auch, dass sie gerade dann zu *prinzipiellen* Unterschieden vertieft werden und die Ausnutzung der Politik wieder unmöglich machen.

× ×
Kurze Chronik Der Vorstand der amerikanischen *S. P.* hielt am 14. und 15. Dezember in Chicago eine Sitzung ab, die sich mit der Frage der asiatischen Einwanderung beschäftigte. Es wurde nach einer lebhaften Diskussion folgende Resolution angenommen: »Der Nationalvorstand konstatiert, dass es immer als ein Grundsatz der internationalen sozialistischen Bewegung gegolten hat, dass der inter-

nationale Kongress nicht befugt ist die Taktik der nationalen Parteien zu bestimmen. Insbesondere ist er nicht in der Lage dies in der Frage der Einwanderung zu tun, da die grosse Mehrheit der Delegierten Länder vertreten, in denen es keine Einwanderungsfrage gibt. Der Nationalvorstand ist der Meinung, dass die sozialistische Bewegung in Amerika zurzeit gegen die asiatische Einwanderung Stellung nehmen muss.« Dieser Beschluss, der seine Spitze gegen den in Stuttgart gefassten richtet, ist von grosser Wichtigkeit. Es wird davon in dieser Zeitschrift noch weiter die Rede sein. × Die württembergischen Gemeindegewahlen brachten der Partei 26 Mandate; davon sind 20 neuer Zuwachs. × Auch die sächsische Regierung sieht sich zu einem Zugeständnis an die Forderung veranlasst Arbeiter ohne Ansehen der Parteirichtung an der Rechtsprechung teilnehmen zu lassen: in Dresden sind zwei Genossen, Starke und Holz, zu Schöffnen ausgelost worden. Über eine ährliche Praxis in Westdeutschland wurde bereits berichtet; es fungiert jetzt dort unter anderen Genosse Hue als Geschworener. × In der Brüsseler *Université Nouvelle* hielt Genosse *Eduard Bernstein* unter grossem Zudrang der Studentenschaft einen Vortragszyklus über das Thema *Streiks und Aussperrungen in Deutschland* ab. Im Anschluss daran sprach er noch in einer öffentlichen Versammlung über den Wahlrechtskampf in Preussen. × Die finnischen sozialdemokratischen Journalisten beschlossen einen Verein zu gründen, der sich den Gewerkschaften angliedern soll. × Die jüdische sozialistische Presse in Russland, die eine Zeitlang ein reiches Leben führte, ist von der Regierung jetzt fast gänzlich ausgerottet. Als Organ des *Bundes* erscheinen zurzeit nur noch unperiodische kleine Hefte in russischer Sprache, also fast ohne Bedeutung für die jüdischen Massen. Es ist zu hoffen, dass bald neue Blätter geschaffen werden können, in jüdischer Sprache, die ihnen verständlich ist.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Bezirkskonsumvereine Ein neues Wort für eine schon längst im Werden begriffene Sache. Der es zum erstenmal brauchte, war der Geschäftsführer Vieth des jungen, so ausserordentlich rasch zu hoher Blüte gelangten Bremerhavener Konsumvereins. Und zwar geschah dies auf dem

letztjährigen Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine, wo Vieth in einem Referat den bewussten Ausbau der Bewegung in dieser bereits von einer Anzahl Konsumvereine beschrittenen Richtung empfahl. Die allgemeine Konzentration des Wirtschaftslebens und die dadurch bedingte erhöhte Leistungsfähigkeit nötigt auch die Konsumvereine immer mehr jede schwächende Zersplitterung zu vermeiden. Und zwar nicht nur die Zersplitterung, die sich in der Gründung mehrerer Vereine an einem Orte äussert, sondern auch die, die an einer Anzahl benachbarter Orte je ein Vereinchen sich kümmerlich durchs Leben schlagen lässt, während ein grosser Verein, der an jedem dieser Orte eine oder mehrere Filialen hätte, eine wirtschaftliche Macht ersten Ranges darstellen würde, die jeder Konkurrenz gewachsen wäre.

Der Bremerhavener Verein selbst hat sich unter dem Zwang der Verhältnisse zu einem solchen Bezirkskonsumverein entwickelt. Er hat in mehreren bis zu 55 km entfernten Ortschaften 8 Filialen errichtet, in denen er im letzten Jahre zusammen einen Umsatz von rund 900 000 M., das ist 40 % seines Gesamtumsatzes erzielte. Trotz der ziemlich hohen Transportspesen (4500 M.) bedeuten diese Filialen für den Verein doch einen Gewinn, denn sie ermöglichen ihm in grösseren Quantitäten, dadurch billiger, besser und seinerseits mit geringeren Frachtspesen einzukaufen. Für jene Ortschaften aber liegt der Vorteil auf der Hand: er besteht in der Ersparnis eines ganzen eigenen kostspieligen Verwaltungsapparats und in dem gemeinsamen Einkauf mit einer grossen leistungsfähigen Zentrale.

Ein Bedenken freilich muss einer solchen Entwicklung entgegengestellt werden: die Verkümmern der Demokratie, der Selbstverwaltung. Die Mitglieder solcher entfernterer Ortschaften können selbstverständlich nur in geringem Massstabe an den Generalversammlungen teilnehmen, und so bleiben sie ohne den ihnen gebührenden Einfluss auf die Gestaltung des Vereins. Leider steht ja auch unser Genossenschaftsgesetz der Ausbildung eines eigentlichen Delegiertensystems hindernd im Wege. Herr Vieth hat nun ein Statut für Bezirkskonsumvereine ausgearbeitet, das diesem Übelstande abzuwehren sucht, und das auch die Zustimmung des Bremerhavener Registrirung gefunden hat. Dieses Statut schiebt

zwischen Aufsichtsrat und Generalversammlung eine neue Körperschaft, den *Genossenschaftsrat*, ein, der aus dreimal so viel Mitgliedern bestehen soll als die Genossenschaft Verkaufsstellen hat, und zu dem jeder Ort respektive jeder Bezirk die der Zahl seiner Verkaufsstellen entsprechende Zahl von Vertretern zu wählen hat. Diesem Genossenschaftsrat sollen nun alle Aufgaben zugewiesen werden, die nicht gesetzlich dem Aufsichtsrat oder der Generalversammlung vorbehalten sind, — wie die Überwachung der Geschäftsführung, die Genehmigung der Bilanz, die Beschlussfassung über die Verteilung von Gewinn oder Verlust usw. —, er soll vierteljährlich zusammenkommen und unter Zuziehung von Vorstand und Aufsichtsrat über alle sonstigen wichtigen Angelegenheiten der Genossenschaft beraten und entscheiden. So kämen also alle Mitglieder gleicherweise zu ihrem Rechte. Um freilich die Masse der Genossenschaftsmitglieder auch zur wirklichen Teilnahme am fruchtbaren genossenschaftlichen Leben heranzuziehen, bedarf es mehr; bedarf es eines engen Konnexes zwischen Genossenschaftsrat und Mitgliedern, Bezirksversammlungen, Kursen, geselligen Zusammenkünften usw. Diese Seite der Aufgabe hat in dem Bremerhavener Statut, das ja auch nur als Grundlage für weitere praktische Erfahrungen gedacht ist, noch keine Berücksichtigung gefunden. Dass die Idee bereits auf fruchtbaren Boden gefallen ist, beweist die kürzlich stattgefundenen Zusammenkunft von Vertretern aus 10 Ortschaften, die sich mit der Gründung eines Bezirkskonsumvereins für Heideberg und Umgegend befassten.

× **Offenbach** Die vorzeitige Inangriffnahme weitergehender Unternehmungen hat die

Offenbacher Konsumgenossenschaft in eine ziemlich schwere Krisis gestürzt, die aber jetzt glücklich als überwunden angesehen werden darf. Der Offenbacher gehört zu den im genossenschaftlichen Begeisterungsrausch der Jahrhundertwende gegründeten Konsumvereine. Er hatte bis zum Schluss des 5. (vorletzten) Geschäftsjahres die im Vergleich zur Bevölkerung respektable Grösse von 2114 Mitgliedern und einen Jahresumsatz von 404 549 M. erreicht. In dem Streben nach möglichst rascher Erreichung der genossenschaftlichen Ideale hatte in dessen die Verwaltung sich nicht mit dem

Vertriebe von Kolonialwaren usw. genügen lassen, sondern sehr bald eine Bürstenwerkstatt, ein Manufakturwarengeschäft und ein Schuhwarengeschäft mit Reparaturwerkstatt eröffnet. Die Errichtung einer Bäckerei war gleichfalls bereits in Aussicht genommen. Alle diese Geschäfte erwiesen sich jedoch als durchaus unrentabel. Die Bürstenwerkstatt, wie der Geschäftsführer in einem Rechtsfertigungsschreiben angibt, hauptsächlich infolge der unzulänglichen Leistungen der Gehilfen, die es im Durchschnitt nur auf 2500 Loch täglich brachten, während die sonst übliche Tagesleistung, die auch von den selben Gehilfen nach Übergang des Betriebes in Privatbesitz sofort erreicht wurde, 3500 bis 4000 Loch ist.

So kam es, dass die innere Geschäftslage des Vereins, der nach aussen hin — der bekannte Fehler! — mit Ach und Krach immer noch die gleiche Dividendenverteilung von 5 % aufrecht erhielt, sich immer mehr verschlechterte. Bis schliesslich das letzte Jahr, in dem der Verein durch zu billigen Brotverkauf noch grössere Verluste erlitten hatte, die Katastrophe brachte. Ein zunächst noch herausgerechneter kleiner Überschuss entpuppte sich bei einer Nachinventur sogar als ein nicht unerhebliches Defizit, das die Inanspruchnahme des Reserve- und Dispositionsfonds und eine Abschreibung von je 6 M. an den Geschäftanteilen notwendig machte.

Erfreulich in der ganzen Angelegenheit ist die vorzügliche Haltung der Mitglieder, die sich von den Hetzartikeln in den gegnerischen Zeitungen, die die Verluste natürlich ins Masslose vergrösserten, nicht irre machen liessen, sondern treu zu ihrem Verein hielten und allen Sanierungsmassnahmen verständlich zustimmten. Wie in der kürzlich abgehaltenen ausserordentlichen Generalversammlung mitgeteilt werden konnte, sind nur 69 Austritte, davon mehrere wegen Wegzugs zu verzeichnen, denen 34 Eintritte gegenüberstehen. Die zur Sanierung nötigen Schritte sind natürlich sofort in die Wege geleitet worden: das Schuhwaren- und das Manufakturgeschäft sind mit nicht allzu grossen Verlusten abgestossen worden (mit der Bürstenwerkstatt war dies schon früher geschehen), die Hauptgläubiger haben 20 % Nachlass gewährt, und da die Genossenschaft zu günstigen Bedingungen 25 000 M. geliehen bekommen konnte, so ist wohl zu hoffen, dass das Offenbacher

Schifflein bald wieder flott werden wird. Immerhin bilden die Vorgänge eine ernste Warnung; sie beweisen ähnlich wie der Connewitzer Fall, dass auch die Genossenschaft nicht in die Höhe bauen kann, ehe das Fundament wirklich festgelegt ist.

× **Kurze Chronik** In dem Kampfe gegen den Verband der Fabrikanten von Markenartikeln haben die Konsumvereine einen Teilerfolg errungen. Die Verbandsleitung teilte am 17. Januar der G. E. G. mit, dass das Verkaufsverbot über sie aufgehoben sei. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, dass das Ganze nur ein Manöver zur Isolierung der G. E. G. ist, weshalb die letztere ihre Mitglieder vor direktem Einkauf bei den Markenartikelfabrikanten warnt und sie auffordert alles nur durch ihre Vermittlung zu beziehen. × Die G. E. G. hat mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen einen Tarifvertrag auf 2 Jahre abgeschlossen, durch den die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden, im Hauptkontor in Hamburg Sonnabends auf 6 Stunden, das Mindestgehalt für männliche Angestellte auf 1800 M. steigend in 8 Jahren auf 2100 M. und das für weibliche auf 900 M. steigend in 8 Jahren auf 1620 M. festgelegt wurde. Ausserdem sind für sämtliche Angestellte jährlich eine, nach fünfjähriger Tätigkeit 2 Wochen Ferien vorgesehen. × Die sächsischen Konservativen haben im Landtag ihren fälligen Antrag auf Einführung einer landesgesetzlichen Umsatzsteuer für Konsumvereine und Warenhäuser eingebracht. × Der Leeder Konsumverein hat für seine Mitglieder eine grosse mit allen modernen technischen Errungenschaften ausgestattete Dampfwascherei errichtet. × In Belgien gab es Ende 1906 2582 Genossenschaften, darunter 630 Konsum-, 209 Produktiv-, 21 Wohnungsgenossenschaften, 52 gewerbliche und 1302 landwirtschaftliche Kreditvereine. × Auf der letzten Generalversammlung der englischen Versicherungsgesellschaft wurde mitgeteilt, dass bereits 45 Konsumvereine mit 74 907 Mitgliedern das System der Kollektivversicherung ihrer Mitglieder (gegen Todesfall) adoptiert hätten. × Der Angestelltenverband des Luzerner Konsumvereins hat die Errichtung eines Ferienheims in einem hochgelegenen Gebirgstälchen im Kanton Nidwalden beschlossen.

Bildungsbewegung / Franz Lindheimer

Moralunter- Das Programm der deut-
richt schen Sozialdemokratie führt in seinen nächsten

Forderungen unter 6 die »Erklärung der Religion zur Privatsache« und unter 7 die »Verweltlichung der Schule«. Letztere Forderung schliesst die der Beseitigung des Religionsunterrichts in sich. Damit ist nicht gesagt, dass an Stelle der Religion nun die Moral Staats- oder Gesellschaftssache werden soll, und die Forderung eines Moralunterrichts ist nichts weniger als eine sozialdemokratische. Wir suchen die Ursachen der gesellschaftsbildenden und -entwickelnden Vorgänge nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie. Konsequenterweise lassen wir die Moral Privatsache sein, unsere Gesellschaftssache ist und bleibt die Arbeit, und wir ersetzen den fortfallenden Religionsunterricht durch den Arbeiterunterricht, das ist: die Erziehung zur Arbeit durch die Arbeit. In einer zur Arbeit erziehenden und erzeugenden Gesellschaft muss der Satz F. Th. Vischers »Das Moralische versteht sich immer von selbst« breite historische Geltung erlangen. »Körperliche Arbeit als Grundlage der Erziehung, auch der geistigen und sittlichen« ergibt sich, wie unser Genosse Heinrich Schulz in *Sozialdemokratie und Schule* /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ sagt, als das »eigentliche charakteristische Kennzeichen der sozialistischen Erziehung. Dieses Kennzeichen unterscheidet die sozialistische Erziehung grundsätzlich von der bürgerlichen, die den Begriff der Arbeit nicht kennt und darum auch nicht aus der Arbeit sondern aus der Spekulation ihre Moralbegriffe herleitet.«

Wie sehr Idee und Praxis des Arbeitsunterrichtes mit der sozialistischen Anschauung und Wirtschaft verwachsen sind, haben wir in dieser Rundschau (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 1. Band, pag. 339, und 1907, 2. Band, pag. 1051) mehrmals betont. Dagegen ist die Idee des Moralunterrichts ein Produkt bürgerlich-liberalen Geistes. Die Forderung durch Moralunterricht den Religionsunterricht zu ersetzen wird von gewissen Kreisen der bürgerlichen Intelligenz eifrig vertreten, sie ist in einem Blatte wie die *Ethische Kultur* heimisch, in deren zweitem Januarheft die Frage *Religions- oder Moralunterricht?* von Dr. Machetes behandelt wird. Dass diese Forderung den Unwillen der kir-

chenfreundlichen Machthaber erregt, kann uns nicht hindern sie jenen bürgerlich-liberalen Gedanken zuzuzählen, die die Fühlung mit der materiellen Entwicklung in solchem Masse verloren haben, dass sie keine Stufe der geistigen sein können.

Sehen wir aber ab von der Richtung des geschichtlichen Werdens, so finden wir, dass heute, wo die Form der Gesellschaft der Zusammensetzung ihres Stoffes so schlecht entspricht, die moralpädagogische Bewegung sehr wohl etwas bedeuten kann. Sie ist in dieser Epoche gewaltigen Stillstands gewissermassen bodenständig und kann in ihr das Geistige, wenn auch nicht vorwärtsentwickeln, so doch erweitern. Sie kann! In Deutschland scheint sie es allerdings nicht tun zu wollen. Gewiss gibt es in der deutschen Bewegung Köpfe, die begreifen und es klar aussprechen, dass der geforderte Moralunterricht nicht ein anderer Religionsunterricht sein oder werden darf. In den *Mitteilungen des Deutschen Bundes für weltliche Schule und Moralunterricht* sagt Dr. I. Lewy, es dürfte den Anhängern der Bewegung bekannt sein, dass die Moral »von allen mythischen und mythologischen, konfessionellen und religiösen Voraussetzungen unabhängig sein soll«, und er verlangt für die anzu Erziehende Moral eine Basis von Wissenschaft und Solidarität an Stelle einer solchen von Mythos und Autorität. Indes, im allgemeinen wird der Religionsunterricht gerade aus religiöser Gesinnung verworfen, die sich gegen seine verflachend wirkende Äusserlichkeit empört, und das Bild der auf Ersetzung des Religionsunterrichts durch den Moralunterricht abzielenden Bewegung ist das einer religiösen Strömung. Der Redakteur der *Ethischen Kultur* und der genannten *Mitteilungen*, Rudolf Penzig, sagt in seinem Buche *Ohne Kirche* /Jena, Diederichs/, die Forderung der »Ersetzung des Religionsunterrichts durch unabhängige sittliche Bildung« zeige den »unaufhaltsamen Drang der neuen Menschheit nach einem Heimischwerden auf dieser Erde und in der gegebenen Welt«. Aber sogleich hinterher heisst es: »Dass der echt Religiöse auch der wahrhaft Sittliche und die im höchsten Sinne schöne Persönlichkeit ist, bestreitet niemand.« Anders, scheint es, läuft die moralpädagogische Bewegung in England. Man lernt die Verhältnisse jenseits des Armeekanalens aus dem Buch *Zum Moralunter-*

richt, ausgewählte Kapitel aus englischen Lehrbüchern, von Emily Altschul /Wien, Hartleben/ etwas näher kennen. Diese englischen Moralerzieher haben recht eigentlich ein Kolumbusei entdeckt: sie lassen den Religionsunterricht Religionsunterricht sein und betreiben ihre Sache als eine mit ihm sich nicht berührende. Die sozialen Momente der Menschlichkeit und Gerechtigkeit und das wissenschaftliche der Naturerkenntnis, die auch in der deutschen Bewegung vorhanden sind, gelangen in der englischen Praxis, wo alle religiösen Untertöne fehlen, zu gesteigerter Wirkung. Es weht aus diesen Lesestücken eine grosse Einfachheit. Sie ist nicht allein aus der Schlichtheit des sprachlichen Ausdrucks zu erklären, sondern stammt von der Strenge der dahinter stehenden Gesinnung her. Die englische Bewegung ist erfolgreich. Sie nahm allerdings ihren Ausgang von einer 1878 an die Schuldirektoren erlassenen Anregung der obersten Behörde, aber, wenn heute der Moralunterricht obligatorisch für alle Volksschulen von England und Wales ist, so ist dieses Resultat der agitatorischen Tätigkeit der 1897 gegründeten Liga für Moralunterricht zu danken. Interessant ist auch die Mitteilung der Übersetzerin, dass durch die freudige Zustimmung der Jugend, die den neuen Unterrichtszweig mit Begeisterung aufnimmt, sich das Eindringen der Moralunterweisung in die Schulen zu einem wahren Triumphzuge gestaltet. Ähnliche Kunde ist noch aus keinem Lande über den Religionsunterricht gekommen.

In Frankreich zeigt die moralpädagogische Bewegung wieder ein anderes Gesicht. Dort hat der Moralunterricht den Religionsunterricht längst aus den Staatsschulen verdrängt, wobei er ihn anfangs in sich aufnahm. Seit einer Reihe von Jahren unterbleiben aber die religiösen Unterweisungen. Die französische Bewegung ist trotzdem im Religiösen gleichgültiger als die deutsche, sie hat immer einen deutlichen politischen Anstrich gehabt und auch den Religionsunterricht mit den Augen der Politik betrachtet. Es gab Zeiten, wo sie patriotisch-chauvinistisch auftrat, heute ist sie der Friedensidee gewonnen und antiklerikal.

× ×
Kurze Chronik In Berlin und Charlottenburg tagte am 10. November die 1. freistudentische Konferenz, die von mehr

als 500 Studierenden beider Geschlechter besucht war. Die Eröffnungsrede des Referendars Guttmann-Berlin betonte den Wert der Selbsterziehung für die Lösung der der Studentenschaft im modernen Leben gestellten Aufgaben. Hierzu solle die Konferenz den Weg weisen. Es sprachen alsdann: Privatdozent Dr. Ohrmünchen über *Student und öffentliches Leben*, Gewerkvereinssekretär Erkelenz-Berlin über *Arbeiter und Akademiker*, Ingenieur Wagner-München über *Studentische Arbeiterunterrichtskurse*, Oberlehrer Dr. Behrend-Berlin über *Grundsätze eines neuen Studententums*, Dr. Eggers-Bremen und Professor Schleich-Berlin über *Abstinenz und Körperkultur* sowie Dr. Blaschko als Generalsekretär der D. G. B. G. über das Thema *Student und sexuelle Frage*. × Am 15. Oktober wurde die neue Berliner Stadtbibliothek eröffnet. Sie zählt 80000 Bände. Im Lesesaal ist eine aus allen Gebieten der Literatur zusammengesetzte Handbibliothek aufgestellt. Die gesamte Bibliothek steht den Einwohnern Berlins ohne besondere Formalitäten, ohne Beibringung von Bürgschaften und Gebühren zur Verfügung. Ein erfreulicher Grundsatz, der hoffentlich die Inanspruchnahme fördern wird.

× ×
Literatur Eine höchst ansehnliche Summe von Erfahrungen und Gedanken ist in dem von Adele Schreiber unter Mitarbeit zahlreicher Fachleute herausgegebenen Sammelwerke *Das Buch vom Kinde* /Leipzig, Teubner/ niedergelegt. Es ist wohl kaum eine der wichtigen das Kind und seine Erziehung angehenden Fragen unbehandelt geblieben. Der umfangreiche Band ist mit zeichnerischem Schmuck von Fidus und Viotor versehen, der sich nebst vielen Abbildungen und Tafeln in verständnisvollster und ansprechendster Weise dem Texte einfügt, so dass das Ganze sich als ein prächtiges und gediegenes Werk darstellt. Die beinahe 100 Abhandlungen erstrecken sich auf die Gebiete der Körper- und Seelenkunde, der häuslichen und öffentlichen Erziehung, die gesellschaftliche und rechtliche Lage der Jugend, die Berufswahl und anderes mehr. Die einzelnen Abhandlungen enthalten vielfach Literaturnachweise und haben durchgängig den Wert einer fachgemässen sorgfältigen Einführung. Das öffentliche Schulwesen wird von Theobald Ziegler, Tews, Duncker, Ziehen, Bäumer und anderen be-

handelt, wobei es an kultureller und sozialer Kritik nicht fehlt. Tews insbesondere hält in seiner Abhandlung über das Volksschulwesen mit der Ansicht nicht zurück, dass die Besitzenden und die Kirche sich durch erhöhte Volksschulleistungen bedroht sehen, dass deswegen in den einflussreichen Kreisen die Beurteilung der Volksschule »zumeist tatsächlich noch weit unfreundlicher ist, als es nach den offiziellen politischen Programmen und Proklamationen den Anschein hat«. Gegenüber den Bildungsanstalten für die mittleren und höheren Volkskreise erscheine die Volksschule »immer mehr oder weniger als ein erweiterter Kinderhort, der mehr erzieherische als unterrichtliche Aufgaben zu lösen hat, mehr passive Tugenden als aktive Kräfte hervorzubringen berufen ist«.

WISSENSCHAFT

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Andromedanebel Der Andromedanebel, der grosse, bei klarer Luft schon mit unbewaffnetem

Auge erkennbare Nebelfleck im Sternbild der Andromeda, der seit nunmehr 300 Jahren den abendländischen Astronomen bekannt und von ihnen vielfach beobachtet und beschrieben ist — im Morgenlande finden wir ihn bereits im 10. Jahrhundert von dem persischen Hofastronomen Abd-al-Rahman al Süfi als ein wohl bekanntes Gebilde erwähnt —, bildet für die Astronomen noch immer ein Objekt des eingehendsten Studiums. Zunächst steht die Frage nach dem Bau des Nebels im Vordergrund des Interesses. Seine eigentliche Struktur konnte erst näher erkannt werden, als vor zwei Jahrzehnten Roberts durch photographische Aufnahme die Spiralform des Nebels entdeckte. Im Hinblick auf etwaige Veränderungen, die die Struktur im Laufe der Zeit erleidet, die aber sicherlich um so langsamer erkannt werden können, je entfernter der Nebel von uns ist, erscheint es wichtig das genaue Bild des Nebels in seiner gegenwärtigen Gestalt festzustellen. Dieser Aufgabe hat sich Herr P. Götz vom astrophysikalischen Institut in Heidelberg-Königsstuhl unterzogen, der eine von Professor Wolf nach $3\frac{1}{2}$ stündiger Belichtung gewonnene Aufnahme des Nebels genau ausgemessen hat, wobei die Positionen von 1259 Sternen 9. bis 16. Grösse sowie die wenigen genügend scharf ausgeprägten Stellen im Nebel (schroffe

Ecken, kleine Wölkchen mit kernartiger Verdichtung, Höhlen oder Löcher in den Nebelwindungen) bis auf $\frac{1}{4}$ " genau und eine Anzahl weniger scharf ausgeprägter charakteristischer Stellen an einer vergrösserten Kopie bis auf einige Bogensekunden genau festgelegt wurden. Die Stellung der Sterne in verschiedenen Teilen des Nebels, dessen Entwicklung zu einer regelmässigen Spirale an verschiedenen Stellen gestört zu sein scheint, zeigt, dass die Sterne im Nebel nicht willkürlich verteilt sind, vielmehr dort, wo die Windungen der von uns aus schief gesehenen Spirale — ihre Ebene bildet mit der Sehrichtung einen Winkel von nur 5° — besonders dicht gedrängt stehen; ebenso häufen sich die Sterne in den Nebelwolken an, und zwar folgen die Gebiete grösserer Sternsdichte den Nebelzügen stellenweise bis ins Detail. Eine gewisse mit allerfeinsten und lichtschwächster Nebelmaterie angefüllte Gegend ist auch relativ sternarm. Absolut sternleere Stellen sind innerhalb des Nebels im Vergleich zu dessen Umgegend sehr zurücktretend. Es ist deshalb anzunehmen, dass die Sterne in physischem Zusammenhang mit dem Nebel stehen, und Götz kommt zu dem Schluss, »dass die verschiedenen Teile des Nebels sich in verschiedenen Stadien der Entwicklung zu befinden scheinen. Im Nordosten, wo sich die Entwicklung, der Gestalt der Nebelzüge nach zu schliessen, ungestört vollziehen konnte, ist der Prozess der Sternbildung aus der Nebelmaterie schon ziemlich fortgeschritten. Im Südwesten des Kerns dagegen haben offenbare Störungen irgendwelcher Art diese Entwicklung verzögert.« Auffallend ist, dass das Verhältnis der lichtschwächeren Sterne zu den stärkeren viel geringer ist als sonst in dieser Himmelsregion. Götz wird dadurch zu der Vermutung gedrängt, »dass eine Bildung von grösseren Sternen nicht nur aus Nebel-, das heisst gasförmiger Materie, sondern auch auf Kosten kleinerer Sterne stattfinden kann.«

Die verhältnismässig deutlichen Einheiten des Baues des Andromedanebels legen die Vermutung nahe, dass es sich bei ihm nicht um eine ferne Milchstrasse handelt, sondern dass dies Gebilde uns verhältnismässig nahe steht. Falls es sich so verhält, dürften sich Ortsänderungen der von Götz festgelegten Stellen, besonders der Sterne, schon in einigen Jahrzehnten bemerkbar machen. In-

dessen wäre es auch wichtig durch unmittelbare Messung die Entfernung zu bestimmen. Bis in die neueste Zeit ist eine solche direkte Bestimmung der Entfernung nicht gemacht worden, abgesehen von den Versuchen die Parallaxe des neuen Sternes zu bestimmen, der 1885 im Andromedanebel auftauchte, die aber nicht zum Ziele führen konnten, weil die Nova zu rasch verblasste. Bohlin, der Direktor der Stockholmer Sternwarte, hat nun aus zwei Beobachtungsreihen, die sich auf die Zeit vom September 1902 bis Februar 1904 und vom Oktober 1904 bis zum März 1905 erstrecken, Werte der Parallaxe des Nebelkernes ermittelt, die natürlich nicht die Genauigkeit der Parallaxenbestimmungen vieler Fixsterne erreichen konnten, aber doch übereinstimmend eine positive Parallaxe von 0,05" bis 0,10" ergeben haben, so dass an ihrer Realität nur ein geringer Zweifel bleibt. Danach würde die Entfernung des Andromedanebels 4 bis 8 Siriusfern oder 35 bis 70 Lichtjahren entsprechen, der Nebel also zu den unserer Sonne benachbarten Gebilden des gesamten Fixsternhimmels gehören. Der Kern des Nebels, dessen scheinbarer Durchmesser 7" beträgt, würde in Wirklichkeit eine Grösse von 70 bis 140 Halbmessern der Erdbahn haben, im letzteren Falle also den Raum innerhalb der Neptunbahn füllen, während der $2\frac{1}{2}^\circ$ lange grössere Durchmesser dem 6. respektive dem 3. Teil einer Siriusweite gleichkäme.

×

Elektronen Wie die Astronomie in die Welt des unendlich Grossen, so dringt die Physik beständig weiter in die Welt des unendlich Kleinen ein. Besonders sind es die neuen Strahlen, die seit einem halben Menschenalter im Vordergrund des Interesses stehen, deren Entdeckung sich in rascher Aufeinanderfolge häufte und durch deren Erforschung nicht nur die Grundlage der Elektrizitätslehre in sehr kurzer Zeit umgewälzt wurde, sondern die auf unsere Anschauungen von der Natur der Materie überhaupt einen erheblichen Einfluss zu gewinnen scheinen. Die von Newton gelehrte Emanationstheorie des Lichtes nahm das Fortschleudern materieller Teilchen von den leuchtenden Körpern an. Diese Lehre musste der Schwingungstheorie weichen, nach der die Ausbreitung des Lichtes durch wellenförmiges Fortpflanzen von Erschütterungen oder Gleichgewichtstörungen in dem imponderablen Äther

erfolgt. Gleichzeitig wurde eine Elektrizitätslehre entwickelt, die als Grundlage der elektrischen Erscheinungen von einem respektive zwei imponderablen Fluiden ausging, für die man eine weitgehende Teilung, ähnlich der Teilung der ponderablen Materie in Moleküle und Atome annahm. Diese kleinen Elektrizitätsteilchen sollten aufeinander eine Wirkung durch den leeren Raum hindurch ausüben, analog der Wirkung der allgemeinen Gravitation zwischen den ponderablen Stoffen.

Durch die Namen Faraday, Maxwell, Heinrich Hertz wird eine neue Epoche in der Geschichte der Elektrizitätslehre bezeichnet, in der es gelang an Stelle unmittelbarer Fernwirkung elektrischer Körper auf einander die Zwischenwirkung des Äthers zu setzen, wobei zugleich die Lichtschwingungen als eine besondere Art elektromagnetischer Schwingungen erschienen, charakterisiert durch ihre Wellenlänge respektive ihre Schwingungszahl. Aber die Erforschung der sich häufenden neuen Strahlen, deren Entdeckungen in verwirrender Fülle schnell auf einander folgten, rüttelte an der Allgemeinheit dieser Anschauung. Die Röntgenstrahlen werden allerdings auch heute von der Mehrzahl der Forscher für eine Bewegung im Äther gehalten, so dass wir als Ätherwellen nicht nur die elektrischen Wellen nebst den Wärme- und Lichtwellen mit ihrer ultraroten und ultravioletten Fortsetzung auffassen, sondern auch die Röntgenstrahlen und die sogenannten γ -Strahlen; wahrscheinlich stellen die beiden letzteren gegenüber den Lichtstrahlen viel kürzere Ätherwellen dar, die nicht periodisch sondern unregelmässig von einzelnen Punkten ausgehen. Aber die vielen anderen Strahlen, die Kathodenstrahlen, die Kanalstrahlen, die als α -, β -, δ -Strahlen bezeichneten Strahlen sowie die in jüngster Zeit beobachteten Anodenstrahlen ordnen sich diesem Schema nicht ein sondern müssen als materielle fortgeschleuderte Teilchen aufgefasst werden, nicht unähnlich der Auffassung der Lichtstrahlen in der Newtonschen Emanationstheorie.

Indes, auch zwischen ihnen besteht wieder ein sehr charakteristischer Unterschied. Die positiv elektrisch geladenen Teilchen, die zum Glühen erhitzte Substanz aussenden, die sogenannten Kanalstrahlen, die aus einer mit kleinen Löchern oder Kanälen versehenen Kathode in umgekehrter Richtung wie die Katho-

denstrahlen herausgehen, die α -Strahlen, die beim Zerfall der Radiumatome mit grosser Vehemenz fortgeschleudert werden, sowie die Anodenstrahlen erscheinen als eine gemeinsame Gruppe, bei denen sämtlich kleinste Teilchen ponderabler Materie oder materieller Atome, die die Träger der positiven Elektrizität sind, mit grosser Geschwindigkeit sich durch den Raum bewegen. Die Kathodenstrahlen dagegen haben zu der modernen Elektronenlehre geführt und damit zu einer neuen Auffassung der Elektrizität. Indem man von der Voraussetzung ausgeht, dass jedes Teilchen ein und das selbe bestimmte Elementarquantum von Elektrizität mit sich führt, kann man berechnen, dass die Grösse eines Kathodenstrahlteilchens nur den 2000. Teil der Grösse eines Wasserstoffatoms haben kann, des kleinsten der bis dahin bekannten Atome. So kam man zu dem Begriff des *Elektrons* als des Trägers des Elementarquantums der Elektrizität, das eine gewisse Analogie mit dem Elementarteilchen des alten Fluidums hat, wobei aber das Elektron in den Äther eingebettet gedacht und mit ihm verknüpft wird. Die neue auf den Elektronen aufgebaute Elektrizitätslehre lässt also die elektrischen Wellen nicht etwa fallen, umfasst aber eine viel weitere Gruppe von Erscheinungen, als es die Faraday-Maxwellsche Lehre vermochte. Ausser den Kathodenstrahlen zeigen sich als Strahlen von der selben Art, also als Elektronenstrahlen, die sogenannten *weichen Kathodenstrahlen*, die von einer mit bestimmten Metalloxyden überzogenen und zum Glühen erhitzten Kathode ausgehen. Unter der Einwirkung von ultravioletem Licht auf Metallflächen findet ebenfalls eine Ablösung von Elektronen statt. Auch natürliche Elektronenstrahlungen kennt man. Die β - und δ -Strahlen, die neben den α -Strahlen beim Zerfall der Radiumatome entstehen, haben sich gleichfalls als aus Elektronen bestehend erwiesen. Die Elektronen haben gleichzeitig unsere Auffassung von der Konstitution der Materie bedeutend modifiziert. Da sie sich als so viel kleiner ergeben als die bisher kleinsten Teilchen, die Atome, so hat das anscheinend regellos anwachsende Gebiet der neuen Strahlen nicht nur dazu geführt mit den Strahlungen über den Begriff der *Ätherschwingungen* hinauszugehen, sondern es verheisst auch neue wesentliche Einblicke in die Körperwelt.

X

X

Kurze Chronik Am 15. Oktober verschied plötzlich während der Sitzung des Aufsichtsrates der französischen Sternwarten im Gebäude des Unterrichtsministeriums der Direktor der Pariser Sternwarte M. Loewy im Alter von 74 Jahren. In weiteren Kreisen ist er durch die mit Puiseux gemeinsam unternommene, im Jahre 1894 begonnene Herausgabe eines grossen Mondatlas bekannt, von dem bis jetzt 9 Hefte und 53 Tafeln erschienen sind. Sein wissenschaftlicher Ruf beruht in noch höherem Grade auf seinen systematischen Verbesserungen astronomischer Beobachtungsmethoden. X Am 23. Dezember starb in Paris der Direktor des astrophysikalischen Observatoriums in Meudon, P. J. C. Jansson, im Alter von 82 Jahren. Seine wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigten sich vorwiegend mit der Spektralanalyse. X In London starb am 17. Dezember der Senior der Physik, Lord Kelvin (Sir William Thomson), der ein Alter von 83½ Jahren erreicht hat. Sein Name ist unlöslich mit der Entwicklung der mechanischen Wärmetheorie verbunden. Ganz hervorragend sind auch seine Leistungen in der Mechanik und den verschiedensten Zweigen des weiten Gebietes der Elektrizitätslehre. Gegen die neuesten Anschauungen von der Umwandlung der Elemente, die im Anschluss an die hervorragenden Arbeiten seines Landsmannes Ramsay manche chemischen Grundanschauungen unzuändern scheinen, verhielt er sich durchaus ablehnend.

KUNST

Bühnenkunst / Rudolf Kurtz

Kammerspiele Die starken Eindrücke der Theaterabende sind verblasst. Was blieb? Die Bewegung eines Armes, die Stärke eines Wortes. Die vielen wohlgebildeten Sätze, mitreissende Gleichnisse atmen nicht mehr den Duft der Masken, was blieb? Eine Gebärde, eine Betonung. Nicht mehr blieb von der *Catherina von Armagnac*, die Reinhardt in den *Kammerspielen* brachte. Es fehlt seinen Schauspielern am Heroischen überall, die Höflich mit ihrer blonden Biederkeit macht das Anschmiegende und Lichte in der weiblichen Psyche selbstverständlich, und das Dunkle bleibt sie schuldig. Die grünen Strahlen, die im Feuer Catherinas spielen, erloschen jäh: sie gab wohltemperierte Durchbildung. Ihre Sprache er-

zählt, aber sie formt nicht aus Finsternissen. Seltsam war es aus diesem Munde die subtilen Abstraktionen Vollmoellers zu hören. Ihr Temperament gibt nichts Glühendes, Geschmeidiges her: sie herrscht im Klima wohnlicher Temperaturen. Und Moissis Tristan wurde in dieser Luftschicht behaglich. Moissi entbehrt des Gleichmässigen und scheint immer den Ansatz zu einem Sprung zu machen: den Tristan hatte er zur Pension in ein bürgerliches Haus gegeben. Er blieb die einfache Stille, das Selbstverständliche des reinen Menschen, das Geblendetsein vor der Schönheit schuldig. Aber er bleibt einer unserer wundervollsten Sprecher. Als er die Ballade sprach, umfing Wind und Woge seine Worte, sie erglühten im reichen Strahlenspiel und die Vokale trugen in die Länder der Levante. Ohne rezitatorische Bemühungen, nur an die eine gerichtet, um die er warb: das Wort von der Gebärde getragen, nicht mit der Bewegung gleichsam erläutert. Und aus diesem Meer blauer Sterne die unerklärliche Fremde gegen den Stil Vollmoellers, der byzantinische Umriss mit der holden Hingabe von Siena eint. Vollmoeller lässt sich nicht *realistisch* umfärben; die Lösung ist, dass er nur bei strenger Betonung seines Stils menschlich erscheint. X

**Räuber-
führung** Dass dieses verbürgerlichende Prinzip Reinhardts selbst Stil werden kann, bewies die Aufführung der *Räuber* im *Deutschen Theater*, von nun an Reinhardts grösste Leistung. Das Kostlichste dieser ganz geschlossenen Leistung ist Moissis Franz. Er vermied die Klippen, an denen die Auffassungsversuche zumeist scheitern: er stilisierte sich nicht zum Theaterbösewicht — das tat Wegener, davon ein andermal — noch liess er sich hinreissen Franz zu *nobilisieren*, wie Goethe es einmal unter heftigem Protest nannte. Er entfernte das Ausserordentliche. Sein Franz war kühl und schleichend, bedachtsam in der Wahl seiner Mittel, zäh und jesuitisch. Dabei blieb inneres Feuer immer angedeutet. Er gab einen Durchschnittsmenschen: diese Vereinfachung ist das Ausserordentliche seiner Leistung. Was gibt Franz diese gewisse Grösse? Die Leidenschaftlichkeit seiner Begierden und die Energie seines Handelns. Das mischte Moissi wundervoll. Sein Franz glitt auf Zehenspitzen, war diplomatisch und ein ausgezeichnete Psychologe und sparte

mit Stimmanstrengungen. Wie er, wenn der alte Moor mühselig vom Kamin zum Sessel schritt, gleitend hinüberfuhr und ihm die Decke über die Füsse breitete: das war wundervoll. Unvergleichlich wusste er die Komödie auszudrücken, und dass hinter diesem Komödianten ein zweiter Schauspieler war, der ihn agierte. Das erreichte einen Höhepunkt in der aus der Mannheimer Bühnenbearbeitung der *Räuber* hinübergenommenen Szene zwischen Hermann und Franz: wie er geschickt zu steigern wusste, wie sein Instinkt ihn immer empfindliche Stellen antasten liess, für gewagte Meinungen treffsichere Worte formte; und nicht eins dieser getünchten Worte klang grell, ein Blick, eine geschmeidige Wendung machte es zum notwendigen Ausdruck einer Seelenstimmung, die den ganzen Körper sichtbar durchdrang; nicht eine dieser rhetorischen Phrasen erregte Mitleid mit dem sentimental Medikus, der das Stück schrieb: sie wuchsen organisch aus dieser fließenden Beredsamkeit. Jedes der Worte hob eine Gebärde aus der von staubigem Bilderdunst verqualmten Atmosphäre; die Unruhe dieser Sprache pulsierte in der geräuschlosen Geschmeidigkeit seiner Bewegungen. Schiller hätte diesen Franz akzeptiert: bis auf die psychopathischen Belustigungen am Schluss. Die Verkuppelung *Schiller-Ibsen, Franz-Oswald* vermag Kuriositätsinteresse zu erwecken: notwendig aber ästhetischen Abscheu. Die michelangelleske Vision des Weltgerichts zerriss in das gebrochene Delirieren eines vom Verfolgungswahn Geängsteten. Die Betonung des Pathologischen kann wohl mit einem Stil mitgehen und ihn in ein dekoratives geistiges Milieu setzen: aber sie ist absurd, wenn sie die Gestalt ihres Körpers beraubt, nur um das Knochengestüt deutlicher zeigen zu können. Der einzig mögliche Moment die pathologische Verwirrung Franzens anzudeuten, das hastig-irre Gebet am Schluss: das wirkte bei Moissi trotz entschiedener Übertreibung elementar und gross.

Nach ihm Reinhardts Werk. Die Massenszenen sind unübertrefflich, Erfolge eines Drills, der preussische Feldwebel als Kindergärtnerinnen andeutet. Reinhardt weiss das *Chaotische* der Masse zu suggerieren, den einzelnen in Beziehung zur gesamten Schar zu setzen: das zeigte sich vor allem in der Szene, die den befreiten Roller mit der Schar vorführt, in der nicht ein Schritt geschah, der die Massenwirkung nicht unterstrich. Kein Aus-

auseinanderfallen in Gruppen, jeder wahrte die innere Zusammengehörigkeit. Ganz wundervoll waren die Dekorationen Orliks: der Saal des alten Moor mit dem fürartigen Gang in der Mitte, der Wald mit der verschleierte Lichtstimmung. Die Darsteller waren nicht gleichwertig: der Karl Beregis schwamm immer auf der selben Höhe, die Stimme floss gleichmässig, geschickt um Wirbel herum-schnellend. Biensfeld, ein beweglicher nicht selten überlegener Komiker — ich sah ihn einmal in einem Stück Courtelines und wälzte mich vor Lachen — spielte den Spiegelberg: einen zynischen Heroiker, im Kneipenrauch gross geworden, mit allzu deutlicher Übertreibung des nur andeutbar Wirksamen. Er machte eine Possenfigur aus einem Charakter, er wollte den Typus darstellen und vergriff sich im Format. Diegelmann als Schweitzer hatte eine hanseatische Gelassenheit, und Wintersteins Hermann überraschte durch Feinheit der Beobachtung. Problematisch bleibt mir die Amalie. Eine Tugend: nur Laforgue hätte diese Moralität schreiben können. Und die hatte die Höflich ganz. Aber es war grotesk, wenn sie heroisch mit gerafften Seidenröcken im Laufschrift in irgend eine Tür lief. Das Unterhalt-same der Leistung blieben diese Endspurts. Mit der Amalie kann selbst eine grosse Schauspielerin nichts anfangen: sie ist durch eine Schablone gezeichnet. Schablone und Stil ist eine leicht ge-sehene Verwechslung: das geschah vor hundert Jahren wie es heut geschieht.

× **Berliner Bühnen** ×

Diese Kurve führt mich zum *Neuen Theater*, das den *Rudolf Schlosser* in die Öffentlichkeit stiess. Die Konvention-alität war mit schöner Ehrfurcht von Dichter und Darstellern gewahrt: und Rudolf Christians, Rudolf Schlossers Verkörperung, ist ein so vollkommener Beherrscher dieser Form, dass man ihn oft in anderen, reineren Regionen wählte, bis ein allzu unterdrückter Seufzer, eine zu heldische Gebärde und gar zu deutliche innere Gehobenheit den schönen Wahn uns raubte. Es war eine dankbare Rolle mit guten Aufschreieffekten, und er hatte sie gut durchgearbeitet: es fiel nichts unter den Tisch, das der Autor beleuchtet haben wollte. Aber Christians ist der weitaus taktvollere, weitaus begabtere: Wortgebilde, die sich steigerten wie ein fünfmal wiederholtes *Töte!* suchte er seelisch abschwellen zu

lassen anstatt einen billigen Lungenerfolg zu erraffen. Er wusste der immer von neuem vorgesetzten Verzweiflung neue Nuancen zu geben, färbte das unveränderliche Auf und Ab durch unerwartete Bewegungen. Die anderen wurden dem Autor gerechter: sie breiteten ihre schönen Mittel wohligh aus: ich hörte — o entkräftigende Erinnerung — ergeben gedämpfte Nasaltöne, behagliche Biederkeit, und bei Frau Reisenhofer sah ich eine Gebärde, die noch das dritte Mal auffiel, beim elften aber schon aus einem Familienroman hergenommen schien. Sie erlahmte am Werk des rüstigen Verfassers.

Der Epilogist hält sich an das Tatsächliche und spricht vom *König Kandaules* des André Gide, den in Franz Bleis vollkommener Umdichtung das *Kleine Theater* (zweimal) spielte. Es liess erkennen, wie nahe die Franzosen den Griechen stehen. Eine wundervoll ruhige, zarte Begebenheit, von einem sehr abgeklärten, zuchtvollen Menschen geschrieben. Abels Gyges war eine Leistung letzter seelischer Geklärlheit. Seit ich Abel (in einem *Stilpedrama* Bierbaums) zum ersten Male gesehen, wusste ich von seiner ganz individuellen, in ihrer persönlichen Nuance unerreichten Kunst. Man gab ihm widerspruchsvolle Charaktere, paradoxe Causeure, die er mit seltsamen Hinterhalten hinlegte. Und nun, in einer tragischen Rolle, als Gyges. Das war wundervoll, rauh, herb, wie aus fabelhaften Hintergründen, an harten Leidenschaften gestählt, von einer meisterhaften Sparsamkeit der Betonung, einem ganz keuschen Zagen vor dem Ausbruch des Gefühls. In jeder Gebärde der Stolz des Arminen, die Verachtung des Bedürfnislosen. Der ankündigende Monolog, von nur epischer Schönheit, wurde ein wundervoll abgetöntes Gebilde aus zarten, seelischen Selbstbekenntnissen und leidenschaftslosen Betrachtungen. Und unvergesslich ist der unnachahmliche Stolz seiner aus einem Dämmern erwachenden Gestalt, als er die Worte sprach: »Auf stolzer Gyges, auf nüchternen Gyges!« Sein Gegen-spiel, Angelika Gurliht, hat ein grosses Talent angedeutet. Ihre Nyssia war eine Frau, die in dem Bewusstsein, dass das Grösste dieser Erde ihr Eigen ist, die Einsamkeit liebt. Das Legendäre erblüht im Menschhaften. Ihre Keuschheit entspringt ihrer Hingabe an das grosse Glück, neben diesem Manne leben zu dürfen. Und ganz organisch erwuchs

aus dieser Einsamkeit das glühende Geschöpf, das in Kandaules' Armen die Freuden der Nacht beehrte. Und wiederum schloss es die Kurve der Künstlerin ein, dass ihre Hingabe sich in gleichsam körperlichen Hass verkehrte, der dem Gyges den Dolch in die Hand drückt. Und es war ein grosser Schlussakkord: als nach dem Tod des Königs Nyssia aller weiblichen Pflicht sich entbunden fühlt und Gyges mit einer herben und grossen Gebärde über ihr verächtliches Augenblitzen das Gewand warf. Ziegels Kandaules befremdete mich. Ich hätte nicht geglaubt, dass dieser feine, besonnene Mensch so schematisch sein könnte. Er sprach nachlässig und wie aus einer Höhle, mit vielen Gebärden und überdeutlichem Charakterisieren. Im letzten Akt erst fand er sich in das Bild.

× ×
Tanz der Maud Die Gurlitt hatte ihr
Allan Äusseres ein wenig nach
 der Salome stilisiert. Und

sie hatte etwas von dem Irisierenden, durch lichte Schleier Blitzenden der Salome, die fast ein Zeitproblem geworden scheint. Die Darstellungsversuche der Künste berühren nur das einzelne: wie im Mythos verdeutlicht sich das letzte der Gestalt im rhythmisch bewegten Körper, der in der Gebärde alle Möglichkeiten andeuten kann, die die anderen Künste nur einseitig auszudrücken vermögen. Der Tanz der Salome ist das Symbol der elementar geeinten Kräfte. Ein Versuch ihn in Wirklichkeit umzusetzen ist die Salomevision der Maud Allan. Nach der Seelenqual des *Schlosserdramas* (vom Zuschauer aus gesehen) beginnt ein Traum: fremd unerwartet, eine opalene Kugel in blauen Fluten. Schmal, herb in einer Landschaft von Bläue und Dämmer die ekstatisch unbewegte Salome: das unglaubliche Lächeln Beardsleys über das starre Gesicht. Hände lösen sich, vibrieren wie weiss beleuchtete Bänder, der Körper zuckt unter inneren Revolten, jeder Nerv trägt den Druck sichtbar weiter, der ganze Körper ist eine ungeheure Gespanntheit, ein Aufgelöstsein in dem Rhythmus der Seele. Die Arme fliegen, der Körper zuckt, exotische Motive mischen sich in dem Tanz, verächtliche Lüsterheit des Bordells und naive Dämonie fremder Kontinente. Die Spannungen lösen sich in einem Rausch wirbelnder Glieder; Hemmungen schieben sich ein, und unter melancholischen primitiven Bewegungen erstarrt Salome lang-

sam und sphinxhaft. Das eherne Lächeln Beardsleys auf ihrem Antlitz: in den entfremdeten Augen und den in Wollustkrämpfen erkalteten Gliedern spiegelt sich das Wort der Hérodias Mallarmés: »J'aime l'horreur d'être vierge.« Dann: Erwachen aus der steinernen Hypnose, Gelöstheit der Glieder, Laszivität verbotener Häuser, Schamlosigkeit der Matrosenschenken: zuletzt herbe Verachtung in ganz einfachen Linien. Wie im Schleiertanz der Loie Fuller türmt sich der Körper empor und sinkt zusammen, ein Berg von bewegten Falten, niedergebroschen wie ein gefälltes Tier neben dem Haupt Jochanaans, des Täufers. Maud Allans Tanz ist nicht so vollkommen körperlich ausgedrückt. Sie verwendet verblüffend rohe Mittel, lässt es auf einen modellierten Kopf des Täufers ankommen. Und die Gipfelpunkte ihrer Erregung weiss sie nur durch Keuchen und Stöhnen zu markieren. So schmähligen Verrat übt sie an der schönen Seele ihres Körpers.

Der Tanz muss die Fähigkeit haben durch den Körper restlos zu wirken: polare Gegensätze durch eine Muskelschwellung sinnlich zu machen. Das Hineinspielenlassen fremder Mittel wirkt unkünstlerisch, wie etwa natürliche Blumen in einem Gemälde. Die Beihilfe der natürlichen Mittel vergrößern die Kunst: und der visionäre Tanz der Maud Allan kann ein wundervolles Tonikum ermüdeten Nerven sein, wenn sie es aufgibt das geheimnisvolle Zucken der Salomelippen durch Requisiten Makartschen Genres zu banalisieren.

× ×
Kurze Chronik Im Dezember 1907 starb
 Georg Engels, der
 uns oft zu begeistertem
 Lachen hinriss. Der wenigen einer,
 denen Humor eine Form der Charakteristik war. × Der volkstümliche Komiker Wiens, Girardi, gastiert im Berliner *Thaliatheater*; über seine Art gelegentlich ein paar Worte. × Anfang Februar wurde in Berlin das *Hebbeltheater* eröffnet: sein Programm deutet auf die Jüngeren. × Ein unersetzlicher Verlust betraf es noch kurz vor seiner Eröffnung: im Januar starb sein erster Regisseur Richard Vallentin: ein feiner und erfinderischer Kopf, dessen Pläne Grosses hoffen liessen. Er besass die seelische Empfindlichkeit des geborenen Regisseurs dem Kunstwerk einen Stil abzusehen, Wort, Mensch und Umwelt in einen Einklang zu setzen.